

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,80 Mk., jährlich 3,60 Mk., monatlich 30 Pf., frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Roman. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Roman. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechs-spaltige Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellengröße und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Die Lage in Irland.

London, 9. September. (Eig. Ber.)

Wenn auch die nach dem Auslande gelangenden Nachrichten über die irische Lage übertrieben sind, so ist doch wohl wahr, daß die irische Bevölkerung jetzt unzufriedener und unruhiger ist, als in den letzten vier Jahren. Irland ist enttäuscht, denn seine Hoffnungen auf ein segensreiches Wirken der Bodenreform vom Jahre 1903 und auf die irenfreundliche Haltung der liberalen Regierung haben sich nicht ganz realisiert. Von den mannigfachen Ursachen, die zu dieser Enttäuschung führten, seien hier die wichtigsten aufgezählt.

Die erste Ursache ist ziemlich kompliziert, da sie mit dem allgemeinen Gange des Wirtschaftslebens verknüpft ist. Das Landgesetz vom Jahre 1903 sieht beinahe den Auskauf der irischen Grundherren vor. Um diesen Auskauf vollziehen zu können, gab die britische Regierung irische Landpapiere aus, die von den Grundherren in Zahlung zu nehmen sind. Diese Papiere (Irish Land Stock) werden natürlich auf der Börse gehandelt, und ihr Kurs hängt von der allgemeinen finanziellen Bewegung ab. Nun ist folgendes zu beachten: Durch den merkwürdigen und teilweise unter starken Schwankungen erfolgten industriellen Aufschwung in den letzten zwei Jahren machte sich an den Börsen eine Geldknappheit bemerkbar, die zum Massenverkauf von Staatspapieren führte. Die Inhaber dieser Papiere brauchten Geld; sodann wollten sie es in Industrie-Papieren anlegen, da diese gewinnbringender sind als Staatspapiere. Der Zinsfuß englischer Staatsanleihen ist gering — viel geringer als die Dividende der Industriepapiere. Die Folge war, daß die Staatspapiere eine fallende Tendenz zeigten. Darunter litt vielfach auch die irischen Landpapiere, die um etwa 15 Pfd. Sterl. fielen. Dieser Kurssturz hatte drei Wirkungen: In den ersten Jahren des Bodengesetzes wurde etwa die Hälfte des irischen Bodens von den Grundherren an die irischen Farmer verkauft. Nun aber — und dies ist die erste Wirkung — geriet der Auskauf ins Stocken, da die Grundherren sich weigern, die fallenden irischen Landpapiere in Zahlung zu nehmen. — Zweitens: wo sie aber doch verkaufen, verlangen sie einen höheren Preis, um sich gegen das Risiko eines weiteren Kursfalles zu decken. — Drittens: der Fonds, den die Regierung beim Erlaß des Bodengesetzes schuf, um aus ihm die etwaigen Schädigungen der Grundherren zu decken, ist infolge des Kursfalles erschöpft. Mit diesem Fonds wurden nämlich die fallenden Kurse ausgeglichen. Nun aber will die Regierung, daß die irischen Steuerzahler einen Teil des Risikos übernehmen, der früher durch den Fonds gedeckt wurde.

Aus diesen Vorgängen fließt ein großer Teil der Unzufriedenheit Irlands, denn die irischen Bauern klagen, daß die Grundherren, wo sie überhaupt verkaufen wollen, zu hohe Preise verlangen, und die irischen Steuerzahler sträuben sich, jenen Teil des Risikos zu übernehmen, der früher aus dem Reservefonds gedeckt wurde.

Die zweite Ursache zur Enttäuschung ist mehr lokaler Natur. Sie liegt in den überfüllten Distrikten im Westen Irlands, wo die Iren so kleine Parzellen besitzen, daß diese auch zu einer bescheidenen Existenz nicht ausreichen. In diesen Gegenden kamen in früheren Jahren viele Auswanderungen vor. Die entvölkerten Parzellen wurden sodann von den Grundherren in Weideland verwandelt und Viehzüchtern überlassen. Solange nun die noch übrig gebliebenen irischen Parzellenbesitzer Hoffnungen auf weitere Pachtungen hatten, verhielten sie sich ruhig. Jetzt aber verbünden sie sich und verjagen das Vieh von den Weiden, wobei es zu Zusammenstößen mit den Viehzüchtern und zu Konflikten mit dem Gesetze kommt.

Die dritte Ursache ist die schlechte Erfahrung mit der liberalen Regierung. Mehrere Mitglieder des Ministeriums, so Sir Henry Campbell Bannerman, John Morley, Lloyd George, John Burns und Birrell sind Homerule. Aber die übrigen Minister: Asquith, Sir Edward Grey und andere minderbekannte Mitglieder der Regierung sind gegen die Selbständigkeit Irlands. Ist aber das Kabinett sich über eine Maßregel nicht einig, so kann sie auch nicht in der Form eines Gesetzesentwurfes im Parlamente eingebracht werden. Es ist auch fraglich, ob im Lande eine Mehrheit für Homerule vorhanden wäre. Die letzten Parlamentswahlen vom Januar 1906 wurden ja nicht auf Grund der Homerulefrage ausgefochten. Denn ist auch noch das Haus der Lords da, und dieses dürfte eine Homerulevorlage kaum durchlassen. Die Regierung ist deshalb also nicht geneigt, eine derartige Vorlage einzubringen, die ihr eine Unmasse Zeit kosten würde, ohne Aussicht auf Erfolg zu haben. Die Iren aber sind enttäuscht, da sie nun doch einmal auf die Liberalen rechneten, um so mehr als diese sich zu den Verehrern Gladstones zählen und über eine starke Mehrheit im Unterhaus verfügen. Die Iren sind deshalb auch mit ihrer Fraktion unzufrieden, und der parlamentarische Führer der Iren, Mr. John Redmond, hat jetzt große Mühe, die Partei zusammenzuhalten. Er ist der Ansicht, daß die parlamentarische Arbeit fortgesetzt werden müsse. Die Iren sollten — so meint er — eine starke Agitation zugunsten von Homerule in Großbritannien entfalten, um die nächsten Wahlen auf Grund dieser Frage auszufechten. Gleichzeitig sollten sie die Liberalen

in ihrem Kampfe gegen die Lords voll und ganz unterstützen; denn der Kampf gegen die Lords sei ein Kampf für Homerule.

Die Unzufriedenheit Irlands mit der parlamentarischen Fraktion wird von den Sinn-Féinisten ausgenützt. Wir brachten vor einiger Zeit eine Notiz über diese neue Bewegung. Sinn-Féin heißt: „Wir selbst!“ — Diese Partei ist gegen die Beteiligung der Iren am parlamentarischen Leben Großbritanniens. Sie verlangt, daß die irische Fraktion nach Irland zurückkommen solle, um dort einen Nationalrat zu bilden; die Iren sollen irisch sprechen und die englische Sprache beiseite schieben; die jungen Leute Irlands sollen nicht mehr in die englische Armee eintreten; jeder Iren soll ausschließlich irische Waren kaufen, um die heimische Produktion zu fördern; alles, was aus England kommt, soll boykottiert werden. . . Die neue Partei gibt ein Wochenblatt unter dem Titel: „Sinn-Féin“ heraus. Sie hat bereits eine Anzahl von Broschüren veröffentlicht, in denen die Politik der Partei begründet wird. Ihr wirtschaftliches Evangelium ist Friedrich List's „Nationales System der politischen Oekonomie“, und ihre Hauptforderung ist deshalb: Schutzoll und Prämien! Ferner soll Irland eine eigene Marine, eigene Bahnen, Banken, Börsen, Konsulate, Gericht und Beamte haben; die amerikanischen Iren, die jenseits des Atlantischen Ozeans reich wurden, sollen nach Irland zurückkehren und da die Industrien ausbauen, den Ackerbau heben, um so die Grundlage für einen starken, selbständigen irischen Staat zu schaffen. Das politische Muster Irlands solle — Ungarn sein. Was Kossuth und Deak für Ungarn taten, sollen die irischen Führer für Irland tun. Um nun auch die irischen Arbeiter für die nationale Bewegung zu gewinnen, soll auch ein sozialpolitisches Programm aufgestellt werden: Die irischen Arbeiter müssen danach vor allem von den britischen Trade-Unionisten getrennt und dem nationalen Ideale Irlands zugeführt werden. Die Sinn-Féinisten sind sogar bereit, auch Gewalt zu gebrauchen, — aber erst, wenn sie die Macht dazu haben.

Die Lage in Irland ist demnach nichts weniger als ruhig. Es wäre indes verfehlt, übertriebene Schlüsse aus ihr zu ziehen. Die Unzufriedenheit Irlands ist nicht von heute oder gestern. Die Union hat die „Repealer“ (die Bewegung für den Widerruf der britisch-irischen Union) überlebt; sie hat das Jahr 1848 und später die Fenier überlebt, und auch durch die Landliga ist die Union nicht erschüttert worden. Aber es wurden den Engländern doch bedeutende Reformen abgerungen. Und auch die neuen Bewegungen werden nicht ganz ohne Erfolg sein. In den überfüllten Distrikten von West-Irland z. B. werden sicher wirtschaftliche Reformen durchgeführt werden. Indes zu Homerule ist noch ein weiter Schritt.

Freisinnige gegen die Klapperbeinigen.

Der Freisinnige Verein der Halle'schen Vorbezirke zu Berlin hielt am Montag eine öffentliche Versammlung ab. Schriftsteller Franz Matthes sprach über „Die Blockpolitik“. Er beleuchtete die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu der Frage der Einführung des Reichstagswahlrechts auch für die Einzelwähler und kam zu dem Schlusse, daß die Freisinnige Volkspartei

unter allen Umständen

auf der Forderung um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen bestehen müsse. Nachdem in der Diskussion Abg. Kreitzing die Lage im Abgeordnetenhaus erörtert hatte, wurde schließlich einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Der Freisinnige Verein der Halle'schen Vorbezirke erklärt die Reform des preussischen Wahlrechts im Sinne des Eisenacher Programms für die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart. Er ersucht daher den bevorstehenden Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, unsere Abgeordneten zu veranlassen, daß dieselben, ohne Rücksicht auf die Blockpolitik, die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts auch für die Landtagswahlen von der Regierung verlangen.“

Während so die Freisinnigen der Halle'schen Vorbezirke vom Parteitag eine entschiedene prinzipielle freisinnige Stellungnahme erwarten, selbst auf die Gefahr hin, daß der famose Block dabei in die Brüche geht, sprach sich Herr Müller-Sagan im freisinnigen Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstagswahlkreis für den Stuhhandel und Wahlrechtsberrat aus. Er sagte unter anderem:

„Wenn wir von der Reichsregierung fordern, daß sie liberale Wege wandle, so tun wir dies in der Überzeugung, daß nur auf diese Weise Deutschlands Zukunft sichergestellt werden kann. Was in bezug auf das Landtagswahlrecht zu fordern sei, sei im Eisenacher Programm niedergelegt. Das Ziel sehe fest, darüber könne innerhalb der freisinnigen Volkspartei keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Auch über die Stellung zur Blockpolitik könne kein Zweifel herrschen: die gegebenen Verhältnisse seien auszunutzen, um möglichst viele liberale Forderungen durchzusetzen. Wir werden, so sagte Redner, die Reichsregierung unterstützen, wo sie sich in freisinnigen Bahnen bewegt, wir werden aber oppositionell sein, wenn die Reichsregierung wieder reaktionäre Wege wandeln sollte. Bei allen anderen Forderungen lassen wir nicht das Parteiinteresse, sondern das Interesse der Allgemeinheit sprechen.“

Man darf sich durch den Hinweis auf das Ziel nicht irre machen lassen. Das Hauptakzent liegt auf der Verneinung, daß die gegebenen Verhältnisse auszunutzen seien, um möglichst viele liberale Forderungen durchzusetzen. Das heißt so viele, als innerhalb des Blocks möglich sind. Und da konservative und Regierung nicht für das Reichstagswahlrecht zu haben sind, will man das Ziel eben „Ziel“ sein lassen und sich mit der von Bülow gebotenen Fiktion begnügen!

Die Freisinnigen der Halle'schen Vorbezirke sind gleich den Hirsch-Dunderschen anderer Meinung. Sie wollen den Schacher unter allen Umständen verworfen sehen.

Offentlich bringen sie diesen Standpunkt am nächsten Sonntag auch im Zirkus mit dem nötigen Nachdruck zur Geltung. Sonst würde man die Heineschen Verse zitieren müssen:

„Ei du Halle'scher Löwentrog,
Wie hat man dich gezähmet!“

Eine unangenehme Parteipflicht.

Auf die Gefahr hin, von lebenswürdigen Parteigenossen wiederum der „Parteiethung“ bezichtigt zu werden, müssen wir uns auch heute wieder der unangenehmen Pflicht unterziehen, nachdrücklich den Versuch zurückzuweisen, die Parteigrundfrage nach einer Richtung hin zu revidieren, die sich etwa als eine national-soziale bezeichnen ließe.

Das Solinger Parteiblatt, das dem „Vorwärts“ vor einigen Tagen bescheinigte, daß er „Quatsch“ schreibe, stellt unserem Artikel in der letzten Sonntagsnummer „Nochmals Sozialdemokratie und Kolonialpolitik“ das Zeugnis aus, daß er sich „leider wenig von dem unterscheidet, was wir schon bisher in den Spalten des „Vorwärts“ gefunden haben.“ Das „Spiel mit Worten“ nehme „seinem Fortgang“. Besonders mißfallen hat unserer Solinger Zensurbehörde die Stelle:

„Einer der Hauptvorzüge des wissenschaftlichen Sozialismus ist sein historisches Denken. Er betrachtet deshalb den Kapitalismus als das notwendige Durchgangsstadium zum Sozialismus. Gleichwohl bekämpft der Sozialismus prinzipiell den heutigen Kapitalismus, dessen Existenzberechtigung er verneint, dessen Umwandlung in die sozialistische Gesellschaftsordnung er mit allen Kräften anstrebt.“

Unsere Leser dürften finden, daß damit die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum heutigen Kapitalismus völlig einwandfrei wiedergegeben sei, entspricht dieser Satz doch durchaus dem, was Marx und Engels gelehrt haben, was in dem Erfurter Programm niedergelegt ist und was auch die Dresdener Resolution mit denbester Schärfe auspricht, also dem A B C des Sozialismus. Unsere Leser befinden sich aber gleichwohl im Irrtum. Die betreffende Stelle des „Vorwärts“ ist auch nur „Quatsch“. Man höre, welche „Witzniffe“ das Solinger Parteiblatt darin entdeckt:

„Der wissenschaftliche Sozialismus betrachtet den Kapitalismus als notwendiges Durchgangsstadium, gleichwohl verneint er die Existenzberechtigung des heutigen Kapitalismus. Ein Musterbeispiel dafür, in welche Witzniffe man mit der „theoretischen“ und „prinzipiellen“ „Auflösung“ geraten kann! Bis zu welchem Tage ist der Kapitalismus ein notwendiges Durchgangsstadium gewesen? Seit wann besitzt er keine Existenzberechtigung mehr? Weshalb besag er ursprünglich als „notwendiges Durchgangsstadium“ Existenzberechtigung? Und weshalb besitzt er heute diese Existenzberechtigung nicht mehr? Was hat sich zwischen dem Kapitalismus, der ein notwendiges Durchgangsstadium war, und dem heutigen Kapitalismus, der keine Existenzberechtigung mehr besitzen soll, geändert? Das sind Fragen, die jedem denkenden Leser bei der Lektüre der obigen Stelle aus dem „Vorwärts“ aufsteigen müssen. Der „Vorwärts“ beantwortet sie nicht. Also ist es, also sage ich euch!“

So fragt der Redakteur eines Parteiblattes! Hat der gute Mann denn keine einzige unserer grundlegenden sozialistischen Schriften gelesen?

Das Solinger Parteiblatt belehrt uns dann, daß der wissenschaftliche Sozialismus, als dessen Interpret es sich danach fühlen muß, weder für die Gegenwart noch für die Zukunft die Existenzberechtigung des Kapitalismus jemals bestritten habe.

„Die Wissenschaft ist nicht so närrisch, die Existenzberechtigung von Dingen zu bestreiten, die da sind“ (1). Armer Marx und armer Engels! Die „unwissenschaftlich“ seid Ihr verfahren, als Ihr das so vielfach mißverständliche Wort Hegels von der Vernünftigkeit dessen, was sei, für — revolutionär erklärt! Sagt doch Engels in seiner Abhandlung über „Ludwig Feuerbach“:

„Nun ist aber die Wirklichkeit nach Hegel keineswegs ein Attribut, das einer gegebenen gesellschaftlichen oder politischen Sachlage unter allen Umständen und zu allen Zeiten zukommt. Im Gegenteil. Die römische Republik war wirklich, aber das römische Kaiserreich auch. Die französische Monarchie war so unwirklich geworden, daß heißt so aller Notwendigkeit beraubt, so unvernünftig, daß sie vernichtet werden mußte durch die große Revolution, von der Hegel stets mit der höchsten Begeisterung spricht. Hier war also die Monarchie das Unwirkliche, die Revolution das Wirkliche. Und so wird im Laufe der Entwicklung alles früher Wirkliche unwirklich, verliert seine Notwendigkeit, sein Existenzrecht, seine Vernünftigkeit; an die Stelle des absterbenden Wirklichen tritt eine neue, lebensfähige Wirklichkeit — friedlich, wenn das Alte verständig genug ist, ohne Sträuben mit Tode abzugehen, gewaltlos, wenn es sich gegen diese Notwendigkeit sperrt...“

Der Satz von der Vernünftigkeit aller Wirklichen ist nach allen Regeln der Hegelschen Denkmethode auf in den anderen: Alles, was besteht, ist wert, das es zu Grunde geht."

Man sieht, sind wir gleich Wirkstoffe, so befinden wir uns doch in diesem Falle in der nicht ganz zu verachtenden Gesellschaft von Deuten wie Hegel, Marx und Engels!

Aber die theoretische Revision der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Sozialismus, die das Solinger Parteiblatt unternimmt, hat auch ihre verteilte ernste praktische Seite. Sie setzt nämlich an die Stelle des klaren, zielbewussten, entscheidenden sozialistischen Klassenkampfes den verschwommenen Begriff eines sogenannten Klassenkampfes, der auch ohne die sozialistische Theorie möglich wäre. Man höre:

„Was hat nun dieser wissenschaftliche Sozialismus mit der Arbeiterbewegung und speziell der sozialdemokratischen Politik zu tun? Nichts weiter, als daß er der kämpfenden Arbeiterklasse die wissenschaftlich begründete Hoffnung auf eine spätere Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vermittelt! Er erfüllt die sozialistisch geschulte Arbeiterklasse mit einer zuverlässigen Gewissheit, daß die sie bedrückende kapitalistische Gesellschaftsordnung einmal ein Ende nimmt. Das ist alles, und das ist sehr viel. Im politischen Macht und um bessere Lebensbedingungen kämpfen möchte und würde die Arbeiterklasse auch ohne die große Zukunftshoffnung, die der wissenschaftliche Sozialismus ihr gibt. Auch wenn die Wissenschaft nicht zu der Annahme berechtigt, daß der Kapitalismus einmal überwunden würde, auch dann bliebe der Arbeiterklasse gar nichts anderes übrig, als sich innerhalb des Kapitalismus sozialer Macht, Lebensfreude und Sonnenschein wie nur immer möglich zu erobern. Jeder Unterdrückte wehrt sich, so gut er kann, das braucht man gar nicht erst wissenschaftlich zu begründen und zu beweisen. Es ist einfach der Selbst-erhaltungstrieb und der Drang, sich durchzusetzen, der die Arbeiter in den Klassenkampf hineintreibt, ob nun mit oder ohne wissenschaftlichen Sozialismus. Der wissenschaftliche Sozialismus gibt darüber hinaus die Gewissheit, daß dieser Kampf um besseres Brot, um ein reicheres Leben einmal mit einem natürlichen Absterben der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zusammenstößt (1) wird, und daß dann die Arbeiterklasse ohne die hemmenden Fesseln des Privateigentums an den Produktionsmitteln ihre Bedürfnisse befriedigen kann.“

Der Kapitalismus muß also nicht durch die äußerste Kraftentfaltung des Proletariats grundsätzlich bekämpft und durch den sozialistischen Klassenkampf überwunden werden, sondern das Proletariat muß sich damit zufrieden geben, daß der Kapitalismus „einmal“ „natürlich absterben“ wird. Nicht der sozialistische Klassenkampf wird sein Totengräber sein, sondern er wird selbst einmal faul und selig entschlafen. Für den proletarischen „Klassenkampf“ selbst genügt die Tendenz „jedes Unterdrückten“, „sich durchzusetzen.“ (1)

Es ist unglücklich traurig, daß in einem Parteiblatt den Arbeitern derartige durch und durch unsozialdemokratische „Belehren“ über „wissenschaftlichen Sozialismus“ und „Klassenkampf“ vorgebracht werden dürfen!

Kohlenwucher.

Daß eine Kohlensteigerung besteht, das spürt jeder Kohlenkonsument. Aber niemand will verantwortlich sein für die Teuerung. Großhändler, Großhändler, Kleinhändler, alle sind sie unschuldig. Auch die Regierung wäscht ihre Hände in Unschuld. Ein Mitarbeiter der „Morgenpost“ hat sich im Ministerium für Handel und Industrie über die Ursachen der Teuerung erkundigen lassen. Aus der Erklärung entnehmen wir folgendes:

„Der Fiskus hat auf die Gestaltung der Kohlenpreise keinen Einfluß. ... Der Anteil des Staates am Steinkohlenbergbau beträgt in Obersachsen nur etwa 25 Proz. In Saarbrücken beherrscht er zwar die Lage, und hat dort nur die Konkurrenz der lothringischen und pfälzischen Gruben zu erleiden. Aber auf allen übrigen Gebieten ist er ganz ohnmächtig.“

Eine Ermäßigung der Preise vonseiten des Fiskus wäre also nur ein Geschenk des Staates in die Taschen der Kohlen-
großhändler.

Die Gründe der Kohlenpreissteigerung sind zunächst in den erhöhten Produktionskosten zu suchen. Das Produktionsmaterial ist im Preise gestiegen. Die Kostenanlagen von Kohlengruben in Westfalen stellen sich auf über 20 Millionen Mark, bis sie überhaupt rentabel sind. Zu den erhöhten Preisen für die Produktionsmittel gesellen sich die Erhöhungen der Arbeitslöhne, womit nicht immer auch eine Erhöhung der Arbeitsleistung verbunden ist. Gerade über die Arbeitsleistungen werden vielfach Klagen gehört. Dazu kommt ein spürbarer Mangel an Arbeitskräften. Das alles bedingt die Hochkonjunktur.

Die Gruben hatten ja in den letzten Jahren bedeutende Ueberschüsse zu verzeichnen. Aber sie sagen sich auch, daß die Zukunft ungewiß ist und daß die älteste Konjunktur deshalb auszumachen ist. Nebrigens läßt das Syndikat bei Hochkonjunktoren einen mächtigen Einfluß auf die Preislage aus. Die auf sich selbst gestellten Einzelwerte würden die Gunst des Augenblicks viel rücksichtsloser zu benutzen suchen. Wir hätten sicher bei der jetzigen Marktlage ohne das Syndikat eine größere Preissteigerung der Kohlen zu verzeichnen. Nach Lage der Dinge ist nicht anzunehmen, daß die Kohlen billiger werden. Eine wesentliche Ermäßigung der Kohlenpreise ist nicht denkbar.“

In der „Erklärung“ fehlt die wichtigste Erklärung für das Unermessen des Fiskus, einen Druck auf die Preise auszuüben. Er kann seine Gewinnsucht noch weniger zähmen als das Privatkapital. Wo er das Monopol hat, geht er über die Syndikatspreise noch hinaus. Und die Entlohnung seiner Arbeiter hält sich unter den im Privatbergbau üblichen Lohnsätzen. Es verdient z. B. ein Arbeiter im Jahre 1906 pro Schicht: im Oberbergamtsbezirk Dortmund 4,37 M., im Rachenrevier 4,41 M. und in den sächsischen Saarwerken 3,88 M. Wie es mit der Preispolitik des Fiskus bestellt ist, wird der Regierung deutlich unter die Nase gerieben in einer von den Kohlenmagnaten als Protest gegen weitere Verstaatlichungspläne dem Abgeordnetenhaus unterbreiteten Denkschrift. Darin heißt es:

Im Durchschnitt der dreizehn Jahre 1895 bis 1907 bezahlte der Staat dem Saarstein die Steinkohlen mit 12,44 M. um 2,40 M. höher als dem rheinisch-westfälischen Privatbergbau; aber während der Fiskus sich für die Jahre 1895 bis 1900 mit einem Mehr von 1,79 M. begnügt hatte, steigerte er diesen Unterschied für die letzten sieben Jahre auf 3,08 M.

Ja, der Fiskus versteht die Blutmacherei. Geradezu unerhört ist es aber, wenn unterstellt wird, daß höhere Löhne ohne entsprechende Leistungssteigerung in letzter Linie die Ursachen der fortgeschrittenen Preisaufschläge seien.

Dieselbe Melodie wie die Regierung pfeift in der „Morgenpost“ ein Kohlenhändler. Er läßt sich wie folgt vernehmen:

„Es ist eine unbedachte Annahme, im Publikum zu glauben, daß die an sich ja nur mäßige Steigerung der Kohlenpreise durch die Syndikate und Konventionen verursacht sei. Die Ursachen sind auf anderen Gebieten zu suchen. Die Konvention ist eine Vereinigung der Produzenten, Großhändler und Kleinhändler zur Preisregulierung der Kohlen. Diese Vereinigung war notwendig geworden. Vor ihr hätte der wilde Handel, der auf der einen Seite in Unterbietungen zwischen den Kleinhändlern stattfand, wodurch viele

ruiniert wurden. In den letzten Jahren vor der Konvention war der Stand der Detailkohlhändler in eine so schwierige Lage gekommen, daß er kaum mehr existenzfähig war. Auf der anderen Seite aber war das Publikum großen willkürlichen Preisfestsetzungen ausgesetzt. Durch die Konvention wird beides vermieden. Die Kleinhändler verdienen etwas mehr, aber sie müssen zu festen vorgeschriebenen Preisen verkaufen. Und diese Preise sind immerhin so gestellt, daß der Verdienst des Händlers nur ein „beschränkter“ genannt werden kann. Eben nur so viel als ihm notwendig zukommt. Dagegen ist das Publikum vor den willkürlichen hochgeschraubten Preisen unbedingt geschützt und der ganze Kohlenhandel vollzählig bei stabileren Preisen.“

Die Gründe der etwas angezogenen Kohlenpreise liegen nicht auf dem Gebiete der Spekulation, sondern sind auf ganz natürliche Weise verursacht.

Dazu kommt die andere Tatsache, daß die Förderungsschwierigkeiten immer größer werden. Die Schächte müssen tiefer geführt werden. Weniger ertragreiche Gebiete müssen abgeräumt werden, um zu den ertragreicheren Feldern zu gelangen. Das alles erfordert bei größerer Tiefe mehr Material und mehr Förderarbeit. Die Arbeitszeit endlich wurde verkürzt, die Arbeitslöhne in den letzten Jahren wiederholt und erst vor ganz kurzer Zeit vermehrt! Es war nicht anders möglich, als daß die Kohlenpreise anziehen mußten!

Also die Konvention war notwendig, um die Unterbietungen zu verhindern. Sie ist existenzberechtigt, weil sie die Ueberschießung, die Preissteigerung verhindert! Mehr kann man nicht gut verlangen! Auch der Großhändler findet, daß die Verteuerung ganz natürlich ist — die Produktion ist teurer geworden. Daß die Großhändler die Erweiterung der Spannung zwischen Einkaufs- und Verkaufspreisen mit den höheren Löhnen der Bergarbeiter zu rechtfertigen suchen, zeigt eine staunenswerte Kühnheit — in der Vergewaltigung der Logik. Um zu zeigen, wie wenig berechtigt es ist, die Preissteigerungen auf das Steigen der Produktionskosten zurückzuführen, geben wir einige Gewinnzifferberechnungen, die den in der amtlichen Denkschrift über das rheinisch-westfälische Kohlenhandels gemachten Angaben entnommen sind. Danach ergibt sich für die Gesamtheit der Syndikatsgehören

Jahr	Ueberschuß pro Tonne Förderung	Arbeiter
1894	1,755 M.	482 M.
1895	2,078	570
1896	2,775	793
1897	2,801	797
1898	3,452	968
1899	3,154	872
1900	3,951	1033
1901	4,361	1234
1902	5,077	1258
1903	4,097	1079
1904	4,001	1045
1905	4,308	1110

Demnach ist sowohl der Unternehmerprofit pro Tonne als auch pro Arbeiter ununterbrochen gewachsen. Wenn man trotz solcher Nachweise immer noch versucht, die Lohnerhöhungen als Ursache der Preissteigerungen zu denunzieren, so zeugt das von böser Absicht. Daß auch für die letzten beiden Jahre die Tendenz der Ueberschuldsteigerung nicht zum Stillstand gekommen ist, das darf man aus den Berechnungsziffern schließen. Es sind dies die Preise, die das Syndikat an die Regierungen zu zahlen hat. Die Denkschrift macht darüber folgende Angaben: (Pro Tonne Mark)

Jahr	Bestimmte Kohlen	Gasflamme	Effektkohlen	Wagerkohlen	Anthrazit
1898/94	8,00	8,00	12,50	16,00	16,00
1899/1900	10,10	9,75	13,50	17,00	17,00
1900/01	11,10	10,75	14,75	18,00	18,00
1901/02	11,10	10,75	14,75	19,00	19,00
1902/03	11,00	10,25	14,50	18,50	18,50
1903/04	10,50	10,00	14,25	18,50	18,50
1904/05	10,50	10,00	14,25	18,50	18,50
1905/06	10,50	10,00	14,25	18,50	18,50
1906/07	11,10	10,75	14,75	18,50	18,50
1907/08	12,10	11,75	15,75	19,50	19,50

Für das letzte Jahr kommen also besonders hohe Preise in Betracht. Die Steigerung von 1906/07 auf 1907/08 stellt sich auf 5 bis annähernd 10 Prozent. Seit 1893/94 sind die Preise um 51, 47, 24 und 22 Prozent gestiegen. Welchen Erfolg das für die Kohlenmagnaten hat, haben wir oben bereits gezeigt. Ursache und Wirkung sollen den Konsumenten verheimlicht werden, deshalb müssen die Arbeiter als die Sündenböcke hingestellt werden, die durch ihre Ungehorsamkeit die Preise in die Höhe treiben.

Marokko.

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ teilt mit, daß der Reichskanzler sich entschlossen hat, den durch das Bombardement von Casablanca geschädigten Deutschen „in Berücksichtigung der vorliegenden außergewöhnlichen Umstände, ausnahmsweise durch Gewährung eines Vorschusses zu Hilfe zu kommen.“

Er hat unter dem 10. d. Mts. angeordnet, daß aus der Reichskasse ein Vorschuß in Höhe von 250 000 M. flüssig gemacht werde, vorbehaltlich der späteren Erstattung durch die dazu Verpflichteten und ebenso vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung durch den Reichstag.

Die Nachrichten sind heute spärlich. Wir verzeichnen die folgenden:

Paris, 11. September. Den Blättern wird aus Casablanca von gestern gemeldet: Für morgen wird ein neuer Angriff der Marokkaner erwartet.

General Drude ist wiederhergestellt. Mit Hilfe des Militärs hat das Lager der Marokkaner beobachtet und es hat festgestellt werden können, daß der Feind neue Verstärkungen erhalten hat. Auf Befehl Mulay Hafids sind 7000 Mann, darunter 8000 Reiterei von Marrakesch aufgebrochen, um sich den Schanjas anzuschließen.

Paris, 11. September. Wie die „Agence Habs“ aus Tanger meldet, sind die Annäherungsversuche, die der Stamm der Medinnas zu unternehmen wünschte, infolge des hartnäckigen Widerstandes der im Innern des Landes wohnenden Stämme gescheitert.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. September 1907.

Die Kolonialarmee.

Als wir vor wenigen Wochen ausführten, daß die südwestafrikanische Schutztruppe von 4000 Mann die so heißersehnte Kolonialarmee darstelle, begegneten wir in freisinnigen und anderen Blättern lebhaftem Widerspruch. Daß hier aber in der Tat der Kern der Kolonialarmee geschaffen worden ist, beweisen folgende Auslassungen in kolonialfreundlichen Blättern:

„In den eingehendsten Erörterungen hat in den letzten Jahren in Rücksicht auf die Zustände in Südwestafrika und in Ostafrika die Frage der Errichtung einer ständigen Kolonialarmee geführt, aus der die Schutztruppen der einzelnen Kolonien bei plötzlich auftretenden Unruhen ergänzt werden

könnten. Aber alle Erwägungen führten zu dem gewünschten Ergebnisse nicht, weil von vornherein feststand, daß eine solche aus Europäern gebildete Truppe nur in Südwestafrika Verwendung finden könnte, nicht aber in den anderen reinkontinentalen Schutzgebieten Afrikas. Damit war eigentlich der Plan gescheitert, doch hat man die Sache weiter erwogen und ist schließlich auf einen recht glänzlichen Ausweg gekommen. Die Schutztruppe in Südwestafrika soll auf absehbare Zeit in einem Bestande von 4000 Mann bestehen bleiben, von ihr sollen, wie erwähnt, zwei Kompanien aus Freiwilligen in den Häfen Swakopmund und Lüderichsbucht stets bereit gehalten werden, um bei entstehenden Unruhen in Kamerun dorthin abgeordnet zu werden und dort den Küstenschutz zu übernehmen. Diese Truppe könnte dort nach etwa zehn Tagen eintreffen, eine außerordentlich kurze Zeit im Vergleich mit der Fahrt aus der Heimat. Auch ist die Truppe immer bereit, während sie in Deutschland erst gebildet werden möchte. Die Schutztruppe aus Eingeborenen in Kamerun kann dann in voller Stärke bei den Aufständen im Innern aufzutreten. So ist gleichsam der umgekehrte Fall eingetreten, die Schutztruppe in Südwestafrika erscheint als eine Kolonialtruppe wenigstens in bezug auf die westafrikanischen Kolonien, wo sie in dringenden Fällen Hilfe leisten muß. Das ist eine glänzliche Lösung, auch nach der finanziellen Seite hin. Schon bei früheren Aufständen in den Kolonien — so namentlich in Ostafrika — hat sich der Küstenschutz durch europäische Truppen notwendig gemacht. Man hat damals, um schnell einzugreifen, Marinemannschaften verwendet. Jetzt ist an der westafrikanischen Küste dem Bedürfnisse in einer dauernden Weise genügt. Mit dem Bau von Eisenbahnen in den Schutzgebieten werden die Verhältnisse noch besser werden.“

Die 4000 Mann in Südwest bilden also faktisch die Kolonialarmee, die man zum Teil aus Ostafrika infolge des japanisch-russischen Krieges und seiner politischen Ergebnisse zurückziehen mußte. Zu den 4000 Mann Schutztruppe kommt in Südwest außerdem noch eine „Polizeitruppe“, die allein stärker ist, als die ganze Schutztruppe vor dem südwestafrikanischen Kriege!

Diese Schutztruppe in Südwestafrika soll für Kamerun, Logo, eventuell auch für Ostafrika, die Mannschaften liefern. In Kamerun glaubt man bei der raschen Erjagbarkeit der Küstemannschaften schneidiger im Innern vorgehen zu können!

So kosten uns die 4000 Mann in Südwest nicht nur 30 Millionen pro Jahr, sondern eventuell auch ungezählte Millionen für einen Krieg im Hinterlande von Kamerun!

Christlich-soziale Flottentreiber und Wahlrechts-Verräter!

Auf dem christlich-sozialen Parteitag in Ebersfeld wurde — unter Zustimmung der Arbeiterdelegierten, unter denen auch Herr Behrens vertreten war, einstimmig eine Resolution zugunsten des schnelleren Ausbaus der Flotte angenommen!

Während so die christlich-sozialen „Arbeitervertreter“ für die Panzerflotten- und Kanonenfabrikanten eintreten, begnügt sie sich in bezug auf die Wahlrechtsfrage mit folgender von Behrens eingebrachten Resolution:

„Der christlich-soziale Parteitag begrüßt den Aufruf des Nationalen Arbeiter-Wahlvereins betr. die Umstellung von Arbeitern für die kommenden Landtagswahlen 1908 und ist bereit, die Bestrebungen des Ausschusses auch bei dieser Wahl zu unterstützen und zu berücksichtigen. Der christlich-soziale Parteitag erklärt es im Interesse der Gerechtigkeit liegend, daß der Arbeiterstand im preussischen Landtag ebenfalls genügend vertreten wird.“

Vom Reichstagswahlrecht war mit keinem Worte die Rede!

So sehen die christlich-sozialen Sachwalter der Volkrechte aus!

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Am Mittwoch, haben in einem Drittel der Landtagswahlkreise des Königreichs Sachsen die Urwahlen der dritten Wählerklasse stattgefunden. Unsere sächsischen Genossen haben trotz der Gewißheit, daß unter dem Dreiklassenwahlsystem in der überwiegenden Mehrheit der Wahlkreise Mandatserfolge nicht zu erzielen sind, den Wahlkampf mit Eifer aufgenommen, um die Empfindung der Wahlrechtsmacherei unter den Entrechteten wach zu halten und zu vertiefen und um ihren lauten Protest durch den Stimmzettel, durch die Eroberung der dritten Klasse und die Forderung der sozialdemokratischen Wähler zu verstärken.

Ueber die Ergebnisse sind uns folgende Meldungen zugegangen:

Leipzig, 11. September.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Im zweiten Leipziger Landtagswahlkreis wurden 2362 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 40 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Die Nationalliberalen erzielten nur 1300 Stimmen und vier Wahlmänner.

Im Landtagswahlkreis Leipzig IV wurden 5452 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und alle 72 Wahlmännermandate der dritten Klasse von der Sozialdemokratie erobert. Die Nationalliberalen erzielten nur 2149 Stimmen und erhielten keinen Wahlmann.

Die Wahlbeteiligung betrug 60—80 Proz. der Wahlberechtigten

Ein geistlicher Zentrumsagitator vor Gericht.

In dem Orte Gleuel im Landkreise Rhen wurde kürzlich der Grundarbeiter Hansen von seinem eigenen Bruder erhängt. Der Getötete gehörte der gewerkschaftlichen Organisation an und diese gab ihm das letzte Geleit. Trotdem der Täter weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert war und nach seiner Haftentlassung fleißig die Kirche besuchte, versuchte am Grabe dennoch der katholische Pfarrer Klein den „Unglauben“ und die „Religionslosigkeit“ für die Tat verantwortlich zu machen und den Mord der Sozialdemokratie an die Hochscholze zu hängen. Unser Parteigenosse Dick, Mitglied des Gemeinderats in Gleuel, erhob sofort entschiedenen Einspruch gegen den Versuch des Pfarrers, und er sagte: „Was der Mann im schwarzen Talar geredet hat, war eine Unverschämtheit, eine elende Verleumdung!“

Unser Rätler Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung“, brachte zwei Artikel über diese Vorgänge, die von den Genossen Kudree und Schiller verantwortlich gezeichnet waren. Wegen dieser beiden sowie gegen den Genossen Dick stellte der Pfarrer Strafantrag wegen Beleidigung, und die Staatsanwaltschaft beeilte sich, dem Wunsche des geistlichen Zentrumsagitators, der die ganze Sache provoziert hat, Folge zu geben. Die Angelegenheit beschäftigte gestern die Kölner Strafkammer.

Wenn ein Mensch keinen Grund und kein Recht hat, sich über etwaige ihm widerfahrene Beleidigungen zu beschweren, so ist es der Pfarrer Franz Klein, der jegliche Klagen, und wir gehen ganz bestimmt nicht fehl, wenn wir annehmen, daß er nachträglich die Stellung des Strafantrages bitter bereut hat.

Dem die Verhandlung hat ergeben, daß die in Meusel vielfach vorgekommenen Zwistigkeiten ganz allein auf das Konto des Pfarrers kommen, und daß dieser Herr im Kampfe mit dem politischen Gegner vor keinem Schimpfwort und vor keinem Mittel zurückfährt. Uebrigens ist Pfarrer Klein selbst schon wegen einer schweren Beleidigung verurteilt. Er hatte unseren kleineren Vertrauensmann, den alten, allgemein geschätzten Genossen Schmitzer, ohne jeden Grund lediglich aus politischen Haß als „Lump“ beschimpft.

Das Kölner Schöffengericht hat ihn dafür mit ganzen 30 M. bestraft.

Ferner befandete Genosse Hamloch als Zeuge, daß Pfarrer Klein zu ihm gesagt hat: „Ihr habt keine Religion; solche Menschen sind schlechter als das Vieh! Eure „Rheinische Zeitung“ ist ein schmutziges Schmierblatt.“ — Und dieser Schimpfmeister wagt es, andere Leute wegen Beleidigung zu verklagen!

Aber es kommt noch schlimmer: Eine frühere Zeitungsträgerin befandete, sie sei Mutter von sechs Kindern; ihr Mann sei Fabrikarbeiter; und da habe sie das kleine Einkommen ein wenig erhöhen wollen durch das Ausstragen der „Rheinischen Zeitung“. Dafür habe Pfarrer Klein ihren Sohn in der Schule einen „Sozialen“ genannt und zu ihr habe er gesagt, wenn sie das Ausstragen der sozialdemokratischen Zeitung nicht einstelle, werde er ihren Mann aus seiner lohnenden Beschäftigung bringen. — Der Vorsitzende forderte den Pfarrer auf, sich hierzu zu erklären. Der Pfarrer, der den Zeugnissen geleistet hatte, erwiderte, daß er sich der von den beiden Zeugen befandeten Äußerungen nicht erinnern könne. Er bestritt die Richtigkeit der Zeugenaussagen nicht!

Der Staatsanwalt beantragte, obwohl sämtliche drei Angeklagten noch unbestraft sind, hohe Strafen: gegen Die einen Monat (1) und gegen die Redakteure 100 und 200 M. Geldstrafe. Der strebsame Herr machte den Versuch, für sozialdemokratische Preßsünder die redaktionelle Ersünde einzuführen. Er meinte, die beiden angeklagten Redakteure seien zwar noch unbestraft; aber die anderen (1) Redakteure der „Rheinischen Zeitung“ seien so oft wegen Beleidigung bestraft, daß sich ein hohes Strafmaß rechtfertige. Der Verteidiger, Rechtsanwalt G. Schramm, setzte den staatsanwaltlichen Versuch in das rechte Licht. Er beantragte die Freisprechung sämtlicher Angeklagten, da sie gegenüber dem Pfarrer, unter dessen Talar nur der politische Agitator gesteckt, und der den unsäglichen traurigen Vorwurf gemacht habe, den Angeklagten Die als Genossen des Mörders zu verdächtigen, nur ihre berechtigten Interessen gewahrt hätten. Wenn man die tatsächlich vorgekommenen Dinge nicht mehr mit dem richtigen Namen nennen dürfe, sei es um die Preßfreiheit traurig bestellt.

Das Gericht verurteilte das Gemeinderatsmitglied Die und den Genossen Schiller zu je 50 M. Geldstrafe und sprach den Genossen Andree frei.

Dernburgs „Reinigungs“-Feldzug

erstreckt sich jetzt auch auf den Osten unseres Vaterlandes. Er so wohl wie der Kriegsminister haben gegen den Genossen Trabalzi, Reichstagskandidat für Gletwiz-Dubliniz, Strafantrag wegen Beleidigung der kaiserlichen Schutztruppe und des ostasiatischen Expeditionskorps gestellt. Trabalzi hatte während der Wahlbewegung in einigen Reden die deutschen Kolonialhelden und ihre Grausamkeiten kritisiert und auf Grund des Berichtes oberster Polizeipolizisten, die als Ueberwachende fungiert hätten, erschö die Staatsanwaltschaft auf Antrag die Anklage gegen den Freveler. Den Einwand, daß L. seine Argumente wirklich dem Handbuch von Schippel entnommen, ließ man nicht gelten. Die Verteidigung beantragte daraufhin, dem Wahrheitsbeweise stattzugeben. In diesem Zwecke verlangte er die Vorlegung der Akten in den Disziplinarverfahren gegen Peiß, Schröder, Wehlan, Peters, Arenberg, Kannenberg und Besser, die Vernehmung Wehls und des früheren Gesandten v. Brandt in Berlin u. a., ferner die Vorlegung der Akten des Kolonialamtes gegen den früheren Kommandeur der Schutztruppe in Kamerun, Hauptmann Kampy, und Oberleutnant Tröttha, die kommissarische Vernehmung von 61 in Tokio lebenden Augenzeugen von Grenzstationen, Küstereien usw. Das Gericht in Gletwiz, das sich Dienstag mit der Sache beschäftigte, beschloß, das Kriegsministerium anzufordern, ob es richtig ist, daß zur Zeit der Stellung des Strafantrages und zur Zeit der Begehung der Beleidigung kein ehemaliges Mitglied des Expeditionskorps dem preussischen Meeresverbande angehört hat. (Der Verteidiger will damit beweisen, daß der Minister zur Stellung des Strafantrages nicht berechtigt war.) Ferner sollen 24 vom Angeklagten benannte Zeugen gehört und der Polizeikommissar Norda-Beuthen darüber vernommen werden, ob die Polizisten die in polnischer Sprache gehaltene Rede Trabalzis richtig übersetzt haben. Der Prozeß wird also einen Riesenumfang annehmen. Wir werden darüber berichten.

Die Sünden der Freisinnigen bei den letzten Reichstagswahlen in Eisenach.

Man schreibt uns aus Eisenach: Der Parteivorstand hat in seinem Jahresbericht Bezug genommen auf die letzte Reichstagswahl und den Verrat der Freisinnigen kurz gekennzeichnet, indem er schreibt: „Damit die Sündenliste des Freisinn nicht der Vergessenheit anheimfällt, soll sie hier aufgeführt werden.“ — Diese wenigen Worte haben die Redaktion der freisinnigen „Eisenacher Tagespost“ so in Harnisch gebracht, daß sie darüber zwei Leitartikel verbricht. Sie schreibt unter anderem: „Es kann nicht unsere Aufgabe sein, in jedem einzelnen Fall zu untersuchen, ob die sozialdemokratischen Behauptungen richtig sind. Wir müssen aber auf Grund der näheren Kenntnis der Dinge die gesamte Verweissung der sozialdemokratischen Partei als eine überaus oberflächliche und unzutreffende bezeichnen.“ Und an einer anderen Stelle heißt es: „Verständlich ist man ferner, daß bei der Stichwahl im Eisenacher Wahlkreis ein beträchtlicher Teil des Freisinn sich der Stimme enthalten hat, so ergibt sich, daß die Behauptung im offiziellen Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes, soweit sie sich auf den Wahlkreis Eisenach bezieht, jeder Grundlage entbehrt. Ist es mit den übrigen Behauptungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes bezüglich der „Sünden des Freisinn“ ebenso bestellt, wie mit den Behauptungen über den Wahlkreis Eisenach, dann verdient der Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes allerdings nicht als ein ernstes politisches Dokument angesehen zu werden.“

Die Sünden der Freisinnigen im allgemeinen übergehen wir, sie sind zur Genüge gekennzeichnet. Nur zu den Auslassungen der „Eisenacher Tagespost“ ein paar Worte, soweit der Eisenacher Wahlkreis in Frage kommt.

Als am Stichwahltag bekannt wurde, daß der Antisemit Schad mit geringer Mehrheit gestimmt hatte, schrieb die „Tagespost“ folgendes:

„Wie das bei der Gemeinsamkeit des Wahlganges im ersten Wahlgange der Freisinnigen und Nationalliberalen begrifflich ist haben vielfach auf dem Lande freisinnige Wähler geglaubt, der Parole des gemeinsamen Kandidaten folgen zu müssen, — und daraus erklären sich manche Resultate ländlicher Orte.“

Der gemeinsame liberale Kandidat Dr. Winter-Magdeburg hatte die Parole angedehnt, für den Antisemiten Schad sollten seine Wähler geschlossen eintreten. Trotzdem er vor Schad „jeden Respekt verloren habe“, behauptete er doch, der liberalen Sache zu dienen, wenn seine Wähler für Schad einträten.

Lassen wir die ländlichen Wähler beiseite und sehen wir uns kurz die Wahl in der Stadt Eisenach an.

Bei der Hauptwahl vereinigte der liberale Kandidat auf sich 2500 Stimmen. Die Freisinnigen partizipieren an dieser Stimmenzahl — ganz niedrig gerechnet — mit 1100. Bei der Hauptwahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat Genosse Leber in der Stadt Eisenach 3049 Stimmen, bei der Stichwahl 3708. Also ein Mehr von 719 Stimmen. Davon hat die Sozialdemokratie aus ihren Reserven 100 bis 150 Stimmen sicher zu verzeichnen. Außerdem hat auch noch ein kleiner Teil „liberaler Wähler“ — aus Abneigung gegen Schad — für Leber gestimmt. So daß im höchsten Falle 500 freisinnige Wähler der Stadt Eisenach für den sozialdemokratischen Kandidaten stimmten. Die Mehrheit der freisinnigen Wähler stimmte entweder für Schad oder enthielt sich der Stimme. Und in den übrigen Orten war das Resultat kein anderes. Wie sich angesichts solcher Tatsachen die freisinnige „Eisenacher Tagespost“ über den Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes entrichten kann, begreife wer will! —

Morenga unterwirft sich!

Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Südwestafrika befindet sich Morenga mit 12 Kaffern und 8 Gewehren in der Gamfib-Bucht und hat um Ausnahme in das Vondelzwart-Abkommen gebeten. Der Gouverneur ließ Morenga daraufhin mitteilen, daß er bereit sei, die Unterwerfung anzunehmen, falls Morenga die Waffen abliefern und friedlich im Lande zu leben verspreche. Zu er dieses, so werde er wegen seiner Straftaten nicht zur Verantwortung gezogen und die Möglichkeit zum Leben durch Viehhaltung haben. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Das wäre also das von uns ja vorausgesagte Ende des von unseren Kolonialphantasten so lächerlich aufgedachten neuen „Einbruch“ Morengas.

Offenlich wird aber nunmehr auch unverzüglich wieder mit der Rücksendung der zurückgehaltenen Truppen begonnen! —

Ungarn.

Die Wahlrechtsdemonstration.

Wie wir gestern berichteten, sollen am 10. Oktober aus Anlaß der Eröffnung des Parlaments im ganzen Lande Wahlrechtsdemonstrationen veranstaltet werden. Unser ungarisches Parteiblatt, die „Népszava“, begründet den Beschluß der Parteiliste in einem Aufsatze, in welchem sie auf die Taten der Koalitionsregierung hinweist, die daraus hinauslaufen, das Volk dem Merkantilismus und dem Agrarierthum auszuliefern. Im Lande herrscht eine allgemeine Leuerung; die Arbeiterschaft leidet an Unterernährung, die Arbeiterorganisationen, die bessere Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft erkämpfen wollen, werden von den Behörden aufgelöst; dagegen erfreuen sich die Organisationen der Arbeitgeber der Protektion der Regierung und Behörden. Im Aufsatze der „Népszava“ heißt es weiter:

„Am 10. Oktober tritt das ungarische Parlament zusammen. Die Eröffnung soll im Zeichen des allgemeinen und geheimen Wahlrechts stehen. Das Volk des ganzen Landes muß zeigen, daß es die landesherrschende Herrschaft der Koalition verurteilt und verabscheut und mit unüberbrücklicher Fähigkeit am allgemeinen und geheimen Wahlrecht festhält. Die herrschenden Klassen haben behauptet, daß das Volk nicht das allgemeine Wahlrecht fordert. Am 10. Oktober sollen sie sich davon überzeugen, daß das Volk des ganzen Landes bereit ist, für diese Forderung in den Kampf zu treten; es ist unter keinen Umständen geneigt, sich das Wahlrecht unterzulegen zu lassen. Am 10. Oktober soll im ganzen Lande die Arbeit vollständig ruhen. Am 10. Oktober beginnt ein entschlossener, rückhaltloser, revolutionärer Kampf. Wir kämpfen für das Programm der Regierung: für das, was der König versprochen hat. Wir fordern die Einlösung dessen, worauf der König und die Koalition sich mit ihrem Worte festgelegt haben. Auf zum Kampf! Doch die revolutionäre Sozialdemokratie!“ —

Persien.

Gegen das neue Ministerium.

Teheran, 11. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Das Parlament ist gegen die Zusammensetzung des neuen Ministeriums und hat eine Protestdeputation an den Schah geschickt. Zuletzten ist Salim, der bis Anfang 1906 Gesandter in Berlin und seitdem Hauptkonsul in Bagdad an der türkischen Grenze war, ist zum Präsidenten des Parlaments gewählt worden. —

Amerika.

Von den „unwissenden Regern“, die für die ihnen verlichenen politischen Rechte „noch immer nicht reif“ seien, redet man im Süden der Vereinigten Staaten viel. Wie sehr und wie gräßlich aber die Pflicht vernachlässigt wird, die Regier. heranzubilden und ihrer Unwissenheit durch besseren Schulunterricht zu heuern, zeigt ein Ausweis der Unterrichtsbehörde von Süd-Karolina für das Jahr 1906. Danach bestanden im Staate 2674 Schulen für die Kinder der Weissen, deren Zahl in den Listen auf 147 053 angegeben wurde. Für diese Schulen waren 9933 Lehrer angestellt, und die Unterrichtskosten beliefen sich auf 1 588 565 Dollar. Die in den Schullisten geführten Kinder der Farbigen waren etwa 24 000 zahlreicher, jedoch für sie war weit schlechter gesorgt, was schon daraus hervorgeht, daß für ihren Unterricht nur — 260 000 Dollar ausgegeben wurden! Für Schulbauten aber mußte die farbige Bevölkerung über 278 000 Dollar aufbringen, so daß sie für den Unterricht der weissen Kinder sogar noch 18 000 Dollar mitbezahlen mußte! Ob ausreichende Schulgebäude vorhanden sind, ob das Lehrmaterial die entsprechende Ausbildung genossen hat, ob der Schulbesuch regelmäßig ist, das alles ist Nebensache, wenn es sich um die Kinder der Farbigen handelt, aber deren „geistige Unreife“ man sich später nicht genug entrichten kann. —

Die russische Revolution.

Die neue Pogrom-Wera.

Dem „O. L.“ wird telegraphiert: Petersburg, 10. September. In Odessa wurde in der Nacht vom Sonnabend auf den Sonntag in der Nähe des Bahnhofes vom Verbands der acht russischen Leute eine ganze

stehende jüdische Familie beraubt und barbarisch verprügelt. Die alte Mutter wurde erschlagen, alle Mitglieder der Familie auf offener Straße gefoltert, bis sie das Bewußtsein verloren. Alle Gefolterten, außer der gebliebenen Greisin, mußten wegen der erlittenen Verletzungen in das Hospital gebracht werden. Die grausame Behandlung der Familie ist auf einen Racheakt zurückzuführen.

Die „Russ. Korr.“ meldet: Petersburg, 10. September. Das bekannte Kadettenblatt „Netsch“ wurde heute von der Zensurbehörde mit 300 Rubel Geldstrafe belegt wegen seines Berichtes über den Pogrom in Odessa, obgleich dieser Bericht völlig objektiv gehalten war. Diese Bestrafung ist charakteristisch für die Haltung der Behörden den Pogromantistern gegenüber.

In Rischneff fand nach übereinstimmenden Meldungen verschiedener Zeitungen aus Walla (Rumänien) ein furchtbarer Pogrom statt, bei dem sich die üblichen Behörden wieder einmal völlig passiv verhielten. Die „O. L.“ bringt folgenden Drahbericht über das Rischneffer Blutbad:

Eine Bande von Hooligans griff das jüdische Viertel an und plünderte alle Häuser und Geschäfte. Die Juden wurden von der Volkmenge schwer mißhandelt und gefoltert. Besonders die jüdischen Frauen wurden mit großer Grausamkeit behandelt; viele wurden gepöbelt, vielen aber erging es noch schlimmer. Die Mißgeister fanden auch ein Vergnügen daran, Kinder zu verletzen. Viele Juden verletzten sich mit Waffen zu verteidigen, wurden aber durch die Angreifer überwältigt. Der angerichtete Schaden im Judenviertel ist sehr groß. Die Unruhen dauerten viele Stunden und dürften noch kein Ende gefunden haben. Bisher wurde festgestellt, daß acht Juden getötet worden sind. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß, konnte aber noch nicht genau festgestellt werden. Bemerkenswert ist, daß die Behörden gänzlich passiv blieben und nicht den geringsten Versuch machten, die Unruhen zu unterdrücken. Viele Einwohner sind aus der Stadt geflüchtet, um Sicherheit in Rumänien zu suchen. — Durch diese Blutschüsse sind die Vorgänge in Rischneff bekannt geworden.

Das „Bureau Herald“ meldet über die Grauel von Rischneff: Rischneff, 11. September. Nach Meldungen aus Rischneff soll dort am jüdischen Neujahrsfest ein Pogrom stattgefunden haben. In der Parolansage sollen sämtliche jüdischen Geschäfte zerstört und geplündert worden sein. Die Zahl der Verletzten sei sehr groß. Viele Personen flüchten aus Rischneff.

Aus Lodz meldet dem „O. L.“ ein Privattelegramm vom 10. d. M., von entseßlichen Mordtaten dortiger Banditen, die wieder einen Pogrom begonnen haben. Heute wurden 11 Personen, darunter vier Frauen, erschossen und vier Personen, darunter zwei Frauen, verletzt. Am Mitternacht dauerte die Schießerei noch fort.

Die Kadetten nach dem Staatsreich.

In der letzten Nummer der kadettischen Wochenschrift „Wjesnik Narodni Swobody“ schreibt der bekannte Kadettenführer Raboloff folgendes:

„Wenn an der Schwelle der ersten und der zweiten Duma Programme für legislative Arbeiten aufgestellt werden könnten, so lag diesen Plänen die Präsumtion zugrunde, daß die Volksvertretung sowohl nach ihrer Idee wie nach der gegebenen Form ihrer Verwirklichung äußeren Einflüssen nicht zugänglich sei, und daß schon ein bestimmtes Fundament existiere, auf welchem man vorsichtig und folgerichtig weiter bauen könne. Nach dem Ereignis vom 18. Juni ist für diese Präsumtion kein Platz mehr vorhanden, und wir beweisen nur, daß wir nichts gelernt und alles vergessen haben, wenn wir uns bei diesen Verhältnissen die frühere Aufgabe stellen würden, die sozialen und politischen Reformen, welche diesem oder jenem Parteiprogramm — im besonderen unserem eigenen — entspringen, auf legislativem Wege folgerichtig zu verwirklichen.“

Die in diesen Tagen abgeschlossene Konferenz des Zentralkomitees der Kadettenpartei und der Delegierten der Provinzialkomitees hat gezeigt, daß die Kadetten bei aller Langsamkeit, mit der sich ihre „Aufklärung“ vollzieht, dennoch bei den Linksparteien etwas gelernt und nicht alle Lehren in den Wind geschlagen haben, welche ihnen von den Schöpfern des Staatsreichs vom 18. Juni erteilt worden sind.

Auf der Konferenz wurde nämlich beschlossen, sich mit einer Deklaration an das Land zu wenden, in welcher die Stellungnahme der Partei zur gegebenen politischen Lage und zur Rolle der Opposition in der dritten Duma dargelegt wird. In dieser Deklaration würde man vergeblich irgend welche Hinweise auf das „Fundament“ suchen, „auf welchem man vorsichtig und folgerichtig weiterbauen könne.“ Der Akt vom 18. Juni — so heißt es in der Deklaration — hat alle Hoffnung zunichte gemacht, daß in Rußland ruhige Arbeit zur Durchführung der notwendigen Reformen möglich sei! Mit anderen Worten — die „Präsumtion“ hat sich nicht bewährt. Mit dem Schwenden der kadettischen Illusionen ist auch das „Fundament“ zusammengestürzt, das in den Köpfen der Kadetten daraus errichtet war.

Nicht viel mehr als von diesem „Fundament“ blieb vom früheren Heilmittel der Kadetten übrig: „der folgerichtige Verwirklichung sozialer und politischer Reformen auf legislativem Wege“. Jetzt will die Partei, falls sie in der Duma die Minorität bilden sollte, sich die Aufgabe stellen, die Pläne der Reaktion aufzuwickeln, eine strenge Kontrolle des Budgets zu führen und die Gesetzesvorlagen der Regierung und der Parteien einer sachlichen Kritik zu unterwerfen. Nur in den „wichtigsten Fragen“ des russischen Lebens (allgemeines Wahlrecht und Reform der lokalen Selbstverwaltung) sollen selbständige Gesetzesvorlagen eingebracht werden.

Raboloff, der Autor eines der beiden Deklarationsentwürfe, welche von der Konferenz als Grundlage für die endgültige Fassung angenommen wurden, spricht im obenwähnten Artikel von der „ungeheuren Bedeutung der Dumatribüne, vom Standpunkt der politischen Erziehung der Massen“. Ein charakteristischer Umschwung! Dieselben Kadetten, die sich bisher in die stolze Toga der künftigen „Gesetzgeber“ hüllten und nur die legislative Arbeit als einzig notwendig anerkannten, sprechen jetzt von der Bedeutung der Dumatribüne für die Agitation! Wie ganz anders war es vor der Einderufung der zweiten Duma, als die Kadetten die feierliche Versicherung abgaben, daß von den Donnerbölen „der Sprache der Gesetzesvorlagen“ die Mauern von Jericho einzufürzen würden!

Gewerkschaftliches.

Zentrum und Landarbeiter.

Auf dem Würzburger Katholikentag hat sich Dr. Helm im sozialen Ausschuss für die Organisation der Landarbeiter ins Zeug gelegt. Die „Rheinische Volksstimme“, das zentrumsagrarische Blatt, das sonst mit allem Eifer gegen den Versuch, die Landarbeiter zu organisieren, loszieht, kam in diesem Falle, wo es sich um Dr. Helm, den christlichen Bauernführer, handelt, nicht in derselben Weise auftrumpfen, wie es das mit den christlichen Gewerkschaftsführern zu tun pflegt. Das rheinische Bauernblatt findet daher das Vorgehen Dr. Helms begründlich, weil

feine Ausführungen lediglich auf bayerische Verhältnisse zugeschnitten seien:

In Bayern stehen nämlich einer Koalition auch der Landarbeiter bereits heute keine gesetzlichen Hindernisse im Wege. Die Sozialdemokratie hat sich diesen von ihrem Standpunkte aus idealen Zustand auch bereits zunutze gemacht und in Oberbayern eine Organisation gegründet, die zurzeit 40 Personen zählt. Unter diesen Umständen gewinnt das Vorgehen Dr. Heims ein anderes Gesicht; er kann für Bayern schließlich nichts anderes tun, als den Sozialdemokraten zuzustimmen.

Das Blatt bestätigt also, daß die ultramontanen Bestrebungen zur Organisierung der Landarbeiter nicht aus Liebe zu dem Landproletariat geschehen, sondern aus Furcht vor der Sozialdemokratie. In Preußen, dessen herrliche Gesetzgebung die „Gefahr“ der gewerkschaftlichen Organisation den Landarbeiter durch die Sozialdemokratie noch hintanhält, ist ein Vorgehen im Sinne Dr. Heims nicht vorzuziehen. Das zentrumsagrarisches Blatt ersucht deshalb die „Allerweltbeglückter in Preußen“, das heißt die Herren Giesberts und Genossen, von ihrem herostratischen Beginnen endlich einmal die Finger zu lassen und nicht durch Übertragung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter „mit täppischer Hand die Dämme einzureißen, die Preußen vor der Möglichkeit einer Aktion der Sozialdemokratie wie in Bayern schützen“, dann: „Eines schickt sich nicht für alle!“

Herr Giesberts muß sich schließlich den Vergleich mit jenem Professor gefallen lassen, der mit seinen Schutzimpfungsversuchen beinahe den deutschen Viehstand verseucht hätte. Seine Bestrebungen seien um so überflüssiger, als unsere Bauern, in der Rheinprovinz zumal, gute und tüchtige Arbeiter so gut behandeln, daß sie sie „am liebsten in Watte wickeln, wenn nur genug vorhanden wären“.

Wenn das der Fall ist, dann versteht man umso weniger den Widerstand, den die Zentrumsbauern der Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter entgegensetzen. Von Arbeitern, die in Watte gewickelt werden, haben die Bauern doch ganz sicher nichts zu fürchten. Das Verhalten der ultramontanen Agrarier bestätigt aber, was man schon durch die Erfahrung weiß, daß, gleichviel ob in Bayern oder im Rheinland, die Landarbeiter noch sehr viel zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu fordern haben, bis sie zu einem einigermaßen menschenwürdigen Dasein gelangt sind — wobei sie recht gern darauf verzichten, in Watte gewickelt zu werden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauhandwerker! Die auf Bauten beschäftigten Marmorarbeiter müssen mit Arbeitsberechtigungskarten versehen sein. Diese Karten sind jede Woche abzustempeln. Wir bitten sämtliche Bauhandwerker, darauf achten zu wollen.

Die Streikleitung. J. A. B. Dohmann.

Die Hausdiener der Warenhäuser, die im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert sind, entfalten seit einiger Zeit eine rege Agitation zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Am Dienstagabend hielten sie eine gutbesuchte Versammlung im Saale der „Neuen Philharmonie“ ab, in der Herr Dr. Heims referierte und einen Entwurf zu einem Tarifvertrage unterbreitete. Folgende wichtige Bestimmungen sind darin enthalten:

Der Anfangslohn für jugendliche Arbeiter bis zu 16 Jahren wird wie folgt geregelt:

Arbeiter im Alter von 14 Jahren erhalten	15 M. pro Woche
„ „ „ „ 15 „ „ „	16 „ „ „
„ „ „ „ 16 „ „ „	18 „ „ „

Der Anfangslohn für Personen im Alter von 17 bis 20 Jahren beträgt:

für Arbeiter im Alter von 17 Jahren	20 M. pro Woche
„ „ „ „ 18 „ „ „	21 „ „ „
„ „ „ „ 19 „ „ „	23 „ „ „
„ „ „ „ 20 „ „ „	24 „ „ „

Hausdiener, Bader, Radfahrer, Schaffner, Portiers und Fahrstuhlführer im Alter von 21 Jahren und darüber erhalten einen Anfangslohn von 27 M. pro Woche, steigend jährlich um 1,50 M. pro Woche, bis zum Höchstlohn von 36 M. pro Woche.

Ausfallsarbeiter erhalten einen täglichen Lohn von 5 M. In der Zeit vom 1. Dezember bis 31. Dezember jeden Jahres wird wegen der großen Anforderungen, die an die Arbeiter gestellt werden, ein Tagelohn von 6 M. gezahlt.

Überstunden werden bis 11 Uhr abends mit 60 Pf. und nach 11 Uhr abends mit 75 Pf. pro Stunde vergütet.

Sämtliche hier angeführten Lohnsätze erhalten für die zurzeit im obigen Betriebe tätigen Personen rückwirkende Kraft.

Die Arbeitszeit beträgt für alle oben aufgeführten Personen 0 1/2 Stunden.

Ferner wird ein Sommerurlaub von drei bis 12 Arbeitstagen verlangt, unter Fortzahlung des Lohnes natürlich.

Der neue Tarif soll mit dem 1. November in Kraft treten und auf 1 Jahr Geltung haben.

Die Hausdiener wissen, daß sie mit großen Widerständen zu rechnen haben, aber sie hoffen, mit Hilfe ihrer Organisation zum Ziele zu kommen.

Die folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die heute versammelten Hausdiener, Bader, Fahrstuhlführer usw. aus den Warenhäusern Berlins erklären sich mit dem vorgelegten Tarif einverstanden. Sie sind der Ansicht, daß die aufgestellten Forderungen nur dem entsprechen, was sie als notwendig zum eigenen Leben und zum Wohl ihrer Familien erachten. Trotz der Ausfällungen in gemäßigten Zeitungen, wie „Konfessionär“ und „Arbeitgeber-Ztg.“, die wohl als offiziöse Auslassungen der Warenhausbesitzer angesehen werden können, beantragen die Versammelten die Leitung ihrer Organisation, mit den Warenhausbesitzern in Unterhandlung zwecks Abschluß eines Tarifes einzutreten. Sie sind der Meinung, daß die Unternehmer es nicht auf einen Kampf sollten ankommen lassen, und sind ihrerseits gesonnen, zuerst nichts unberührt zu lassen, um den Frieden im Handelsgewerbe zu erhalten; sie setzen der weiteren Entwicklung der Dinge mit Ruhe entgegen.“

Bewegung der Eisenarbeiter.

Die Eisenarbeiter und -arbeiterinnen versammelten sich am Dienstagabend in Frankes Resthäfen, Sebastianstraße. Erud sprach über die gegenwärtige Tarifbewegung und die Organisation der Eisenschmiedefabrikanten. Der bestehende Tarif, der zwei Jahre in Geltung war, ist von den Arbeitern und auch von den Fabrikanten gekündigt worden. Die letzteren beschloßen sogar noch eher als die Arbeiter, den Tarif nicht länger anzuerkennen. Nun war es die Aufgabe der Schlichtungskommission, Verhandlungen aufzunehmen, um einen neuen Tarif zu schaffen. Die Arbeiter sandten den Fabrikanten einen Vertragsentwurf zu, der wieder nur eine Dauer von zwei Jahren verspricht. Nach langem Zögern kam eine Antwort, die eine Bedingung für die Eröffnung von Verhandlungen enthielt, es sollte ein neuer Vertrag überhaupt auf drei Jahre abgeschlossen werden. Diese Bedingung wurde nicht angenommen und schließlich willigten die Unternehmer ein, daß die Schlichtungskommission in Tätigkeit trete. Vor dem 20. September werden die Verhandlungen aber jedenfalls nicht beginnen. Der neue Vertrag müßte am 1. Oktober in Kraft treten. Die Arbeiter haben den Eindruck gewonnen, als möchten die Fabrikanten es auf einen Streik ankommen lassen. Der neugegründete Schlichterband

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöckner, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft

der Fabrikanten hat die Preise der Waren erhöht und sichert den Mitgliedern eine gegenseitige Unterstützung in Streikfällen zu. Die Arbeiter nehmen eine abwartende Stellung ein; sie haben sehr mächtige Forderungen gestellt, die kaum einen Grund bilden dürften, es auf einen Kampf ankommen zu lassen, aber die Arbeiter sind bereit, dafür einzustehen, wenn ihnen der Kampf aufgezwungen wird. In der Diskussion sprachen die Redner im Sinne des Referenten. Von einem dreijährigen Vertrag wollte niemand etwas wissen. Man war sich darin einig, daß man in Ruhe den Verlauf der Dinge abwarten könne.

Achtung, Fräser, Hobel- und Schneidmühlens-Rutscher. Bei der Firma W. Hildebrandt, Reichenbergerstraße 57, haben die Rutscher wegen Raubregelung eines ihrer Kollegen am Mittwochmittag die Arbeit einmütig niedergelegt. Der gemahregelte Kollege war bereits über 7 Jahre in dem Betriebe beschäftigt und soll nach Angabe des Herrn Hildebrandt das fürchterliche Verbrechen begangen haben, seine Mitkollegen für die Erreichung höherer Löhne zu interessieren. Da Herr Hildebrandt, wie offenkundig bekannt ist, fürchtet, daß er nach Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages seinen Rutschern einen höheren Lohn zahlen muß, so verjucht er auf diesem Wege, nach und nach die organisierten Rutscher aus dem Betriebe zu entfernen. Die Rutscher Berlins werden deshalb gebeten, den Zugang nach diesem Betriebe fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiterverband. Dreißerverwaltung Berlin II.

Achtung, Schuhmacher! Die Werkstatt von Wenzel, Charlottenburg, Kauerstr. 2, ist wegen schlechter Bezahlung und ungenügender Werkstatt gesperrt.

Zentralverband der Schuhmacher. Zahlstelle Charlottenburg.

Deutsches Reich.

Zur Bergarbeiterbewegung in der Niederlausitz.

Senftenberg, den 11. September. Unternehmerrlagen.

Als die Lohnbewegung im hiesigen Revier einsetzte, ging der Bergarbeiter aus dem Unternehmerlager ein Wackzettel zu, wonach die Löhne der Bergarbeiter im letzten Jahre um 18 Proz. gestiegen sein sollten und die Arbeiter von der Preissteigerung allein den Vorteil gehabt hätten. Wie nun die zuständigen Berginspektionsbeamten des Reviers in dem amtlichen Jahresbericht angeben, gestalteten sich die Löhne folgendermaßen: Bergrevier West-Kottbus: Der durchschnittliche Reinverdienst hat für die Schicht betragen:

	1906	1905
1. Bei den unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeitern	4,11	3,76
2. Bei den sonstigen unter Tage beschäftigten Arbeitern	3,09	2,94
3. Bei den erwachsenen männlichen Arbeitern über Tage	3,38	3,14
4. Bei den jugendlichen männlichen Arbeitern über Tage	1,64	1,63
5. Bei den weiblichen Arbeitern überhaupt	1,69	1,64

Für West-Kottbus berichtet der Beamte: Die Löhne sind gegen das Vorjahr bei der männlichen Arbeiterklasse gestiegen, bei der weiblichen Arbeiterklasse etwas gefallen. (!) Dann folgt diese Tabelle:

Arbeiterklassen	Verdienter reiner Lohn			
	pro Tag	pro Jahr	1906	1905
1. Unterird. beschäft. eigentl. Bergarb.	3,31	3,47	1009	1068
2. Sonst. unterird. beschäft. Arbeiter	2,79	2,92	860	892
3. Erwachs. männl. Arbeiter über Tage	3,07	3,29	989	1005
4. Jugendl. männl. Arbeiter über Tage	1,70	1,78	514	522
5. Weibliche Arbeiter überhaupt	1,67	1,64	506	499

Ein einziger Blick auf die amtlichen Ziffern genügt zur Feststellung, daß die behauptete Lohnsteigerung von 18 Proz. eine Unwahrheit ist. Aber auch sonst zeigen die nackten Zahlen das ganze Bergarbeiterelend der Niederlausitz. Der Durchschnittsverdienst im gesamten deutschen Bergbau betrug 1906 nach den Angaben der Anapflichtberufsgenossenschaften 1293,04 M. gegen 1189,07 M. in 1905. Im Braunkohlenbergbau allein betragen die Durchschnittslöhne 1906 1091,81 M. gegen 1041,50 im Jahre 1905. Im Oberbergamtsbezirk Halle, zu dem das Lausitzer Revier gehört, wurden im Durchschnitt gezahlt 1085,22 M. pro Jahr und Kopf. Daraus ist ersichtlich, daß die Löhne im Bergrevier der Niederlausitz die niedrigsten sind, die es überhaupt — außer Schlesien — im Braunkohlenbergbau gibt. Dahingegen entfiel 1901 eine Förderleistung von 11 257 Hektoliter auf jeden Arbeiter, 1906 aber 16 313 Hektoliter. Also eine Steigerung der Leistung um 5000 Hektoliter! Die 82 Aktiengesellschaften des Bergbaues schütteten 1906 eine Durchschnittsdividende von 11,05 Proz. aus gegen 8,68 im Jahre vorher.

Und nun vergleiche man damit die Unternehmerangaben!

Christliches.

In einer am Sonntag in Bochum abgehaltenen Keitstenterversammlung des christlichen Gewerkevereins wurde der Zentrumsabgeordnete und frühere Vorsitzende des christlichen Gewerkevereins, August Brust, aus dem Saale hinausgewiesen. Brust hatte in seiner „Emscher-Lippe-Zeitung“ in einem Artikel die christlichen Keitstentler aufgefordert, unbeschadet um das Geschrei der „roten Brüder“ das Statut anzunehmen.

Ausland.

Der Kampf der Antwerpener Dockarbeiter.

Antwerpen, 10. September. (Fig. Ver.)

Rachdem sich die Engländer so untauglich und „undankbar“ erwiesen — es liefen ihrer nämlich viele davon — verließen die Unternehmer die besser angeschriebenen Deutschen als Streikbrecher zu gewinnen. Gestern kamen richtig nicht ganz — hundert Stück aus Hamburg an — natürlich wurden sie ausreichend bewacht zum Hafen gebracht. Es muß also doch Verunft her, denn auch Militär und Gendarmerie haben die Unternehmerhoffnungen nicht erfüllt und weder die Streikenden wankelmütig gemacht, noch den Zustrom von Streikbrechern begünstigt. Was alle Vorstellungen der vermittelnden Personen, was Verunft und Logik nicht zuwege gebracht, wird vielleicht durch diese Tatsache — daß die Streikenden mütig ausharren und die Streikbrecher sich nur so spärlich einstellen — bewirkt. Die Streikenden sind zu jeder Verständigung, die ihrer rechtlichen Forderung und ihrer Ehre nicht widerspricht, bereit. Der „Peuple“ teilt heute mit, daß Genosse Chapelie verständigt wurde, daß vier Unternehmer mit ihm wegen der Bedingungen über die Arbeitsaufnahme bei ihnen verhandeln wollten. Ueberdies aber soll nach verschiedenen Mitteilungen (siehe die gestrigen Telegramme) eine Verständigung zwischen der Unternehmer-Vereinigung und den Streikenden in Aussicht sein, die in nächster Zeit schon dem Streik ein Ende machen würde. Ein interessantes Interview mit einem Mitglied der Antwerpener Kommunalverwaltung, das zugleich eine angesehene Stellung in der kaufmännischen Welt einnimmt, hatte gestern der Korrespondent der Brüsseler „Etoile belge“. Seine heftige Verurteilung der Haltung der Unternehmervereinigung, seine Anerkennung der Berechtigung der Lohnforderung der Verlebarbeiter soll schon darum verzeichnet werden, weil der Mann selbst dem Handel angehört, ein „Großkapitalist“ ist und sich als Antifozialist bekennt. Herr Devos weist auf die Auslagen hin, die den Ver-

labern dadurch erwachsen, daß sie nicht in Antwerpen selbst wohnen und 25 Centimes für die Bahn zu zahlen haben; daß sie auch durch eine Reihe mit ihrer Arbeit zusammenhängender Einrichtungen zu verschiedenen Auslagen gezwungen sind, ferner und hauptsächlich aber, daß sie nicht alle Tage Arbeit haben. „Sind also“, sagt Herr Devos, 8 Frank „übertrieben“? Die Unternehmervereinigung, sagt Herr Devos weiter, behauptet, im Rahmen des Handels die Forderungen zurückweisen zu müssen. Aber sie hat kein derartiges Mandat und die Handelswelt würde sich für derartige Verteidiger, von denen sie umgebracht wird, bedanken. Und Herr Devos behauptet, daß auf der Börse wie bei den Kaufleuten, den großen und kleinen, dasselbe Urteil über die bornierte und gewissenlose „Haltung der „Fédération maritime“ herrscht! — Eine ganze Reihe solcher Meinungsäußerungen konnte man in bürgerlichen Blättern lesen, die sonst durchaus nicht Arbeiterinteressen vertreten. Das hängt freilich auch damit zusammen, daß durch den Frevel der Hafenherren, die ja nebenbei „Fremdlinge“ sind, die Interessen der ganzen Hafenstadt in schwerste Mitleidenschaft gezogen sind. Wären die Arbeiter allein geschädigt, so hätten wohl auch in diesem Kampfe die Hafenkapitalisten wie die anderen sonst bei Streiks eine „bonno presse“... .

Trotzdem von bevorstehender Lösung des Konflikts gesprochen wird, kommt aus verschiedenen Orten die Kunde, daß die Gendarmerie Bereitschaft hat und nötigenfalls nach Antwerpen einrücken wird. Sonntag kamen 125 Gendarmen aus Terwueren bei Brüssel, und aus Mons, Ais, Tournai usw. sollen Abteilungen abgehen. Die Streikenden geben übrigens zu diesen Maßregeln keinerlei Anlaß und genügen sich damit, die paar Hundert meist ungeschickten Arbeiter bei ihren Hantierungen, soweit eben die Möglichkeit zum Zuschauen gegeben ist, anzugucken.

Außer dem einen der Brandstifter verdächtigten holländischen Diamantarbeiter ist nun noch ein zweiter Holländer unter demselben Verdachte verhaftet worden.

Die Unterstützungen an den „Berker“ stehen reichlich und die Verteilung der Unterstufungen ist aufs beste organisiert. Unter den eingegangenen Summen sei die Spende des deutschen Dockarbeiterverbandes mit 5000 M. und des Verbandes der Transportarbeiter Deutschlands mit 2000 M. hervorgehoben.

Von den vielen Gerüchten, durch die man die Streikenden „unpopulär“ machen will, eines: der Bürgermeister soll von den Streikenden „ausgepiffen“ worden sein. Es ist natürlich kein wahres Wort daran.

Antwerpen, 11. September. Die Liga der Diamantarbeiter hat in der gestrigen Sitzung beschlossen, die bereits angenommene Unterstützung für die ausländischen Dockarbeiter von 2000 Frank auf 7000 Frank zu erhöhen.

Brüssel, 11. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Die Streikbrecherzahl ist fast unverändert, weil immer neue kommen, aber frühere gehen. Der Streik dauert fort trotz tendenziöser Meldungen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Landtagswahlen in Sachsen.

Chemnitz, 11. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Im zweiten sächsischen Wahlkreis bei 50 Proz. Beteiligung sämtliche 70 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Durchschnittlich Stimmen: Sozialdemokraten 6900, National-liberale 2178, Konservative 608.

Der Herr Direktor als Expresster.

Essen a. R., 11. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der gestrigen Sitzung der Strafkammer wurde der Direktor des Schreibmaschinenwerkes Smith Premier, Berlin, wegen versuchter Erpressung zu 8 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Blattern in Wien.

Wien, 11. September. (B. Z. V.) Ein neuer Fall von Blatternkrankung ist heute abend zur Anzeige gebracht worden.

Der Kampf ums Wahlrecht.

Budapest, 11. September. (B. Z.) Die Agitation für die auf den 10. Oktober geplante Arbeitseinstellung in ganz Ungarn wird energisch betrieben. Am Montag soll eine Broschüre über das allgemeine Wahlrecht in einer Million Exemplaren erscheinen und an den nächsten Sonntagen im ganzen Lande etwa 100 Volksversammlungen abgehalten werden. Bisher haben sich die Städte Temesvar, Klausenburg und Szegedin der Bewegung angeschlossen.

Beendete Lohnbewegung.

Wschaffenburg, 11. September. (B. Z. V.) Die ausländigen Arbeiter, der hiesigen Konfektionsindustrie haben die Arbeit zu den früheren Bedingungen wieder aufgenommen; seitens der Arbeitgeber erfolgte die Aufhebung der Aussperrung der Arbeiter.

Frankreichs Vorgehen in Marokko.

Paris, 11. September. (B. Z. V.) Ministerpräsident Clemenceau befähigte in einem Interim, daß General Druce nicht die Instruktion erhalten habe, sich defensiv zu verhalten, und fügte hinzu, es seien Truppenverfügungen nach Casablanca gerade zu dem Zwecke gefaßt worden, um die Offensive zu ergreifen. Man wolle, daß sein Vorgehen schnell sei und in einem Umfange geschehe, der keinen Zweifel über den offensiven Charakter lasse.

Berschüttete Bergarbeiter.

Mons, 11. September. (B. Z.) In der Grube Rieu-du-Coetre sind zwei Arbeiter infolge eines Erdstößes verschüttet und getötet worden, ihre Leichen sind bereits geborgen.

Eisenbahnunglück.

Brüssel, 11. September. (B. Z.) Vergangene Nacht stieß am Bahnhof von Morlanwelz ein Passagierzug mit einer Lokomotive zusammen. Mehrere Wagen wurden auf dem Gleise getroffen und teilweise stark beschädigt. 19 Personen wurden verwundet, darunter fünf schwer.

Sie wollen keine Streikbrecher sein!

Antwerpen, 11. September. (B. Z. V.) Zahlreiche von der Fédération maritime angeworbene deutsche Arbeiter sind heute nach Deutschland zurückgereist.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Das Nachrichtenbureau.

Genosse Stolten, einer der Verfasser des Privatentwurfs der fünf Redakteure, veröffentlicht im „Hamburger Echo“ unter seinem Namen, also wohl für seine Person, einen langen Artikel, der sehr wenig über das Nachrichtenbureau selbst besagt, in dem aber immer wieder die Frage aufgeworfen wird: „Warum der Argwohn?“ So sagt er:

„Schon über den ersten Entwurf und dann auch über den Antrag des Parteivorstandes, der ja unseren Lesern bekannt ist, hat sich in einem Teile der Parteipresse nun eine lebhaftere Debatte entsponnen. Das ist kein Fehler. Im Gegenteil! Ueber die Einzelheiten der Ausgestaltung eines solchen Nachrichtenbureaus kann man sehr wohl verschiedener Meinung sein, ja selbst darüber, ob sich überhaupt die Errichtung eines solchen empfiehlt oder nicht. An sich läßt sich darüber streiten. Aber diese Frage war auf der Redakteurenkonferenz entschieden, auf der sich kein Widerspruch gegen die Schaffung des Bureaus zeigte. Es kann erfreulicherweise auch konstatiert werden, daß die ganze Diskussion über diese Frage wie die Verhandlungen der Redakteurenkonferenz überhaupt in sehr ruhiger sachlicher Weise geführt wurden, daß sie alle Anläufe an frühere unangenehme Debatten vermieden ließen.“

Das gleiche läßt sich leider von den neuerlichen Debatten in der Presse nicht sagen. Durch diese Debatten geht wieder der alte Geist des Mißtrauens und Argwohns der „Beiden Richtungen“ innerhalb der Partei, der Verdacht parteiverderblicher Absichten auf der einen oder anderen Seite und es ist besonders sehr scharf dagegen protestiert worden (im „Vorwärts“), das Nachrichteninstitut „dem Revisionismus auszuliefern“. Die Vermutung, daß diese Absicht bestehe, und zwar vor allem bei den Urhebern des ersten Entwurfs, hat der „Vorwärts“ aus einer allerdings nicht sonderlich geschickten und faktischen Auslassung des „Sochumer Volksblatt“ geschöpft, das sich, und dem entgegengekehrten Mißtrauen heraus, dagegen verwahrt, daß das Bureau „zum Bewußtsein der guten Befinnung werden sollte, wenn aus der Bureaufrage eine neue „Vorwärts“-Frage würde.“

Unter solch gegenseitiger Beargwöhnung der Parteigenossen kann weder ein richtiges Urteil über die Sache selbst gewonnen werden noch das Nachrichtenbureau so wirksam werden, wie es im Interesse unserer kleinen Parteipresse zu wünschen wäre.“

Genosse Stolten findet es auch unrichtig, wenn Webel aus jener Stelle des Hünfer-Entwurfs, wo die Forderung erhoben wurde, „keineswegs etwa trodene Tatsachenangaben“ zu vermitteln, sondern die Mitteilungen auch zu „färben“ usw., die Meinung ausspricht, daß es bei einem solchen Nachrichteninstitut nicht ohne Beeinflussung der Parteipresse in der einen oder anderen Richtung abgehen werde. Zu einem solchen Urteil, meint Stolten, könne man nur kommen, „wenn sich der Verdacht gegen die parteigegenständliche Ehrlichkeit tief eingestrichen habe“.

Genosse Stolten irrt selbst. Wenn jemand wie Webel einfach logische Folgerungen zieht, so ist er deshalb kein „Gespensterseher“, sondern im Gegenteil ein durchaus sachlich erwogender Beurteiler.

Die Ehrlichkeit der Genossen steht für uns außer Frage. Allein gerade ein je ehrlicherer Parteigenosse jemand ist, desto selbstverständlicher wird es für ihn sein, seine immerse und ehrlichste Ueberzeugung auch literarisch zu vertreten. Und wenn Genosse Stolten fragt „Ruh die Färbung nun „revisionistisch“ oder „historisch-ökonomisch“ sein, die Tatsachen und Vorgänge... sollen... unter sozialdemokratischem Gesichtswinkel gebracht... werden“, so übersteht Genosse Stolten ganz das nun einmal vorhandene Faktum, daß verschiedene Richtungen existieren und daß jede von sich die Ueberzeugung hegt, schließlich den sozialdemokratischen Standpunkt zu vertreten!

Daß es übrigens sehr viel leichter ist, anderen Moral zu predigen, ihnen zu empfehlen, sich alles Argwohns zu entschlagen, als selbst ohne jeden Argwohn zu urteilen, dafür ist gerade Genosse Stolten selbst ein klassisches Beispiel. Schreibt er doch:

„Aber ein erhebliches Bedenken ist geltend zu machen gegen die Ernennung der Mitglieder des Beirats durch die Parteileitung. Diese würde es ja damit bölig in der Hand haben, sich gerade ihr gefallende Redakteure als Weiräte auszusuchen und dadurch den Beirat als selbständig mitwirkende Vertretung der Redakteure unwirksam zu machen. Wir hegen nicht die Befürchtung, daß der Parteivorstand so einseitig handeln werde; aber bei den Verorganissen, die gegenüber den Vorschlägen des ersten Entwurfs in entgegengekehrter Richtung aufgetaucht sind, muß man damit rechnen, daß dasselbe Mißtrauen dem Parteivorstande entgegengebracht werden würde. Deshalb ist es wünschenswert, falls der Beirat nach dem Antrage des Parteivorstandes beschlossen wird, für die Auswähl einer Mitglieder eine andere Form zu finden.“

Uns selbst wäre es gleichgültig, ob der Beirat vom Parteivorstand oder vom Parteitag selbst gewählt würde, wenn wir nicht glauben, daß die Auswähl durch den Parteivorstand selbst die Garantie möglicher Objektivität böte. Genosse Stolten jedoch hält es für notwendig, daß gerade den Bedenken gegen die Objektivität des Parteivorstandes Rechnung getragen werden müsse. Aller Argwohn ist also vom Uebel, nur nicht der gegen den Parteivorstand!

Es fällt uns gar nicht ein, nun unsererseits dem Genossen Stolten den freundlichen Vortwurf der „Gespensterseherei“ zurückzugeben zu wollen. Nur das eine möchten wir daraus folgern: man sollte sich überhaupt vor moralischer Splittteriererei hüten und die Dinge so nehmen, wie sie nun einmal liegen. Es handelt sich einfach um die Frage: welche Aufgaben kann das Nachrichtenbureau erfüllen, ohne daß innere Reibungen und eine schädliche Beeinflussung der Gesamtpresse — komme sie von welcher Seite immer — zu befürchten wäre.

Darüber mehr in einem Schlussartikel.

7. Skandinavischer Arbeiterkongreß.

Skandinavien, den 9. September.

Gestern und vorgestern konnte der Kongreß die Resultate der Kommissionsverhandlungen beraten. Zunächst kam der Kommissionsentwurf zu einer Resolution in der Frage des Genossenschaftswesens. Die Mehrheit der Kommission beantragte eine Resolution, die in ihrer Einleitung die Kooperation als die Grundlage künftiger Sozialisierung der Gesellschaft bezeichnete. Wegen diese weitgehende Fassung wandte sich die Minderheit mit aller Entschiedenheit, und auf dem Kongreß selbst wurde von verschiedenen Seiten, besonders von den Dänen, gegen die Mehrheitsresolution Front gemacht. Man einigte sich schließlich auf die etwas veränderte Resolution der Minderheit, die das Genossenschaftswesen als ein wichtiges Hilfsmittel im Befreiungskampfe

des Proletariats bezeichnet. Im zweiten Absatz wird dann erklärt: „Neben der Entwicklung der Arbeiterklasse, die von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Sozialdemokratie geschaffen wird, wirken die von den Arbeitern auf dem Gebiete der Produktion und der Distribution errichteten genossenschaftlichen Unternehmungen als ein Mittel, der Arbeiterklasse Einsicht in die Leitung der Produktion und der Distribution zu gewähren und ihre Fähigkeiten, diese Funktionen zu übernehmen, zu entwickeln.“ Aus diesen Gründen wird den Arbeitern empfohlen, sich den Genossenschaften anzuschließen und ihre Wareneinkäufe in diesen zu machen.

In der Frage der Gesindegesetzgebung nahm der Kongreß eine Erklärung an, die zu einer kräftigen Agitation zwecks Organisation der Landarbeiter und Diensthöten auffordert und desgleichen die parlamentarische Aktion zur Beseitigung der Gesindegesetze in Aussicht stellt. — Zwecks Sammlung statistischen Materials bezw. dessen Bearbeitung wird in einem Beschlusse des Kongresses der politischen und gewerkschaftlichen Landeszentralen in den drei skandinavischen Ländern anheingeegeben, ein gemeinsames statistisches Bureau zu errichten, bezw. baldmöglichst einen dementsprechenden Vorschlag durch eine gemeinsame Kommission auszuarbeiten und den betreffenden Organisationen zuzustellen. — Bezüglich der gegenseitigen Unterstützung in größeren Kämpfen wurde beschlossen, eine solche obligatorische zwischen den Landesorganisationen der Gewerkschaften als untunlich abzulehnen. Die bezügliche Verträge zwischen den einzelnen Gewerkschaften können abgeschlossen werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die betreffenden Organisationen ihre Verpflichtungen gegenüber den Landesorganisationen erfüllen. Eine weitere Erklärung des Kongresses richtet sich gegen jegliche Verträge, die gewerkschaftlichen Landesorganisationen aufzulösen oder zu zerplündern. Die Organisationen, die heute noch außerhalb der Landeszentrale stehen, werden zum Anschluß aufgefordert und zwar mit Bezugnahme auf die internationalen Kongresse: „Die internationalen sozialistischen Kongresse haben mit Erfolg für die politische Einheit in Ländern, wo mehr als eine sozialistische Partei bestand, gewirkt. Aber die Gewerkschaftsbewegung ist ein unentbehrliches Glied im Klassenkampfe; auch hier muß vollständige Einheit geschaffen werden, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann.“

Eine Resolution betrifft die Frage der Arbeitslosigkeit. Sie fordert die Vereinstellung von staatlichen und kommunalen Mitteln zur Abwendung der Folgen der Arbeitslosigkeit und daß als Träger dieser Arbeitslosenversicherung die Gewerkschaften zu fungieren haben. — In einer Resolution über die Selbsthilfeeinrichtungen der Arbeiter fordert der Kongreß von Staat und Kommune, diesen Institutionen der Arbeiter eine entsprechende Unterstützung zuteil werden zu lassen durch Vereinstellung von Mitteln an die Krankenkassen, Sterbekassen usw. der Arbeiter. — Eine weitere Resolution fordert von den sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen der skandinavischen Länder die Einbringung von Gesetzesvorlagen auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages, und daß Staat und Kommune in erster Linie den Achtstundentag einführen müssen. Zur Demonstration für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden ist die Arbeitsruhe am 1. Mai möglichst durchzuführen. — In der Frage Industrie- oder Berufsorganisationen beschloß der Kongreß, die Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte den Arbeitern zur Pflicht zu machen in dem Maße, wie es die industrielle Entwicklung und auch die Entwicklung der Arbeitgeberorganisationen dies erheischen. — Gegen die Einführung obligatorischer geschlichter Schiedsgerichte zur Entscheidung in Arbeitskonflikten wandte sich der Kongreß in einer Resolution, die Schiedsgerichte zur Entscheidung in Zwistigkeiten über die Auslegung eingegangener Tarifverträge fordert, sie aber für die Arbeitskonflikte selbst strikte ablehnt.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete die Verhandlung über den Militarismus. Brantings Referat war eine rhetorische Glanzleistung, die gleichzeitig den realen Verhältnissen der skandinavischen Länder gerecht wurde. Punterwold sprach für die norwegische Delegation in einer gut durchdachten Rede. Und der parlamentarische Führer der Dänen, Borgbjerg, behandelte, von stürmischen Weisfalskumgebungen des Kongresses unterbrochen, die Heuweiße der herrschenden Klassen, die die Vaterlandsliebe mit der Frage der unnützigsten militärischen Rüstungen in Verbindung bringen. „Weshalb“, frag er, „sollen wir dänische Sozialdemokraten nicht unser kleines, meermuspätes Dänemark mit seiner hohen Kultur, seinem intelligenten Volke, seiner Naturpoesie und seinen fruchtbaren Aedern, seinen Buchenwäldern lieben? Und weshalb sollten die schwedischen Genossen nicht ihr großes Land mit seinen großen Erinnerungen, seinen großen Naturreichtümern lieben? Oder die Finnländer ihr Land der tausend Seen? Oder die Norweger ihre Fjelde und Fjorden, ihr Land, das die größte Demokratie trotz des nationalen Königiums, das nur eine Farce ist, gewährt. Nun, die Vaterlandsliebe hat mit dem Militarismus nichts gemein. Wir lieben unser Land, ohne die Völker anderer Länder zu hassen, denen wir so viel in kultureller Beziehung verdanken. Der Militarismus wird an dem Tage beseitigt sein, an dem die großen Arbeitermassen erklären, wir wollen unsere Brüder anderer Länder nicht morden.“ Die vom Kongreß einstimmig angenommene Resolution geht von dem Standpunkte der Stuttgarter Resolution aus; sie betont besonders die Notwendigkeit einer starken Sozialdemokratie zur Verhinderung der Kriege, die gegenwärtig in dem Kapitalismus ihre Wurzel haben. Der Kongreß fordert die schiedsgerichtliche Erledigung aller internationalen Streitfragen und verpflichtet die sozialdemokratischen Parlamentsvertreter Skandinaviens, auf ihre Regierungen dementsprechend einzuwirken. Ferner fordert der Kongreß eine unausgesetzte Agitation unter der Jugend, um diese darüber aufzuklären, daß sie auch im Waffentod Bürger ist und daß sie die Klasse nicht vergessen darf, in die sie nach Beendigung der militärischen Dienstzeit wieder zurückkehrt. Der Kongreß fordert von der Sozialdemokratie in allen skandinavischen Ländern eine unausgesetzte Arbeit zwecks Zurückdrängens des Militarismus und für den Schutz der Menschenwürde der Wehrpflichtigen, für Begrenzung und Herabsetzung der Militärausgaben mit Abrüstung und internationaler Rechtsordnung als Ziel, und zuerst und zuletzt eine unausgesetzte Arbeit für die Erziehung des arbeitenden Volkes und der Jugend im Sinne internationaler Bruderkiebe, da der Geist des Sozialismus die Grundlage einer höheren Zivilisation ist, die von der Arbeiterklasse in die Tat umzusetzen ist.

Damit waren die Arbeiten des Kongresses erledigt. Nach Schlußreden der Vorsitzenden und des Genossen Legien für die ausländischen Gäste wurde der Kongreß am 8. September, abends, mit brausendem Gohs auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Die Delegierten sangen stehend mehrere skandinavische Arbeiterlieder. Unter den begeisterten Klängen des Sozialistenmarches entleert sich langsam der Saal. Der nächste Kongreß findet 1911 in Gothenburg statt.

Noch eine Entgegnung.

Genosse David setzt meiner Kritik seines Verhaltens bei der Abstimmung über die Kolonialdebatte eine Erwiderung entgegen, in der er zu folgendem Resultat kommt:

„Wenn jetzt Kautsky jene Vorgänge in tendenziös-entstellender Weise nachträglich breittreibt, so ist das der einzige „Skandal“ bei der ganzen Sache. Er muß wohl selbst die Schwäche seines naiv-doktrinären Standpunktes in der Kolonialfrage empfinden, daß er auf diese Weise versucht, seine sachlichen Gegner persönlich zu diskreditieren und dadurch die Diskussion auf das Niveau des persönlichen Rankes herabzuziehen.“

Mit anderen Worten, David kann die Vorgänge nicht in Abrede stellen, die ich kritisierte, er will sie bloß anders aufgefaßt wissen

und beklagt sich daher über „tendenziös entstellende Weise“. Wir dürfen hinfort nicht mehr annehmen, David habe sein „Rein“ der deutschen Delegation zugerufen, weil er hoffte, dadurch ihre Abstimmung zu beeinflussen, sondern sollen glauben, er habe das bloß getan, um sich der deutschen Delegation „verständlich zu machen“.

Das mag glauben, wer will; wenn aber David weiter meint, ich hätte zur Kolonialfrage sachlich nichts mehr zu sagen und verberge nun meine „naiv-doktrinäre Schwäche“ hinter persönlichem Gohs, so dürfte er vinnen kurzem durch eine Arbeit, die ich unter der Feder habe, aus diesem sahen Wahne gerissen werden.

A. Kautsky.

Aus der Partei.

Zur Frage der Waiseier

resp. zur Frage der Kostenbedingung für die Opfer allenfallsiger Waiseieraussparungen nahm eine Parteiversammlung in Nürnberg neuerdings Stellung. Kürzlich wurde anlässlich der Delegiertenwahl zum Essener Parteitag mit knapper Mehrheit beschlossen, an den Parteitag den Antrag zu stellen, die Frage in der Weise zu regeln, daß Partei und Gewerkschaften die Kosten gemeinsam tragen sollen. Auf diesen Antrag kam in der Versammlung, die den Bericht vom Internationalen Kongreß entgegennahm, in der Diskussion Genosse Kurt Eisner zurück, indem er an die Versammlung die Bitte stellte, jenen Antrag zu widerrufen. Er begründete dies damit, daß derartige Anträge sehr gefährlich seien. Er wunderte sich, daß die Waiseierfrage überhaupt zu einer Frage der Kostenbedingung gemacht werden sollte. Derartige Dinge sollte man nicht in Beschlüssen festlegen, sondern unter der Hand regeln; die Frage der Kostenbedingung dürfe nicht zum Ausgangspunkt der Diskussion über das Für und Wider gemacht werden. In der Waiseier habe der politische Kampf Gelegenheit, einmal demonstrativ tätig zu sein, etwas wie eine Aktion zu entwickeln. Man könne sich wohl den Standpunkt denken: Lohnt sich die Waiseier und ist sie die Opfer wert, die sie erfordert? — und wenn die Gewerkschaftler auf diesem Standpunkt stehen, so sollten sie sagen: Wir wollen die Waiseier beseitigen. Das wäre wenigstens ein Standpunkt, den man noch verstehen kann. Die Bestrebungen, die Kosten zwischen Partei und Gewerkschaften zu teilen, hätten den Zweck, die Waiseier von hinten herum zu beseitigen. Es sei schon unbillig, zu verlangen, daß 200 000 politisch Organisierte zur Hälfte die Kosten für zwei Millionen Gewerkschaftler tragen sollen, aber die Parteikasse sei auch ihrer ganzen Natur nach nicht für derartige Ausgaben eingerichtet. Wenn man so laut und offiziell die Waiseier zu einer Frage der Kostenbedingung macht, so sei das geradezu eine Provokation an die Unternehmer, bei der nächsten Gelegenheit eine Aussparung so ergiebig zu machen, daß die Parteikasse gesprengt werden könnte. Man solle doch die Unternehmer nicht reizen; hier ist unser wunder Punkt, greift den Parteivorstand bei seinem fiskalischen Verzean an! In Berlin habe eine Waiseieraussparung in einem einzigen Betriebe 80 000 M. gekostet, und Redner ist der Ansicht, daß der heutige Waiseieraufschlag des Vorstandes durch diesen Fall beeinflusst worden ist. Wenn dann solche Beschlüsse gefaßt werden, würde man noch ganz andere Waiseieraufschläge erleben. Die Parteikasse könne solche Eventualitäten gar nicht tragen. Derartige Anträge wären der Tod der Waiseier und sollen es auch sein. Man könne nun für und gegen die Waiseier agitieren, sie aber nicht abhängig machen von dem guten Willen der Unternehmer, die nur zu drohen brauchen, um die Waiseier zu beeinflussen. Er möchte der Waiseier jedes andere Ende wünschen, als das Begräbnis durch den Klassenstandpunkt von Partei und Gewerkschaften. Wenn man die Waiseier zu verteidigen und zu erweitern suche, werde sie sich ihre Existenzberechtigung erlämpfen wie in anderen Ländern, nur das Jögern und Jagen bringe sie schließlich um allen Kredit.

Die Versammlung nahm gegen einige Stimmen eine vom Redner vorgeschlagene Resolution an, in der sie erklärt, daß sie sich mit dem von der deutschen Delegation in Stuttgart gefaßten Beschlusse zur Waiseier nicht einverstanden erklärt und den Essener Parteitag auffordert, ihm seine Zustimmung nicht zu geben. Die Versammlung hebt ihren früher beschlossenen Antrag an den Parteitag (gemeinsame Kostentragung) auf und spricht die Meinung aus, daß hierüber keine bestimmte geregelte Vereinbarung zu treffen sei, sondern daß sich hierüber Parteivorstand und Generalkommission von Fall zu Fall zu verständigen haben. Unter keinen Umständen dürfe die Waiseier durch die Regelung der Kostenfrage irgendwie beeinträchtigt werden.

Sum Essener Parteitag.

Vom Wahlkreis Jena wurde durch Abstimmung der Genossen Leutert-Abolba delegiert.

Die Berichterstattung über den Internationalen Kongreß.

In Adln führte in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins der Genosse Bernhard Müller als zweiter Berichtserstatler zur Kolonialfrage aus: „In der Kolonialkommission standen sich zwei grundsätzliche Meinungen gegenüber. Die eine lehnte streng jede Kolonialpolitik ab, weil diese ein Anhängsel der kapitalistischen Wirtschaftsweise sei. Die Vertreter der anderen Meinung, die ihre Ansicht in der bekannten Mehrheitsresolution festlegten, forderten die Anerkennung der Kolonialpolitik, falls sie in einem unseren Forderungen mehr entsprechenden Sinne betrieben würde. Der Holländer van Kol, der Vorsitzende dieser Gruppe, der allen Ernstes von den Vorteilen der Kolonialpolitik für die Arbeiterschaft sprach, wurde von den Deutschen Dr. David und Bernstein nachdrücklich unterhüllt. Nur mit vieler Mühe gelang es der Minderheit der deutschen Delegation, dieser Resolution die gefährlichsten Zähne auszubrechen, indem durch eine redaktionelle Aenderung, vorgenommen durch die Genossen Birm und David, der unannehmbare Anfang der Resolution gestrichen wurde. Jetzt fand diese veränderte Resolution bei der deutschen Delegation eine große Mehrheit. Die streng ablehnende Gruppe unter Führung von Ledebour blieb in der Minderheit. Bei der Abstimmung im Plenum gab es insofern große Ueberraschungen, als hier die Resolution der Minderheit eine Mehrheit fand und angenommen wurde. Die Art und Weise, wie bei dieser Gelegenheit Dr. David versucht habe, die Mehrheitsresolution zur Annahme zu bringen, sei nicht fair gewesen.“ Eine Debatte fand nicht statt.

In Dresden entspann sich in der Versammlung des vierten sächsischen Kreises (Dresden-Kleistadt) nach dem Bericht des Genossen Kühn, der rein referierend war, eine lebhaftere Debatte. Wir entnehmen dem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ folgende Stellen.

Genosse Dr. Dunkel: „... Er habe mit Erstaunen die Ausführungen von van Kol, David und Bernstein gelesen, wir Sozialisten mühten uns mit dem Gedanken auch vertraut machen, mit Waffengewalt in die Kolonien einzurücken. Diese Ausführungen schlugen allen bisherigen Gepflogenheiten in der Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie zur Kolonialfrage ins Gesicht. Er frage, wie sei es gekommen, daß das Amendement Ledebour-Kautsky im Plenum nicht angenommen worden ist? Warum hat Deutschland im Plenum in der Kolonialfrage seine ganzen Stimmen geschlossen für die Mehrheitsresolution in die Wagchale geworfen? Obwohl nun glücklicherweise die alte Taktik der deutschen Sozialdemokratie durch Annahme der Minderheitsresolution auf dem Kongreß festgelegt worden sei, schreibe die „Sächsische Arbeiterzeitung“ (der Artikel stamme wohl vom Genossen Dr. Gradnauer): „Es gehört keine Prophetengabe dazu, uns vorauszusehen, daß in dem Stuttgarter Beschluß bereits seine baldige Wiederaufhebung liegt. Durch eine Art Zufall“

Abstimmung wurde zwar mit kleiner Mehrheit die Minderheitsresolution der Kommission vom Plenum beschloffen, die Mehrheitsresolution abgelehnt — die Deutschen stimmten bei der Gesamt- abstimmung eigentlich gegen ihren eigenen Beschluß —, aber die Tendenz war unverkennbar: auf die Kolonialpolitik zivilisatorisch einzurücken und sich nicht mit der harten Negation zu begnügen. Die Seelenwandlung mit der „fränkischen Tagespost“ trete, weil sie wortwörtlich dasselbe schreibe, unverkennbar zutage. (Zuruz: Pressebureau!) Dazu trete, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ das Ergebnis des Internationalen Kongresses darstellen als eine Kräftigung des reformistischen Gedankens, der von der deutschen Partei getragen wurde. Man wolle „positive“, sozialistische Kolonialpolitik treiben. Nun ist aber schon immer und mit Recht „positiv“ gearbeitet worden, freilich mit grundsätzlicher Ablehnung der Kolonialpolitik. Die deutsche Partei verzehe sich daher eine kräftige Ohrfeige, wenn sie ihre bisherige Stellung zur Kolonialpolitik im Sinne Bernsteins und anderer revidiere. . . .

Genosse Kühn: . . . Er habe für die Mehrheitsresolution gestimmt. Von einer Konzeption an den Revisionismus könne keine Rede sein, er weise für seine Person die Ansichten Dunders in dieser Beziehung weit von sich. . . .

Genosse Bud: . . . Er könne den gefassten Beschluß in der Kolonialfrage nicht begründen, welcher die positive Tätigkeit auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ausschließe. Er weist auf das Beispiel Amerikas hin und erklärt, er stehe im Punkte Kolonialpolitik auf dem Standpunkt Bewels, der im Reichstage erklärt hat: „Es ist ein großer Unterschied, wie Kolonialpolitik getrieben wird. Kommen die Vertreter kolonisierender Länder zu fremden Ländern als Befreier und Bildner, um ihnen die Erzeugnisse der Zivilisation und Kultur zu bringen, um sie zu kultivierten Menschen zu erziehen, dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonialpolitik im weitesten Maße zu unterstützen bereit wären.“ Kommen wir zu den Eingeborenen nicht als Unterdrücker und Ausbeuter, erfüllen wir eine Pflicht der Menschlichkeit. Wir sind auf die Schätze, die in den Kolonien aufgeschichtet sind, und den Eingeborenen unter Umständen gar nicht nützen können, angewiesen und es liege in der sozialistischen Anschauung, wenn wir erklären, die Schätze sind nicht Eigentum der Eingeborenen, sondern gehören den Menschen der ganzen Welt.“

Genosse Sander mann: . . . Die Annahme der Minderheitsresolution in der Kolonialfrage durch die deutsche Vertretung in der Kolonialkommission wäre ein Schlag ins Gesicht gegen die Tätigkeit der Reichstagsfraktion gewesen. In allen Flugblättern bei der Reichstagswahl sei gesagt worden, daß wir nicht prinzipiell jede Kolonialpolitik verwerfen. Wie könne man da aus der Mehrheitsresolution Konzeptionen an die Revisionisten herauslesen. Die deutsche Delegation habe mit Annahme der Mehrheitsresolution nichts getan, was die Prinzipien unserer Partei erschüttere. Alle vom Genossen Dunder heute gemachten Ausführungen in bezug auf Kolonialpolitik sollen in sich zusammen. . . .

Genosse Wirth glaubt feststellen zu müssen, daß die Genossen Dunder und Koble mit ihren Ansichten im 4. Kreise nicht allein stehen, sondern daß die Mehrzahl der Genossen auf ihrer Seite ist. Er kann nicht verstehen, wie man sich auf den Standpunkt stellen kann, daß wir Kolonialpolitik treiben müssen, wie es die Genossen David, Calver und Bernstein empfahlen. Seine Abstimmung fand nicht statt.

Zur Rede des Genossen Bernstein in Breslau über den Internationalen Kongress schreibt das „Dissenbacher Abendblatt“:

„In den Schlussätzen (über das Verhältnis Indiens zu England) verdirbt sich das Jugendumis, daß wohl der Kolonialkapitalismus gewaltige Reichtümer aus Kolonien errafft, daß aber für den kolonisierenden Staat kein Vorteil herauskommt: seine Volksmassen müssen zahlen und bluten, den Gewinn schluckt das Kapital. Wir wollten indes nur auf die schleunigst in die bürgerliche Presse (und natürlich freier) übergegangene Bemerkung über „Schaulinien“ hinweisen. Der gute Ede scheint wirklich den Kongress zur Dürre einer verdohten Gelehrtennatur beurteilen zu wollen. Alles soll in Spiritisieren aufgelöst und das Ganze auf eine mathematische Gleichung gebracht werden. Ede, das geht nicht. Das würde außer Vernunft und allenfalls noch Kantisch sein Mensch aushalten. Das Dababai Raorodjo über Indien gesagt, hatte Hand und Fuß — also ist er doch ein Kenner Indiens. Und er kamte nicht bloß Land und Volk, sondern fühlte mit dem indischen Volk. Also konnte er wohl als Indiens Dolmetsch sprechen. Und wenn die „Prinzessin“ wirklich etwas gesagt hat, was auf die Dämme stieg, so muß man halt den Ueberdramatismus des Moments in den Kauf nehmen. Dafür, daß nicht etwa Schwärmer dem Kongress den Stempel andrücken, ist ja gesorgt. Von „Schaulinien“ auf Sozialistenkongressen kann doch wahrhaftig keine Rede sein, eher geht es da zu geschäftsmäßigem Nichtern, zu kritisch her. Man halte irgend eine bürgerliche Veranstaltung dagegen, oder gar einen Kalkülentag: was wird da in Regiekosten geleistet. Was Bernstein rügt, war nicht einmal Schaulinien — denn dazu gehört besondere Vorbereitung und Intenzionierung. Aber selbst wenn es das wäre, muß man schon ein rechter Pedant sein, um daran Anstoß zu nehmen. Lassen wir doch auch der Begeisterungsstunde ihr Recht.“

Der Arbeiterbildungsausschuß Elberfeld-Barmen veranstaltet an Sonntagen Volksspiele auf einer Wiese. Geräte und Spielutensilien werden von den Turnern zur Verfügung gestellt; die Spiele selbst werden in Gruppen, die nach Altersstufen und Geschlechtern getrennt sind, vorgenommen.

Unsere Toten. In Lättich (Wesien) starb der Genosse Joseph Bettlich, der Abgeordnete des Wahlkreises Lättich, ein ehemaliger Bergarbeiter, der sich um die Partei- und Bergarbeiterbewegung seines Reviers große Verdienste erworben hat. Der „Peuple“ widmet ihm einen ehrenden Nachruf und erscheint mit Trauerband.

In Marienwalde (Wahlkreis Arnswalde-Friedeberg) starb am 5. September der alte Parteidivisionar Glasermeister Theodor Krüger. Er hat bereits unter dem Ausnahmegesetz für die Partei gewirkt und in manchen schweren Zeiten das Banner der Partei hochgehalten. Einer von den vielen, die im Stillen emsig den Gedanken des Sozialismus verbreitet haben.

Berfolgungen der Sozialdemokratie in Finnland.

Die Erstarkung der Arbeiterbewegung in Finnland veranlaßt die finnländische Bourgeoisie, ihre „Freiheitsliebe“ an den Nagel zu hängen. Parallel mit der demokratischen Tendenz zum „Doppelader“, der das herrliche Finnland zerteilt, wächst in den bürgerlichen Kreisen die Unerblichkeit in bezug auf die Sozialdemokratie.

Vor kurzem sah sich die finnländische Sozialdemokratie genötigt, eine Reihe Protestmeetings zu organisieren, weil die Absicht vorhanden war, den sozialdemokratischen Eisenbahnerverband, der 7000 Mitglieder zählt, administrativ zu schließen. Parallel mit dem feindseligen Verhalten gegen die aktiven Gewerkschaften wachsen die Berfolgungen der sozialdemokratischen Presse. Wie die Zeitung „Työ“ berichtet, wurden im August allein folgenden sozialistischen Zeitungen Strafen auferlegt: „Wapaus“ — 400 M., und 150 M. Gerichtsgebühren, „Eteenpäin“ — 400 M., „Sozialisti“ — 250 M., und 140 M. Gebühren, „Arbetaren“ — drei Monate Gefängnishaft dem Redakteur und 50 M. Gebühren, „Sorettun Voima“ — zwei Monate und zehn Tage Gefängnis dem Redakteur und 300 M. Gebühren, und endlich „Työ“ — 200 M. und 100 M. Gebühren. Im ganzen im Laufe eines Monats: fünf Monate zehn Tage Gefängnishaft, 1290 M. Strafe und 790 M. Gerichtsgebühren!

Aus Industrie und Handel.

Das teure Vaterland.

Aus den im dritten Heft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches (1907) zusammengestellten Preisen für Schweide-

und Vieh an verschiedenen in- und ausländischen Märkten im zweiten Quartal geben wir folgende Uebersicht:

	Roggen		Weizen		In 1907 Zunahme	
	1000 kg Markt		1000 kg Markt		gegen 1900 in Prozent	
Berlin . . .	147,7	192,8	152,7	201,1	30,5	31,6
Breslau . . .	142,8	173,4	135,4	191,2	21,4	41,2
Mannheim . . .	159,5	196,1	177,1	210,7	22,9	1,89
Wien . . .	128,6	188,3	152,0	176,1	7,5	15,8
Budapest . . .	112,6	126,4	129,2	156,5	12,2	21,1
Dobruja . . .	99,2	120,5	115,9	137,8	41,6	18,9
Riga . . .	101,9	156,2	120,0	146,6	53,2	22,1
Paris . . .	119,7	156,8	164,5	198,0	30,9	20,3
Antwerpen . . .	—	—	134,0	143,3	—	6,9
Amsterdam . . .	124,3	146,9	125,6	157,0	18,1	25,8
London . . .	—	—	127,9	147,5	—	15,3
Liverpool . . .	—	—	130,1	151,6	—	16,5
Chicago . . .	—	—	106,8	135,2	—	28,5
New York . . .	—	—	116,2	148,4	—	27,7
Buenos-Aires . . .	—	—	96,3	130,8	—	35,8

Deutschland hat unbesritten den Vorrang. Nur in Riga, Dbeffa und Paris haben die Roggenpreise, infolge der dort herrschenden besonderen Umstände, noch scharfer angezogen als in Deutschland. Budapest, Wien und Amsterdam bleiben erheblich hinter den deutschen Preisabancen zurück. In der Preissteigerung für Weizen kommen nur die Märkte von Buenos Aires, New York, Chicago und Amsterdam den deutschen ziemlich nahe, im übrigen sind wir weit voraus. Nicht minder erfolgreich war die deutsche Schweinepolitik. Es werden für das 2. Quartal der Jahre 1900, 1906 und 1907 die nachfolgenden Durchschnittspreise ausgewiesen:

	Schweine I. Qualität		gegen 1900 + in	
	1900	1906	1907	1907
Berlin . . .	90,0	129,3	101,7	43,7
Danzig . . .	69,3	95,7	75,0	38,2
Magdeburg . . .	84,8	133,1	104,0	40,4
Köln . . .	97,7	139,7	108,1	42,9
Frankfurt . . .	100,6	144,4	112,3	43,5
Dresden . . .	97,1	140,8	106,9	45,0
Leipzig . . .	97,9	135,0	106,7	37,9
Chemnitz . . .	95,5	131,8	104,0	36,5
München . . .	129,3	143,7	111,3	11,1
Mannheim . . .	101,5	143,0	112,0	40,9
Wien . . .	79,4	95,0	105,5	19,6
Budapest . . .	88,3	108,0	119,3	22,3
Paris . . .	120,6	135,8	156,7	12,6
Rotterdam . . .	68,6	83,7	79,3	22,0
Kopenhagen . . .	90,8	105,3	97,8	16,0

Die Preise verstehen sich für folgende Abwägungen: Danzig Lebendgewicht ohne Tara, die übrigen deutschen Märkte Lebendgewicht mit Tara oder Schlachtgewicht, Wien Lebendgewicht, Budapest Reingewicht, Paris Fleischgewicht, Kopenhagen Schlachtgewicht, Rotterdam Schlachtgewicht.

München hat absolut die höchsten Preise, nimmt aber bezüglich der Preisveränderung seit 1900 die günstigste Stelle ein. Sonst eilte Deutschland im Jahre 1906 mit seinen Preisausschlägen allen anderen Plätzen weit voraus. Im laufenden Jahre ist eine Veränderung eingetreten. Die Märkte Paris, Budapest und Wien haben gegenüber 1900 ungünstigere Preise als Deutschland.

Während die Schweinepreise von ihrem Höchststande im Jahre 1906 wieder zurückgegangen sind, haben die Preise für Ochsen und Kühe noch weiter angezogen. Es kosteten im zweiten Vierteljahr:

	Dänen I. Qualität		1907 Zunahme	
	1900	1907	in Prozent	
Berlin, Schlachtgewicht . . .	124,5	154,2	23,9	
München . . .	139,6	178,9	28,1	
Wien, Lebendgewicht . . .	64,6	78,3	21,2	
Budapest . . .	54,2	74,0	36,5	
Paris, Fleischgewicht . . .	119,8	139,7	16,6	
Rotterdam . . .	108,8	129,3	19,0	
Kopenhagen . . .	98,3	110,8	12,7	

Mit Ausnahme von Budapest prunkt Deutschland mit den kräftigsten Steigerungen. Während München bei Schweinen die günstigste Preisentwicklung hat, nimmt es bezüglich der Dänenpreise hinter Budapest den unvorteilhaftesten Platz ein.

Die Vieh- und Fleischpreise sind ein nettes Pendant zu den kräftigsten Preisen für die Arbeiterkraft einen bemerkenswerten sozialen Aufstieg nachzuweisen. Es fehlt jetzt nur noch der Nachweis, daß Deutschland viel günstigere Preisverhältnisse hätte, wenn die Hölle noch höher geschraubt und die Grenzen noch fester gegen Einfuhr verschlossen worden wären.

Vom Siegerländer Eisenwerk berichtet die „N. W. B. Ztg.“ (Nr. 903): „Die Marktstimmung ist eine recht ruhige, die Käufer neigen sowohl im Inland wie im Ausland zur Zurückhaltung und für letztes Quartal stehen noch größere Posten aus, so daß das Zynbitat noch nicht in der Lage war, die entsprechenden Zuweisungen an seine Mitglieder zu machen. Die Hochpreisen sind indessen noch genügend mit Aufträgen versehen und bis gegen Ende des Jahres in ihrer Beschäftigung einigermaßen sichergestellt.“

Die abhängige Industrie, die reinen Holzwerke des Siegerlandes, befinden sich bereits in einer recht mißlichen Lage, es fehlt die Arbeit und man muß stellenweise einschränken. Die Sorge für die ausfuhrlose Zukunft zeitigt allerlei Pläne, die sich nur zum Leidwesen der Beteiligten nicht verwirklichen lassen, da sich der aufopfernde, uneigennütige Freund nicht finden läßt, der eine Ausfuhrvergütung auf seine Schultern nimmt. Wir denken dabei an einen Plan, den ein leistungsfähiges Hochpreisenwerk eingefädelt, aber anscheinend wieder fallen gelassen hat, da ihm die von den Schwarzbleichwerken zugeordneten Pflichten zu groß und die Rechte zu klein erschienen. Die Holzwerke können sich nur schwer an den Gedanken gewöhnen, daß ihre Forderung jedes Rechtsanspruchs bar ist und auch der wirtschaftlich Stärkere sich nur dann zu Zugeständnissen herbeiläßt, wenn er sich ebenfalls einen Vorteil dabei herausrechnen kann. Die Beschlußmomente bleiben im wirtschaftlichen Wettbewerb vollständig außer Betracht. Solange die Holzwerke kein Äquivalent in die Waagschale zu werfen haben, werden sie vor verschlossenen Türen um eine Ausfuhrvergütung anklopfen. Und sie haben keine außer dem eines beschränkten Verbrauchs. Das ist hart für sie, aber bittere Wahrheit und wir wagen sie wiederholt auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, uns erneuten Angriffen deshalb auszuweichen. Die Anschauungen bei den erwähnten Holzstoffverbänden haben sich geändert, das ist nicht mehr abzusehen, einflußreiche Personen sind gegangen, andere gekommen, wieder andere sind zu Einfluß gelangt, deren wirtschaftliche Betätigung nach einer anderen Richtung gewandert. Unter der erstarkten großindustriellen Privatwirtschaft, die mehr und mehr das Rückgrat unserer nationalen Volkswirtschaft wird, muß sich aber schließlich auch ein modus vivendi ohne Ausfuhrvergütung für schwächere, aber lebensfähige Gebilde finden lassen. Diesen modus zu finden, muß eben Lebensaufgabe der nächsten Zukunft sein.“

Die Fleischsteuerung im Jahre 1906 wird amtlich bestätigt und besencht im Verwaltungsbericht des Leipziger Vieh- und Schlachthofes. Darin wird gesagt: Mehr noch als im Jahre 1905 wurde im Berichtsjahre der Verkehr durch die herrschende Viehnot beeinträchtigt. Die Viehzufuhr wie die Zahl der Schlachtungen blieb nicht unwesentlich hinter der der letzten Jahre zurück. Der Ausfall an Vieh betrug 1905 10 278 Stück, im Jahre 1906 aber 14 523 Stück. Die Gesamtzahl der Schlachtungen betrug 1904: 338 467 Stück, 1905: 329 829 Stück gegen 310 537 Stück im Jahre 1906. Pro Kopf der Bevölkerung betrug der Fleischverbrauch

1904: 67,86 Kilogramm, 1905: 62,60 Kilogramm und 1906: 61,93 Kilogramm, gleich einer Abnahme von 8,74 Proz. pro Kopf seit 1904 oder im Durchschnitt für eine Familie von vier Köpfen ein Rinderverbrauch von 47 Pfund im Jahre. Der Durchschnittspreis für Schweine zum Beispiel betrug pro 100 Pfund im Jahre 1904: 60 M., im Jahre 1905: 65 M. und im Jahre 1906: 69 M. Aber auch bei allen anderen Fleischsorten hat das Jahr 1906 die höchsten Preise. Sieben Millionen Mark wurden im Jahre 1906 mehr als im Jahre 1904 gezahlt, während gleichzeitig die Zahl der verkauften Tiere um 18 000 zurückgegangen ist.

Das Betriebsergebnis der Simplonbahn über das erste Jahr, bis 1. Juni 1906 reichend, liegt jetzt vor. Der Güterverkehr von der Schweiz nach Italien belief sich auf 27 400 Tonnen, der von Italien nach der Schweiz auf 29 400 Tonnen, insgesamt also 56 800 Tonnen. Der Durchgangsverkehr von Frankreich nach Italien und umgekehrt, der aber noch sehr schwach ist, ist darin enthalten; etwa 50 000 Tonnen entfallen auf den schweizerisch-italienischen Verkehr. Die Zahl der beförderten Personen wird auf 430 000 geschätzt. Pro Kilometer sind noch den mittleren Tariffähren der Schweizer Bundesbahnen, unter Berücksichtigung des für die Tunnelstrecke geltenden Zuschlages berechnet, 82 500 Frank vereinnahmt worden. Bekanntlich ist der Tunnel bislang nur eingleisig ausgebaut. Es ist aber vorgeesehen, ihn zweigleisig auszubauen, wenn nämlich die Kilometerentnahme 50 000 Frank erreicht hat. Es ist also noch einiger Spielraum vorhanden. Trotzdem hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, den zweiten Tunnel demnächst schon auszubauen.

Soziales.

Wohlfahrts-Einrichtungen.

Vor kurzem entschied das Gewerbegericht zu Friedersheim (vergleiche den Artikel Wohlfahrts-Einrichtungen in Nr. 207 des „Vorwärts“) mit Recht dahin, daß § 15 des Rassenstatuts der Krupp'schen Pensionskasse gegen die guten Sitten verstößt, da er besagt, mit dem Ausscheiden des Arbeiters aus dem Dienst der Firma Krupp erlöschen alle Ansprüche des Arbeiters und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse. Anders hat am Dienstag das Gewerbegericht zu Essen entschieden. Es klagten fünf ehemals Krupp'sche Arbeiter auf Zurückstattung der ihnen einbehaltenen Pensionskassenbeiträge und Eintrittsgelder, die sie bis zu ihrem Austritt bei der Firma Krupp hatten zahlen müssen. In der Verhandlung wurde dargetan, daß kaum ein Drittel aller Mitglieder in den Ruhestand der Pensionskasse kommen. Das Gewerbegericht erkannte auf Abweisung der Klage mit der Begründung: In dem Verhalten der Firma Krupp ist ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht zu finden. Die Bestimmung des § 15 des Rassenstatuts, welche besagt, daß mit dem Ausscheiden des Mitgliedes aus dem Dienst der Firma Krupp alle Ansprüche des Arbeiters und seiner Hinterbliebenen an die Pensionskasse erlöschen, hängt mit der Lebensfähigkeit der Pensionskasse zusammen, auf der das gesamte Versicherungswesen sich aufzubauen habe. Das gehe auch daraus hervor, daß eine einzige Jahrespension den Betrag der gesamten eingezahlten Beiträge eines Mitgliedes bis zur Pensionsberechtigung bei weitem übersteige. Eine Härte und Unbilligkeit sei in dieser Bestimmung zwar enthalten, das bedeute aber noch keinen Verstoß gegen die guten Sitten. Auch der Zwang der Zugehörigkeit aller Fabrikangehörigen zur Pensionskasse sei noch kein Verstoß gegen die guten Sitten. Die seitens der Klagesteller erfolgte Bemängelung der Unmöglichkeit der Weiterversicherung der Arbeiter in der Pensionskasse beim Ausscheiden aus dem Dienste der Firma Krupp sei aus praktischen Gründen wertlos, da erfahrungsgemäß die Selbstversicherung wenig Beachtung findet. Auch hieraus lasse sich ein Verstoß gegen die guten Sitten nicht herleiten.

Gegen dieses Urteil haben zwei Kläger, deren Forderung den Betrag von 100 M. übersteigt, Berufung eingelegt. Wir haben bei der Besprechung des Friedersheimer Urteils dargelegt, wie gerechtfertigt die Auffassung der Kläger ist. Wenn ein Unternehmer, wie hier Krupp, seine wirtschaftliche Stellung dazu benützt, um die für ihn arbeitenden Arbeiter zu zwingen, einer Kasse beizutreten, so ist das ein Mißbrauch, ein Verstoß gegen die guten Sitten selbst dann, wenn die Arbeiter, entgegen der Krupp'schen Einrichtung, ein nur mit ihrer Zustimmung verlierbares Recht auf eventuellen Genuß der Wohlfahrts-Einrichtung hätten. So urteilt z. B. von den Kommentatoren zur Gewerbeordnung auch Schider (Num. 25 zu § 134b). Kassen in der Art der Krupp'schen Pensionskassen sind keine Wohlfahrts-Einrichtungen zum Besten der Arbeiter, sondern Wohlfahrts-Einrichtungen zum Besten der Firma Krupp. Die Arbeiter werden durch den Zwang zum Rassenbeitritt (ohne ein Recht gegen die Kasse zu haben), und durch die Statuten gezwungen, ihr Eigentum zu Gunsten der Firma Krupp zu verwenden. Diese spart die Pensionen, die sie selbst den von ihr beschäftigten Arbeitern zu geben hätte: diese sind von den Arbeitern zu zahlen. Das ist nicht nur eine „Härte und Unbilligkeit“, sondern eine widerrechtliche Vorenthaltung des Lohnes, ein gegen § 134b der Gewerbeordnung, die §§ 138 und 394 des B. G. B. liegender Verstoß gegen die guten Sitten, der „zum Himmel schreit.“ „Dem Arbeiter den ihm gebührenden Verdienst vorenthalten, ist eine Sünde, die zum Himmel schreit“, heißt es in der Enghilla vom 17. Mai 1891. „Der Lohn der Arbeiter, den Ihr unterschlagen“, sagt St. Jakob, Kap. 5 Vers 4 „schreit zu Gott und ihre Stimmen bringen zum Herrn Sebaoth“. Die mit ihren Ansprüchen zu Unrecht abgewiesenen Arbeiter haben nach dem Gesetz nicht an den „Herrn Sebaoth“, sondern an die Herren des Essener Landgerichts appellieren müssen. Warten wir es ab, ob das Landgericht die Rechte der Arbeiter anerkennt und konstruiert wird: Darin liegt ja die „Wohlfahrt“ der Krupp'schen Zwangs-Pensionskasse, daß sie die um ihren Lohn erleichterten Arbeiter zwingt, zum Himmel zu schreien.

Ein Streikleiter vertritt berechtigte Interessen.

Dieser selbstverständliche Satz ist dieser Tage vom Gericht und der Amtsanwaltschaft in Offenbach a. M. anerkannt. Der Streikleiter der Transportarbeiter Genosse R. Jabsch stand am 6. September vor dem dortigen Schöffengericht wegen Schuttmannbeleidigung unter Anklage. Bei dem Streik der Bauarbeiter versammelten sich die Streikenden vor dem Gehöfte der Firma Ermold, wahrscheinlich um die Arbeitswilligen zum Mitstreifen zu veranlassen. Ein Schuttmann in Mitlege forderte die Streikenden in sehr erregtem Tone auf, fortzugehen. In diesem Moment kam H. dazu und stellte sich als Streikleiter vor. Der Schuttmann wies auch diesen weg; dies verbat sich H., da er um Ordnung zu halten da sein müsse. Hierbei soll H. den Schuttmann beleidigt haben, was er entschieden in Abrede stellte. Er habe dem Schuttmann nur befehlen wollen, da die Streikenden auf ihn (H.) mehr hörten als auf den lächerlichen Schuttmann. H. forderte nunmehr auf, fortzugehen. Die Aufforderung wurde sofort befolgt. Nach längerer Verweilung nahm der Amtsanwalt zu einem längeren Plaidoyer das Wort. Wenn der Angeklagte H. um Ordnung zu stiften kam, und das sei ihm nicht widerlegt worden, so handelte er als Streikleiter in Wahrung berechtigter Interessen. Selbst wenn dabei eine Beleidigung gefallen sei, so müsse dem Angeklagten die Absicht, den Schuttmann beleidigen zu wollen, nachgewiesen werden. Dieser Nachweis sei bisher nicht in genügendem Maße erbracht. Er beantrage daher keine Strafe, sondern fordere eine prinzipielle Entscheidung vom dem Gericht. Das Gericht sollte daraufhin den Freispruch, weil ein Streikleiter, ob gewählt oder fest angestellter

Vertreter, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen habe. Dies sei in dem vorliegenden Falle geschehen. Bei Wahrnehmung berechtigter Interessen gehört zum Delikt der Verleumdung auch die Absicht der Verleumdung; diese habe aber bei dem Angeklagten den Umständen nach nicht vorgelegen. Es mußte demnach Freisprechung erfolgen. Ein gerechtes Urteil für die Streikleiter, als Vertrauensleute der Arbeiter.

Heimarbeit-Ausstellung zu Frankfurt a. M.

In den letzten Sitzungen des wissenschaftlichen und hygienischen Ausschusses der Heimarbeit-Ausstellung, die im kommenden Jahre in Frankfurt a. M. stattfinden soll, wurde die Verteilung eines besonderen hygienischen Fragebogens beschlossen. Bei der Abfassung des Fragebogens ging man von dem Gedanken aus, daß die neue, besondere Untersuchung sich nicht auf die gesamten gesundheitlichen Verhältnisse der Heimarbeiter, sondern nur auf die hygienische Seite der Heimarbeit als solche erstrecken sollte. Es ist also eine gewerblich-hygienische Studie beabsichtigt. Demgemäß beziehen sich die Hauptfragen auf den Arbeitsraum, seine Größe und Helligkeit, seine Mitbenutzung als Koch-, Wohn- oder Schlafraum, auf die Sonntags- oder Nachtarbeit, die Anberaubung, den Einfluß der Heimarbeit auf den Gesundheitszustand, auf den Verlauf der Schwangerschaft und die Stillfähigkeit der Heimarbeiterinnen. Diese für den Gewerbehilfen, den Sozialpolitiker und die Nation hochwichtigen Erhebungen erfordern eine mühselige und zeitraubende Arbeit. Bei dem Umfang der Erhebungen wäre es der Geschäftsleitung der Heimarbeit-Ausstellung sehr erwünscht, wenn sich zum Besuche der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen noch freiwillige Hilfskräfte, insbesondere Damen, bei der Geschäftsleitung in der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Frankfurt a. M., Jordanstraße 17/21 zur Verfügung stellen wollten.

Gerichts-Zeitung.

Ein Heiratsvermittler auf der Anklagebank.

Der wegen Heiratsannoncen-Schwindel vom Richter Schöffengericht zu drei Monaten Gefängnis verurteilte Privatdetektiv Ernst Rodrian, in dessen Viertelmillion-Heiratsnetz über 1800 Dumme gefangen wurden (Vergl. „Vorwärts“ vom 7. d. M.) richtet eine längere Zuschrift an uns, die uns einige heitere Minuten verschaffe. Der Herr bestritt in einem Atemzuge, jemals das Geschäft eines Heiratsvermittlers betrieben zu haben, um im nächsten uns zu versichern, daß er vor dem Berufsgericht, das er anrufen hat, so massenhafte „Belege über reiche Damen, sowie Anerkennungs- und Dankschreiben“ vorlegen werde, daß das Gericht den Annonceman als brave Stütze der heiligen Gesellschaftsordnung anerkennen und freisprechen werde. Vielleicht irrt sich der Herr!

Bei der Gelegenheit möchten wir zur Charakteristik bürgerlicher Zeitungen feststellen, daß, soweit wir es haben verfolgen können, u. a. folgende Zeitungen das bahnbühnende Betrugsinferat, aber keine Zeile über die Verurteilung ihres Inzerenten gebracht haben:

„Potsdamer Tageszeitung“, „Münchener Allgemeine Zeitung“, „Berliner Fremdenblatt“, „Leipziger neueste Nachrichten“, „Dresdener neueste Nachrichten“, „Greifswalder Zeitung“, „Magdeburgerische Zeitung“, „Kostoder Zeitung“, „Berlinerische Zeitung“ (Sossische).

Grober Unfug.

Weiß man nicht, weshalb man einen Schuldlosen strafen kann, so hängt man ihm „groben Unfug“ an. Das letzte von neuem eine Anklage, die am Dienstag vor dem Schöffengericht zur Verhandlung gelangte.

Am 24. Juni cr., abends gegen 11 Uhr, begegneten dem Bauarbeiter Karl Philipp in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße der Student der Theologie Johannes Jwid und der Buchhalter Theodor Jacob, welche der „Bahnhofsmission“ sich gewidmet haben und vom genannten Bahnhof zwei Arbeiter aus Thorn, sogenannte Missionshelfer, abgeholt hatten. Philipp sagte zu den beiden Arbeitern: „Gehen Sie nicht mit!“ — und ging dann ruhig weiter. Einer der Missionare lief nun zu einem Schuttmann und verlangte die Verhaftung Philipps, welche auch prompt erfolgte. Die weitere Folge war ein polizeiliches Strafmandat über 30 Mark, weil durch die Worte: „Gehen Sie nicht mit!“ — das Publikum demütigt und belästigt worden, also — grober Unfug verübt worden sei. Gegen dieses Strafmandat wurde Einspruch erhoben. In der Verhandlung sagten die beiden als Zeugen vernommenen Bahnhofsmissionare aus, daß die Worte: „Gehen Sie nicht mit!“, wenn auch in ruhiger, „so doch schnoddriger Weise“ gefallen seien. Gehört habe sie sonst niemand, als sie und ihre Schützlinge. Der Angeklagte sei auch ganz ruhig, ohne auf eine Wirkung seiner Worte zu warten, weiter gegangen. Trotz dieser Aussage beantragte der Amtsanwalt Aufrechterhaltung der Strafe.

Rechtsanwalt Roth behandelte in derben Worten die Entstellung und den strafrechtlichen Verlauf der ganzen Angelegenheit. Wenn überhaupt im vorliegenden Fall grober Unfug verübt worden sei, so habe sich zweifellos nicht der Angeklagte desselben schuldig gemacht.

Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Bedauerlich ist es, daß den Missionsleuten, die zwei Arbeiter vor der Aufklärung über den tödlichen Zusammenhang der Dinge durch wissenschaftliche Arbeiter retten zu müssen glaubten und in diesem Drange die Nächstenliebe durch Rufe nach Polizei und Staatsanwalt betätigten, nicht die Kosten des Verfahrens auferlegt werden konnten. Rechtsirrtümlich wäre eine Anklage gegen sie wegen intellektueller Freiheitsberaubung keineswegs. Wird die Strafbarkeit des Staates gegen den theologischen Studenten und missionslustigen Buchhalter mobil gemacht werden oder heißt es im Strafgesetzbuch: es sind keine Arbeiter — Herr, vergib ihnen, sie wissen nicht, was sie tun?

Sind Richter — Richter der Interessen der herrschenden Klasse?

„Daß jede Hoffnung hinter Euch...“ An diese Worte des großen Florentiners wird auch in Hamburg erinnert, wer eindringlichster Einladung folgend, vor dem Schöffengericht II in Hamburg als „Streikführer“ auf der Anklagebank Platz nimmt. Dieses Gericht steht auf dem Standpunkte, daß Milde nicht am Plage ist, daß

Arbeitswillige nachhaltig geschützt werden müssen,“ pflegt der Amtsrichter Freiberger v. Köhl dort seine Urteile begründend zu erklären. In einer schriftlichen Urteilsbegründung, die uns jetzt vorliegt, hat er noch näher ausgeführt, was nach seiner Auffassung zu den Aufgaben des Gerichts gehört. Wir hängen zu Aug und Frommen daher, die da meinen, der Richter könne oberhalb der Parteien, jenseits von gut und böse stehen und das Schwert der Gerechtigkeit anders handhaben als als Instrument der Klassenjustiz im einseitigen Interesse der herrschenden Klasse, die wissenschaftliche Arbeit des Hamburger Freiberger nachstehend etwas tiefer.

Während des Streiks der Seeleute soll der Zeiger H. einem Effektentransporteur D., der für einen arbeitswilligen Matrosen einen Koffer an Bord brachte, von hinten einen Faustschlag auf den Kopf versetzt haben, wofür das Forum des Amtsrichters von L. ihm wegen hinterlistigen Ueberfalls zwei Monate Gefängnis zubilligte. Zwar bestritt der Angeklagte entschieden, sich in der gedachten Richtung vergangen zu haben, da er sich in einem größeren Trupp von Seeleuten befunden habe, aus dem heraus der Schlag geführt sein könne. Aber das Gericht folgte den Angaben des Zeugen D., der sich nicht getrennt haben will — als ob jemand, der sich irrt, wissen könnte, daß er sich irrt.

Nachdem in der Begründung ausgeführt, daß die Körperverletzung sich als ein „hinterlistiger Ueberfall“ qualifiziere, für den mildernde Umstände nicht am Plage seien, heißt es in der Begründung weiter:

„Ferner aber waren auch die Umstände, unter denen die in Frage stehende Körperverletzung begangen wurde, nicht danach anzusetzen, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Der Angeklagte gehörte zu den streikenden Seeleuten, die nicht nur darauf ausgingen, die arbeitswilligen Seeleute an der Arbeit zu hindern, sondern auch, wie gerade dieser Fall zeigt, gegen Leute vorzugehen, die an sich mit dem Streik nichts zu tun hatten und wie D. lediglich Seeeffekten von und nach den Schiffen brachten. Es ist auch eine gerichtsnotorische Tatsache („gerichtsnotorische Tatsache“ ersetzt in schlechten Urteilsgründen den Beweis der Wahrheit für unwichtige Behauptungen in derselben Weise wie die berühmten Wörlein „zweifellos“, „unzweifelhaft“, „belanntlich“ u. dergl.), wie sehr die Arbeitswilligen unter den Streikenden zu leiden haben, und gerade dieses Gericht weiß aus seiner eigenen Praxis, wie oft es ernstlich wolkenden Menschen durch die Streikenden unmöglich gemacht wird, eine Arbeit im Hafen zu übernehmen. Wenn das Gericht die obdachlosen, die ihm vorgeführt wurden, empfahl, sich Arbeit als Schaueremann, Seemann oder dergleichen zu suchen, so wurde in der Regel von ihnen entgegengesehen, ob es dem Gericht denn nicht bekannt sei, daß den Arbeitswilligen in der Streitzeit alle Knochen im Leibe kaputt geschlagen würden. Wenn aber der von den Streikenden ausgehende Schrecken derart ist, daß kaum noch ein Arbeitswilliger sich getraut, in der Streitzeit Arbeit zu übernehmen, dann ist es vornehmlich Aufgabe des Gerichts, soweit es in dessen Macht steht, für den Schutz der Arbeitswilligen gegen die Streikenden zu sorgen, und das kann das Gericht nur dadurch, daß es in den wenigen Fällen, die von der Ausbreitung Streikender zu seiner Kenntnis gelangen, die wirklich Gesagten zur Abschreckung in eine exemplarische Strafe nimmt. Das Gericht glaubte daher nicht fehlzugehen, wenn es gegen den Angeklagten unter Verfassung mildernder Umstände die Mindeststrafe, die der § 233a des Strafgesetzbuchs wegen gefährlicher Körperverletzung androht, in Anwendung treten ließ.“

Das selbstherrliche Gefühl, das aus diesem Urteil spricht, steht in schreiendstem Widerspruch zu der Rechtsforderung, ohne Ansehen der Person lediglich nach Maßgabe der erwiesenen Handlung ein Urteil zu fällen. Der Richter hat nach seiner besten Überzeugung geurteilt. Gerade weil diese seine Überzeugung die reale Wirklichkeit ihm mit Schenkungen verperst und die Welt nur von der Anschauungswelt des Unternehmertums aus erkennen läßt, ist es eine dringende Forderung der Gerechtigkeit, an Stelle gelehrter Richter Richter urteilen zu lassen, die von und aus allen Teilen der Bevölkerung gewählt sind.

Ein Streit um Fische.

Ein Streit zwischen der Fischerinnung zu Rieh-Weeslow und zwei Berliner Fischern ist dieser Tage vom Reichsgericht als letzter Instanz zugunsten der Innung entschieden.

Zwischen der Fischerinnung zu Rieh-Weeslow und zwei Berliner Fischern, dem Fischermeister Streichan und dem Obermeister der Berliner Fischerinnung, Kledede, war im Jahre 1906 ein Vertrag abgelaufen, nach welchem die Fischerinnung zu Rieh-Weeslow alle Fische, die von ihren Mitgliedern auf der Spree von Schadow bis Fürstenwalde und in den dazwischen liegenden Seen gefangen wurden, den genannten Berliner Fischern zu bestimmten Preisen zu liefern hatte. Nach den Behauptungen der Berliner Fischer soll der Vertrag bis zum 1. Juli 1906 einfach verlängert worden sein und soll man auf der Grundlage verhandelt haben, daß vom 1. Juli 1906 an als weitere Verlängerung die ganze Zeit gedacht sei, die die Fischereipacht der Fischerinnung laufe, und zwar vom 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1912. Unstreitig hatte nun am 7. Januar 1906 der Obermeister der Fischerinnung zu Rieh-Weeslow an die beiden Berliner Fischer einen nur von ihm unterzeichneten, aber mit der Ueberschrift „Fischerinnung zu Rieh-Weeslow“ versehenen Brief geschrieben, in welchem er mitteilte, daß die Kollegen mit den Berliner Fischern in geschäftlichem Verkehr zu bleiben gedenken. Dieser Mitteilung fügte er die Preisangaben bestehender Kontraktbedingungen an, worüber die Empfänger bis 14. Januar 1906 Bescheid geben sollten. Schon am 10. Januar 1906 widerlegte der Obermeister dieses Schreiben, ohne daß von den Empfängern eine Antwort eingelaufen war. Am selben Tage aber lief von den Berliner Fischern noch das Antwortschreiben ein, in dem sie die Annahme der angegebenen Preise erklärten.

Während die Berliner Fischer nun behaupten, daß das Schreiben des Obermeisters und Vorsitzenden des Vorstandes der Innung zu Rieh-Weeslow den einzigen noch streitigen Punkt zum Abschluß des gedachten Vertrags betroffen hätte und der Vertrag mit der Annahme des Vorschlages durch die briefliche Erklärung vom 10. Januar zu Stande gekommen sei, bestritt dies die genannte Fischerinnung, da ein Innungsbeschluss, wie ihn die Berliner Fischer behaupten, nicht gefaßt und auch ihrem Obermeister vom Vorstand keine Vollmacht und kein Auftrag erteilt worden sei. Sodann berief sich die Innung nach darauf, daß es dem Schreiben ihres Vorsitzenden an der nach § 30 der Statuten geforderten zweiten Unterschrift fehle.

Daraufhin klagten die beiden Berliner Fischermeister gegen

die Fischerinnung zu Rieh-Weeslow mit dem Verlangen, daß die Besagte sämtliche Fische, welche in der Zeit vom 1. Januar 1906 bis 1. Juli 1912 auf der bereits beschriebenen Strecke gefangen werden, zu den als vereinbart angenommenen Preis zu liefern habe, mit Ausnahme der zum Kleinhandel für den Bedarf der Stadt Weeslow und Umgegend erforderlichen Menge.

Das Landgericht Frankfurt a. O. erkannte auf Abweisung der Klage. Im selben Sinne entschied auf die Berufung der Kläger das Kammergericht zu Berlin. Auch die gegen das Berufungsurteil eingelegte Revision der Kläger hatte keinen Erfolg und wurde vom Reichsgericht zurückerwiesen. Das Reichsgericht geht davon aus, daß die statutarisch erforderliche zweite Unterschrift fehle und dem Obermeister auch in keiner Weise Vollmacht erteilt worden sei.

Blumen und Blumenausstellungen

bildeten den Ausgangspunkt für einen mit großer Erbitterung geführten Verleumdungsprozess zwischen dem Inhaber der bekannten Blumenhandlung Kolsch Kojchel zu Charlottenburg und dem Vorsitzenden des Vereins der Berliner Blumenhandlungsinhaber, Kunstgärtner Ritzin. Seit längerer Zeit besteht zwischen dem Inhabern der Berliner Blumenhandlungen und der Firma Kojchel eine Feindschaft, die insbesondere an die von der Firma Kojchel von Zeit zu Zeit veranstalteten Ausstellungen anknüpft. Die bestehenden Gegensätze erwuhren eine Verschärfung, als der Verein der Blumenhandlungsinhaber in diesem Frühjahr die große Vindeslundausstellung im Landesausstellungspalast veranstaltete. Wenige Tage vor Eröffnung dieser seit Jahresfrist angekündigten Ausstellung wurde nämlich in der neuen Ausstellungshalle am Zoologischen Garten eine „Allgemeine Gartenbauausstellung in Berlin“ eröffnet, für die die Firma Kojchel die Räume gemietet hatte, deren Kosten sie auch selbst bestritt, während sie andererseits selbst ungefähr drei Viertel des Ausstellungsraumes mit ihren eigenen Produkten und Waren besetzte. Da die vereinigten Berliner Blumenhandlungen sich seinerzeit erfolglos um die Herabgabe der neuen Ausstellungshalle bemüht hatten, richteten sie durch ihren Vorsitzenden unter anderem eine Eingabe an den Fürsten Hahfeld als den Präsidenten des Vereins der Ausstellungshalle, in der sie gegen die Herabgabe des Ausstellungsgeländes an die Firma Kojchel protestierten. Gleichzeitig war auf den statutenmäßig idealen Zweck der Ausstellungshalle mit dem Bemerkten hingewiesen, daß es eben deshalb nicht annehmlich, die Räume einer einzelnen Firma zum unläuteren Wettbewerb zu Verfügung zu stellen. Der Privatkläger fühlte sich durch den Vorwurf des unlauteren Wettbewerbes beleidigt und erzielte beim Schöffengericht die Verurteilung des Vereinsvorsitzenden Ritzin zu 50 M. Geldstrafe. In der Berufungsinstanz vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I hielt der Angeklagte den Vorwurf des unlauteren Wettbewerbes gegen die Firma Kojchel aufrecht. — Das Berufungsgericht erkannte auf Freisprechung, da dem Angeklagten jedenfalls der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuchs zur Seite stehe. Dem Angeklagten sei zu glauben, daß er, wie die Mitglieder seines Vereins, davon überzeugt gewesen sei, die Bezeichnung der Ausstellung als eine „Allgemeine Gartenbauausstellung“ stelle eine Irreführung zum Nachteil der Verursachenden dar. Wenn er dieser persönlichen Überzeugung in seiner Eingabe an den Fürsten Hahfeld Ausdruck gab, so hat er lediglich in Wahrnehmung der berechtigten Interessen seiner Berufsgenossen gehandelt.

Ein fideses Gefängnis. Vor dem Schöffengericht in Köln standen 12 Personen, weil sie als Inhabern des königlichen Gefängnisses zu Köln oder als deren Angehörige eine Reihe von Beamten bestochen haben sollen. Sämtliche Angeklagte wurden freigesprochen, da das Gericht annahm, daß nicht die Angeklagten an die Warten, sondern die Gefängnisbeamten an die Gefangenen und deren Familienangehörige herangetreten seien, um ihnen die Versorgung mit Lebens- und Genussmitteln und dergleichen anzubieten. Die lange Verhandlung entrollte eine Reihe geradezu unglaublicher Vorkommnisse: Wenn ein elegant gekleideter Häftling eingeliefert wurde, mußte sich der Beamte mit diesem, auf Geheiß der Aufseher, in Verbindung setzen, um seine Verhältnisse auszuundschaften. Es begann dann ein reger Verkehr von Briefen, Lebensmitteln usw. zwischen dem Häftling und dessen Angehörigen, woraus die Beamten große Vorteile zogen. Die Aufseher überboten sich, wie ein Angeklagter sagt, geradezu. Ein Angeklagter hat einem Aufseher 50 Mark für seinen Schwager gegeben, er hat aber nur 10 Mark abgeliefert. Zu einem Mädchen ging ein Aufseher in die Wohnung, um für dessen Liebsten, der im Gefängnis saß, etwas zu holen. Er ließ sich immer Geld geben, denn er wollte die Sachen „selber kaufen“. Eine Zeugin bekundet, daß ein Aufseher die für ihren Mann bestimmten Sachen selbst verzehret habe. Ein Zeuge bekundet: Ich war 10 Monate im Gefängnis. Ich habe für die Aufseher Wachdienst getan, während sie in meiner Zelle lagen und schliefen. Dafür habe ich Butter, Käse und dergleichen bekommen. Einmal, als ich im Uniformrock mit Uhr und Laternen einherging, hat mich der Oberaufseher erwischt. Ein Angeklagter erklärt, daß Sachen, wie Kognak, Butter und Käse von den Aufsehern meistens nicht an die Gefangenen abgegeben worden seien. Viele Gefangene standen mit den Aufsehern auf „Du“ und „Du“. — Das Gericht sprach die Angeklagten frei. Die schuldigen Beamten sind bereits zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Sie erklärten damals, daß sie durch ihr geringes Gehalt zu den Durststreichern gekommen seien.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand		Wasserstand			
am 10. 9. 9.	seit 10. 9. 9.	am 10. 9. 9.	seit 10. 9. 9.		
cm	cm ³	cm	cm ³		
Remel, Tüft	342	-25	Gabel, Spandau	112	-1
Regel, Jüterburg	—	—	Kathenow ³⁾	149	+1
Reichel, Thorn	98	+2	Spree, Spremberg	90	0
Ober, Ratibor	170	-15	Weeslow	183	-1
• Krossen	144	+27	Weser, Minden	-91	0
• Frankfurt	123	+2	Rhein, Minden	4	+1
Wärthe, Schrimm	94	+4	Rhein, Baldschuh	—	—
• Landsberg	48	+6	Raub	188	-3
Rehe, Borsdamm	27	-2	Röln	178	-5
Elbe, Leimertsh	-28	-8	Rezar, Heilsbrunn	20	-23
• Budy	107	+2	Rain, Werbellin	—	—
• Magdeburg	109	+1	Rosel, Trier	—	—
Saale, Großh	78	-9			

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Fall, — ³⁾ Unterpegel.

6. Wahlkreis.

Sonntag, den 22. September, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon (S. Raabe), Kolbergerstraße 23:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen C. Wermuth über: „Die Pariser Kommune“.

2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz. Die Abteilungsführer.

Zu recht zahlreichem Besuch laden ein

Zentralverband der Cöpper Deutschlands.

Filliale Berlin.

Am Freitag, den 13. September 1907, abends 6^{1/2} Uhr, in Keller's Restoran (Inhaber Freyer), Roppenstraße 29:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Verschiedenes.

An Anbetracht der sehr wichtigen Tagesordnung ist es unbedingt notwendig, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.

Anfang präzis.

Der Vorstand.

Das Bureau wird am Freitag um 6 Uhr geschlossen.

A. WERTHEIM

KONSERVEN

Stangen-Spargel extra stark
 1/2 Dose 1.50, 1/4 Dose 80 Pf.
 Stangen-Spargel II
 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
 Stangen-Spargel III
 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.
 Riesen-Bruchspargel
 1/2 Dose 1.35, 1/4 Dose 73 Pf.
 Bruchspargel extra stark
 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.
 Bruchspargel I
 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.
 Bruchspargel II
 1/2 Dose 70, 1/4 Dose 40 Pf.
 Bruchspargel ohne Köpfe
 1/2 Dose 60, 1/4 Dose 35 Pf.

Abschnittspargel
 1/2 Dose 38, 1/4 Dose 24 Pf.
 Kaiserschoten extra fein
 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.
 Kaiserschoten
 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
 Junge Schoten I
 1/2 Dose 80, 1/4 Dose 45 Pf.
 Junge Schoten II
 1/2 Dose 52, 1/4 Dose 32 Pf.
 Junge Schoten III
 1/2 Dose 48 Pf.
 Junge Schoten IV
 1/2 Dose 38 Pf.
 Petit pois extra fein
 1/2 Dose 1.50, 1/4 Dose 80 Pf.
 Leipziger Allerlei extra Mischung
 1/2 Dose 1.40, 1/4 Dose 75 Pf.

Gemischtes Gemüse extra fein 1.25
 Gemischtes Gemüse II
 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.
 Gemischtes Gemüse
 1/2 Dose 45, 1/4 Dose 28 Pf.
 Schoten mit Karotten
 1/2 Dose 60, 1/4 Dose 35 Pf.
 Karotten in Würfeln 1/2 Dose 30 Pf.
 Kohlrabi 1/2 Dose 25 Pf.
 Teiltower Rübchen
 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.
 Pfefferlinge 1/2 Dose 45 Pf.
 Morchein I 1/2 Dose 1.30, 1/4 Dose 70 Pf.
 Morchein II 1/2 Dose 1.10, 1/4 Dose 60 Pf.
 Spinat 1/2 Dose 40 Pf.

Stangen-Spargel I 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.

Saure Kirschen ohne Steine
 1/2 Dose 95, 1/4 Dose 53 Pf.
 Saure Kirschen mit Steinen
 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.
 Erdbeeren natürlich
 1/2 Dose 90, 1/4 Dose 50 Pf.
 Himbeeren 1/2 Dose 1.25, 1/4 Dose 68 Pf.
 Aprikosen halbe Frucht
 1/2 Dose 1.20, 1/4 Dose 65 Pf.
 Johannisbeeren
 1/2 Dose 68, 1/4 Dose 40 Pf.

Stachelbeeren
 1/2 Dose 65, 1/4 Dose 38 Pf.
 Heidelbeeren 1/2 Dose 58, 1/4 Dose 35 Pf.
 Rote Rüben 1/2 Dose 35, 1/4 Dose 23 Pf.

Dunstfrüchte.

Stachelbeeren 1/2 Glas 55 Pf.
 Johannisbeeren 1/2 Glas 55 Pf.

Stachelbeeren 1/2 Glas 30 Pf.
 Heidelbeeren in Zucker 1/2 Glas 25 Pf.
 Kirschen ohne Steine, in Zucker 1/2 Glas 40 Pf.

Gemischte Marmelade
 in Eimern ca. 5 Pfd. 1.20, ca. 10 Pfd. 2.25
 Rheinisch Kraut
 Dose ca. 1 Pfd. 45, Dose ca. 2 Pfd. 85 Pf.

Französ. Ölsardinen

Marke Amieux frères
 1/4 Dose 1 Mk., 1/2 Dose 1.65, in Tomaten 1/4 Dose 70 Pf.
 Marke Arsen Saupiquet
 1/4 Dose 70 Pf., 1/2 Dose 1.20 Mk.
 Marke Chancerelles 1/4 Dose 95 Pf.

Ölsardinen Spezialmarke, 1/2 Dose 70 Pf.
 Ölsardinen kleine Dose 30 Pf.
 Bratheringe Dose 47 Pf.
 Heringe in Aspic Dose 40 Pf.
 Aal in Gelee Dose 80 Pf.
 Sardinen u. Anchovis Glas 25 Pf.
 Lachs-Koteletts 1/2 D. 1.50, 1/4 Dose 1 Mk.

Deutsch Mixed-Pickles
 1/2 Glas 65, 1/4 Glas 38 Pf.
 Deutsche Piccalilli
 1/2 Glas 65, 1/4 Glas 40 Pf.
 Echte Znamer Gurken Glas 1.20
 Deutsche Cornichons
 1/2 Glas 65, 1/4 Glas 40 Pf.

KOLONIALWAREN

Rangoon-Reis Pfd. 17 Pf.
 Bassein-Reis " 20 Pf.
 Patna-Reis " 24 Pf.
 Java-Reis Pfd. 25, 30, 38 Pf.
 Deutsche Makkaroni
 stark und fein, leicht gefärbt
 Paket 1 Pfd. 34 Pf.

Italienische Makkaroni
 stark und fein, leicht gefärbt
 Paket 1 Pfd. 40 Pf.
 Eier-Makkaroni Paket 1 Pfd. 60 Pf.
 Extra Eier-Handschnitt-Nudeln
 Paket 1 Pfd. 80 Pf.
 Prima Handschnitt-Nudeln
 Paket 1 Pfd. 42 Pf.

Extra Eierfaden-Nudeln
 Paket 1 Pfd. 80 Pf.
 Prima Faden-Nudeln Paket 1 Pfd. 42 Pf.
 Extra Eierbandnudeln Paket 1 Pfd. 80 Pf.
 Prima Bandnudeln Paket 1 Pfd. 42 Pf.

Hafermehl in Paketen
 ca. 1 Pfd. 42, ca. 1/2 Pfd. 22 Pf.
 Grünkernmehl in Paketen
 ca. 1 Pfd. 65, ca. 1/2 Pfd. 35 Pf.
 Reismehl in Paketen
 ca. 1 Pfd. 42, ca. 1/2 Pfd. 22 Pf.

Tapioka-Naturell in Paketen
 ca. 1/2 Pfd. 45 Pf.
 Suppentafeln:
 Kartoffel, Reis, Grünkern, Erbsen, gelb u. grün,
 Linsen, Tapioca-Julienne, Reis-Julienne,
 Bohnen, Gersten, Gries, Körbel, Hafergrütze,
 Hausmacher, Sago, Rumpfard,
 Julienne-Bouillon à Tafel 15 Pf.

Suppentafeln:
 Tapioka-Bouillon, Mochurtle, Krebs, Curry,
 Frühling, Pils, Ochsenfleisch,
 Königin, Tomaten, Wildpret à Tafel 24 Pf.
 Erbwurst Wurst ca. 1/2 Pfd. 28 Pf.
 mit Speck, Schinken, Schweinsohren und
 ohne Einlage.

Gebrannter Kaffee

Mischung I Pfund 83 Pf.
 Mischung II Pfund 95 Pf.
 Mischung III Pfund 1.10
 Mischung IV Pfund 1.35
 Mischung V Pfund 1.50
 Mischung VI Pfund 1.70
 Mischung VII Pfund 1.90

Kassel, Rippespeer
 Pfund 85 Pf.

Landleberwurst
 Pfund 90 Pf.

Zwiebelleberwurst
 Pfund 50 Pf.

Rotwurst Pfund 50 Pf.

Mettwurst Pfund 90 Pf.

Delikatesschinken
 Pfund 1.20 Mk.

Zervelatwurst 1.25
 in Rinddarm

Salamiwurst Pfd. 1.25
 in Rinddarm

Gänsebrust Pfd. 1.50
 (Spickgans)

Junge Gänse
 Pfund 70 Pf.

WEIN

Moselwein

1905^{er} Oberbilliger 1/2 Pfd. 80 Pf.
 1904^{er} Sennheimer " 1 Mk.
 1904^{er} Zeltinger " 1.20
 1904^{er} Valwigsberger " 1.35
 1904^{er} Dhroner " 1.40
 1904^{er} Piesporter " 1.50
 1904^{er} Trabener " 1.60
 1903^{er} Zeltinger Fuder 20
 Kressens Königl. Gymnasium Trier " 1.60
 1904^{er} Brauneberger " 1.80
 1904^{er} Rübertsberger " 2 Mk.
 1904^{er} Enkircher Steffansberg " 2 Mk.
 1903^{er} Scharzhofberger Fuder 15
 Kressens Egon Müller " 2 Mk.

Rhein- und Pfalzwein

1903^{er} Alsheimer 1/2 Pfd. 70 Pf.
 1903^{er} Dienheimer " 80 Pf.
 1904^{er} Bretzenheimer " 90 Pf.
 1904^{er} Laubenheimer " 1 Mk.
 1901^{er} Niersteiner " 1.10
 1904^{er} Rüdeshheimer " 1.20
 1904^{er} Hallgartner " 1.30
 1904^{er} Deidesheimer " 1.40
 1903^{er} Binger Rochusberg " 1.40
 1903^{er} Rauenheimer " 1.60
 1903^{er} Rüdeshheimer Rottland " 1.70
 1893^{er} Ockenheimer Hölle " 2.40

Bordeauxwein

1902^{er} Montferrand 1/2 Pfd. 90 Pf.
 1900^{er} Chât. Fronsac " 1 Mk.
 1902^{er} Crû Ferrière Margeaux Médoc 1 Mk.
 1902^{er} Chât. Talbot d'Aux " 1.10
 1902^{er} Chât. Angiudet
 Cantenac Margaux " 1.20
 1900^{er} Chât. de Parempuyre " 1.25
 1900^{er} Grand Poujeaux " 1.40
 1898^{er} Chât. Lanessan Cussac " 1.60
 1903^{er} Chât. Latour grand
 vin " 1.80
 1900^{er} Chât. Branaire Ducru grand
 vin " 2 Mk.

Unsere Geschäftshäuser werden um 1/2 9 Uhr geöffnet.

Rand gesetzl. geschützt.

Parteienossen, erwerbt die preußische Staatsangehörigkeit.

Wer bei den Wahlen zum preussischen Landtag oder bei Kommunalwahlen in preussischen Städten und Gemeinden das Wahlrecht ausüben will, muß zunächst in Preußen staatsangehörig sein. Deshalb ist es Pflicht eines jeden in Preußen wohnenden Parteienossen, der die Staatsangehörigkeit und folglich auch das Wahlrecht in Preußen nicht besitzt, diese zu erwerben. In Groß-Berlin wohnen eine Menge sozialdemokratisch gesinnter Bayern, Sachsen, Mecklenburger, Hamburger, Elässer, Hessen usw., die deshalb bei den Landtags-, Stadtverordneten- oder Gemeinderatswahlen ihr Wahlrecht nicht ausüben können, weil sie es bisher verjährt haben, die Staatsangehörigkeit in Preußen zu erwerben. Wer in Preußen staatsangehörig wird, verliert dadurch nicht die Staatsangehörigkeit für seinen Heimatstaat; vielmehr kann jeder deutsche Reichsangehörige gleichzeitig in mehreren, sogar in allen deutschen Bundesstaaten staatsangehörig sein und bleiben.

Um Nicht-Preußen bei der Erwerbung der Staatsangehörigkeit behilflich zu sein und Auskunft zu erteilen, damit sie bei kommenden Wahlen als Steuerzahler auch ihr Wahlrecht ausüben können, haben sich für den sechsten Wahlkreis folgende Genossen bereit erklärt:

- G. Pinner, Tresckowstr. 36.
- Wilh. Klauf, Schönhauser Allee 156.
- Dobroslaw, Schliemannstr. 39.
- Rich. Henschel, Wollinerstr. 51 II.
- Paul Dolz, Kuppinerstr. 11 III.
- Geise, Bogenstr. 19.
- Gustav Killes, Bielestr. 24.
- Gustav Renz, Wilhelmshavenerstr. 61.
- Albert Werth, Bielestr. 33.
- Georg Bieleke, Waldstr. 8.
- Germ. Gumz, Prinz Eugenstr. 25.
- Paul Fritsch, Drontheimerstr. 4.
- Germann Rieh, Fehmarstr. 7.
- Fritz Trapp, Stettinerstr. 10.

Partei-Angelegenheiten.

Teltow. Sonntag, den 15. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokale des Herrn Preuß, Deutsches Wirtshaus, eine öffentliche Versammlung für Frauen und Männer statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Frauenkonferenz und vom Internationalen Kongress zu Stuttgart. Referentin: Frau Thiel-Tempelhof. Diskussion und Verschiedenes. Um zahlreichem Besuch bittet die Vertrauensperson.

Berliner Nachrichten.

Zum Achtuhr-Ladenschluß.

Die Unterschriftensammlung für Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses erstreckt sich außer auf die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf auch auf die Stadt Deutsch-Wilmersdorf, die gleichfalls zum Landespolizeibezirk Berlin gehört, und es ist deshalb dringend wünschenswert, daß die Parteienossen auch dieses Ortes den Bestrebungen der Handlungsgehilfen auf Verbeführung des Achtuhr-Ladenschlusses ihre Unterstützung leihen.

Eine neue Anwendung der Wertzuwachssteuer

bringt Ingenieur P l a y m a n n - Dresden in einem für die „Zeitung des Ver. D. Eisenbahn-Verw.“ verfaßten Aufsatz über „Bauweise und Wirtschaftlichkeit städtischer Schnellbahnen“ in Vorschlag. Er kommt zu dem Resultat, daß künftig städtische Schnellbahnen überwiegend als Untergrundbahnen zur Ausführung kommen werden. Durch die Fahrgeldentnahme würden diese freilich selten eine ausreichende Verzinsung des Anlagekapitals ergeben; man müsse daher Beiträge von denjenigen Personen erheben, die von dem Bahnunternehmen den meisten Nutzen haben. Dies seien keineswegs die Fahrgäste, sondern die Grundbesitzer in den von der Bahn berührten Stadtteilen. Die Erbauung einer Stadtbahn bewirke eine sehr wesentliche Wertsteigerung der Grundstücke, sowohl in den äußeren, wie auch in den inneren an ihr gelegenen Bezirken, und es bestehe daher gar keine Veranlassung, mit dieser plötzlich eintretenden erheblichen Steigerung des Bodenwertes den betreffenden Grundbesitzern ein völlig unverdientes Geschenk zu machen, vielmehr sollten diese in entsprechendem Maße zur Tilgung und Verzinsung der Baukosten herangezogen werden. In der vollkommensten Weise könne dies geschehen, wenn die an der städtischen Bahn gelegenen Gemeinden die Wertzuwachssteuer für das gesamte Stadtgebiet einführen würden. Durch diese Steuer würden gerade die Eigentümer am stärksten betroffen, deren Grundstücke die beträchtliche Wertsteigerung, zum Beispiel durch Anlage einer Haltestelle in ihrer Nähe, erfahren, und es würden gerechterweise auch gleichzeitig die Eigentümer nach denselben Grundstücken besteuert, deren Gelände durch andere öffentliche Bauten einen unbedeutenden Wertzuwachs erlangt. Da es sehr wohl möglich sei, bei dieser Steuer, die sich in einigen Städten schon glänzend bewährt habe, hohe Sätze zur Anwendung zu bringen, so könnten dadurch die Mittel beschafft werden, um die hohen Anlagekosten eines städtischen Schnellbahnnetzes zu tilgen bezw. im Verein mit den Verkehrseinnahmen bei niedrigen Fahrpreisen ausreichend zu verzinsen. Allerdings werde in der Regel die Stadt selbst Eigentümerin der Schnellbahnen sein müssen; aber nur mit Hilfe der Wertzuwachssteuer könnten in unseren Großstädten gut durchgebildete Stadtbahnnetze geschaffen werden.

Das Bibliothekswesen der Stadt Berlin

hat auch im Verwaltungsjahr 1906/07, über das jetzt das Bibliotheksuratorium den Jahresbericht erstattet hat, weitere Fortschritte gemacht. Die Stadtbibliothek ist noch unvollständig, sie vermehrte aber ihren Bücherbestand wieder um reichlich 10 000 Bände, so daß sie am Schluß des Verwaltungsjahres 80 940 Bände hatte. Die 28 Volksbibliotheken

hatten zu demselben Zeitpunkt 177 616 Bände. Sie liehen im letzten Jahr 1 419 688 Bände aus, das sind wieder 75 609 Bände mehr als im vorhergehenden Jahr. Wie sehr es in neuerer Zeit den Volksbibliotheken gelungen ist, sich die Gunst der Bevölkerung zurückzuerobern, das zeigt ein Vergleich zwischen den Verwaltungsjahren 1906/07 und 1896/97. Das Jahr 1896/97, in dem übrigens erst 27 Volksbibliotheken bestanden, schloß ab mit einem Bücherbestand von 98 526 Bänden, und im Laufe jenes Jahres waren nur 543 590 Bände ausgeliehen worden. In 1906/07 wurde durchschnittlich jeder Band achtmal ausgeliehen, in 1896/97 kamen durchschnittlich auf jeden Band nur 5-6 Ausleihungen. Gehen wir noch weiter bis in den Anfang der Vierziger Jahre zurück, so sehen wir, daß damals durchschnittlich jeder Band sogar nur dreimal ausgeliehen wurde. Damals mochte eben kein Mensch mehr die alten Schmöker lesen, die in den Volksbibliotheken moderten. Erst die Reform der Volksbibliotheken, die völlige Erneuerung des Bücherbestandes und die Erleichterung der Benutzung, führten einen neuen Aufschwung herbei. Zu den Mitteln, durch die die Aufmerksamkeit der nach Weiterbildung verlangenden Bevölkerungsschichten wieder auf die Volksbibliotheken gelenkt wurden, gehören auch die Lesesalons, die ihnen angegliedert worden sind. Im Jahre 1906/07, dem zehnten seit Eröffnung der Lesesalons Nr. 1, wurden sie auf 12 vermehrt. Sie haben einen Bücherbestand von zusammen 8384 Bänden. Besucht wurden sie von 146 469 Personen, 5023 mehr als im vorhergehenden Jahre.

Verlegung von 20 Straßenbahnlinien. Die Straßenbahn muß wegen Auswechslung der gesamten Kreuzungsanlage an der Ecke der Spandauer- und Königstraße nicht weniger als 20 ihrer Linien verlegen. Schon von heute an gehen die Linien 16 Roabit-Küstriner Platz und 19 Roabit-Schlesisches Tor vom Hadeschen Markt durch die Rosenthaler, Neue Schönhauser, Ränz-, Alexanderstraße und zurück. In den Nächten vom 13. zum 14., 16. zum 17., 17. zum 18. und 19. zum 20. September werden ferner von 11 Uhr abends an bis zum Schluß des Betriebes die Linien 17, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 73, 74 und 81 umgeleitet. Die Linien 58, 59, 62, 64, 65, 66, 67, 68, 70, 71, 72, 74 gehen vom Wolkenmarkt durch die Stralauer-, Jüden-, Königstraße und umgekehrt. Die Linien 17, 60, 61, 63, 73, 81 gehen vom Schloßplatz durch die Dreiecksstraße, Kölnischen Fischmarkt, Mühlendamm, Wolkenmarkt, Stralauer-, Jüden-, Königstraße und umgekehrt.

Zum Strausberger Eisenbahnunglück teilt Eisenbahndirektionspräsident Krüger-Brandenburg der „Ostdeutschen Rundschau“ mit, daß die Darstellung des Fabrikbesizers Leinbrod-Kopitz, das Unglück sei auf leichtfertige Gleisauhebungen zurückzuführen, ganz unzutreffend sei. Das Gleis habe schon sechs Wochen vor dem Unfall neuen schweren Oberbau erhalten und sei seitdem einwandfrei befahren worden. Die Schienen wären unter sich und mit den Schwellen vorschriftsmäßig verbunden gewesen. Die Losen Lagen hätten von dem alten Oberbau hergerührt.

Von der Sozialdemokratie gelernt haben die Leute Stöckercher Oberbans. Um für ihr an Abonnentenschwund leidendes Organ, „Das Reich“, Propaganda zu machen, wollen sie eine Massenverteilung am 15. September vornehmen. Als günstigen Boden für die Verbreitung haben sich die Stöckerfreunde den Beamten-Stadtteil Roabit ausgesucht. Diese Massenverteilung soll durch freiwillige Hülfskräfte erfolgen. In einem Aufruf heißt es:

„Wer sich meldet, verpflichtet sich, ohne Entschädigung am 15. September in den genannten Frühstunden „Das Reich“ in den übertragenen Häusern zu verteilen und während der darauffolgenden 10 Tage in denselben Häusern wegen Abonnements anzufragen. Auch suchen wir jugendliche Helfer, die nur am Sonntagmorgen verteilen, ohne später anzufragen. Der vorhandene Rest der Nummern kann zum Schluß mitgenommen werden, damit er im Bekanntenkreise verteilt werde. Insbesondere bitten wir unsere Freunde aus den Evangelischen Arbeitervereinen, Gewerkschaften, Christlich-sozialen und deutsch-sozialen Partei, Parochial- und Junglingsvereinen um Mithilfe.“

Es ist eine mühsame Arbeit, zu der wir aufrufen. Aber unsere Gegner haben sie fertiggebracht. Wir appellieren an die opferfreudige Hilfe unserer Leser!

Freiwillige vor!“

Ob sich allzuviele Helfer einfinden werden, die freiwillig und ohne Entschädigung die Agitationsarbeit tun, ist sehr fraglich. Zu einer solchen Opferwilligkeit gehören Leute, die Ideale haben. Diese sind aber in den Reihen der Gegner sehr dünn gesät, während in unseren Reihen die Genossen zahlreich zur Stelle sind, wenn es gilt, für die Partei und deren Ziele Propaganda zu machen. Dafür ist auch die sozialdemokratische Partei die einzige, die noch Ideale hat.

Im Obdach gestorben. Am 30. August d. J., früh gegen 8 Uhr, so meldet der Polizeipräsident, wurde im städtischen Obdach, Fröbelstr. 15, ein unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender, etwa 60 Jahre alter Mann auf seiner Pritsche tot aufgefunden. In den Taschen wurde ein Entlassungsschein aus dem Gefängnis Tegel auf den Namen: Schreiber Emil Koch, 2. 48, Berlin geboren lautend aufgefunden. Was jetzt konnte aber noch nicht bestimmt festgestellt werden, ob es sich tatsächlich um den erwähnten Koch handelt. Der Tote ist 1,77 Meter groß, hat etwas meliertes dunkles Haar, graubraunen Vollbart und ist von kräftiger Gestalt. Er war bekleidet mit einem dunkelbraunen Jackett, schwarzer Weste, dunkelgrauer Hose, schwarzen hohen Schnallenschuhen, grauen Strümpfen, blau-, weiß- und rotgestreiftem Wachsenthumb und schwarzem, steifen Filzhut. Personen, welche über die Persönlichkeit des Toten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 7657. IV. 21. 07 mitzuteilen.

Dienstfreie Zeit der Straßenbahner.

Die Angestellten im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn haben zum Teil unter recht unwürdigen Verhältnissen ihren Dienst zu verrichten. Der Gesellschaft ist es nicht genug, daß ihre Arbeiterstätten ihr ihre Arbeitskraft verkaufen, sondern sie scheint zu glauben, daß sie mit der Beschäftigung auch den Anspruch erworben habe, über das Tun und Treiben ihrer Angestellten auch außerhalb des Dienstes und über die Gesinnung wachen und gebieten zu können. Zu diesem Zwecke ist ein richtiges Spionennetz geschaffen. Ein zahlreiches Denunziantengefüsel ist ständig an der Arbeit, Gesinnungsschnüffelei und Spioneriecherei zu treiben und der Direktion die „Störenfriede“ anzugeben, natürlich unter Hinblick auf eine entsprechende Belohnung oder Beförderung. Und zur Schande sei es gesagt, es gibt Hundeseelen genug, die sich zu diesen Verräterdiensten finden; anstatt sich ihren Kollegen anzuschließen und mit ihnen gemeinsam den Kampf für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu führen.

Die Folgen dieser elenden Angeberei sind, wie wir vor einiger Zeit mitteilten, zahlreiche Entlassungen gewesen. Einstellungen sind aber, soweit uns bekannt, so aut wie gar nicht erfolgt. Es ist des-

halb gar kein Wunder, wenn ständig Klagen laut werden, daß viele Angestellte nicht in den Genuss ihres dienstfreien Tages kommen. Wie schlimm das ist, davon konnten wir uns erst dieser Tage durch Einsichtnahme in das Dienstbuch eines Straßenbahnschaffners überzeugen. Aus diesem Buche ging hervor, daß der Fahrer vom 1. Juli bis 2. September, also in neun Wochen, nur drei freie Tage erhalten hatte, der letzte freie Tag wurde dem Mann nach 21 Tagen ununterbrochenen Dienstes gewährt. Nach den geltenden Bestimmungen soll alle Woche ein freier Tag gewährt werden, was aber durchaus nicht eingehalten wird. Wie wir hören, scheint auch vorläufig gar keine Aussicht zu bestehen, daß diese unerhörten Zustände eine Aenderung erfahren. Die Große Berliner stellt mit Vorliebe Leute ein, die direkt vom Militär entlassen werden, natürlich nur zu dem Zweck, um sich nach oben in „gute Erinnerung“ zu bringen. Ehe dieses Personal aber ausgebildet ist, können Monate vergehen. Inzwischen müssen Fahrer und Publikum sehen, wie sie sich mit den gegenwärtigen Zuständen abfinden. Denn auch das Publikum befindet sich in einer gewissen Gefahr, wenn die Führung der Straßenbahnwagen mit Angestellten besetzt ist, die keine Zeit und Gelegenheit erhalten, ihre ohnehin sehr in Anspruch genommenen Kräfte an einem freien Tage zu stärken und zu kräftigen.

Die Große Berliner hat also durch die Anwendung der Hungerpeitsche auf ihr nicht genehme Elemente, eine Anzahl im Betriebe beschäftigter Angestellten der dienstfreien Tage beraubt und dadurch das fahrende Publikum den schlimmsten Unfallgefahren durch überarbeitetes Personal ausgesetzt. Ob sich derartige wohl eine andere Verkehrsgefahr heraufbeschwören dürfte, die weniger „gute Freunde“ an bestimmten Stellen hätte?

Aus dem Straßenverkehr.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe fand gestern nachmittags in der Invalidentstraße statt. In der Nähe des Leichter Bahnhofes stieß ein Rollwagen mit dem Straßenbahnwagen Nr. 2391 der Linie 19 mit solcher Gewalt zusammen, daß der Fahrer des Fuhrwerks vom Bod geschleudert und das Pferd auf der Stelle getötet wurde. Der Fahrer, der 27jährige Robert Schiebner, Siemensstr. 13 wohnhaft, hatte sich bei dem Aufschlagen auf das Straßenpflaster am Rasenbein und an der Schulter schwere Verletzungen zugezogen. Er erhielt die ersten Notverbände auf der Unfallstation. — Von einem Postwagen übertraut wurde gestern der Dreiradfahrer Paul Hoffmann aus der Cranenstr. 25. H. wollte mit seinem Dreirad von der Kronenstraße in die Friedrichstraße einbiegen, als aus entgegengekehrter Richtung ein Postwagen in großer Schnelligkeit heranzug. Das Rad mit dem Fahrer wurde durch das „gelbe Gelepenst“ förmlich überannt. H. mußte schwerverletzt vom Platze getragen werden. Er fand in der Charité Aufnahme, wo an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Gestern früh 7^{1/2} Uhr fuhr ein Straßenbahnwagen die Linie 29 in mäßiger Geschwindigkeit die Widenstraße entlang, als ein junger Mann den Strahndamm überschreiten wollte. Er beachtete die mehrmaligen Warnrufe des Straßenbahnführers nicht, und wurde von dem Wagen umgeworfen und zur Seite geschleudert, wo er mit einer Kopfverletzung blieb. — In der Oranienburgerstraße wurde der 88jährige Töpfermeister Heinrich Thiele aus der Aderstraße von einem sehr schnell fahrenden Privatautomobil, dessen Warnungssignale er überhört hatte, erfasst und überfahren. Die Räder gingen dem Th. über den Kopf und richteten ihn schwer zu. Im bewußtlosen Zustande wurde er in ein Krankenhaus gebracht.

Unter dem Verdacht, die Rindermorde in Berlin verübt zu haben, so wird aus Gnesen drastisch gemeldet, wurde kürzlich der Schädlingskopist aus Hohenalza in einem Berliner Bierkeller verhaftet und zur Beobachtung seines Geisteszustandes nach der Jernanstraße 23 in Berlin gebracht. Kopist ist, nachdem er schon früher wiederholt vergebens Ausbrüche versucht hatte, jetzt aus der Anstalt entflohen. Der Entwichene trägt die Anstaltskleider.

Ein Liebesdrama auf der Eisenbahn hat sich gestern nacht bei Eintreffen des letzten Vorortzuges in Oranienburg ereignet. Bahnbeamte fanden hier in einem Coupé zweiter Klasse den 26 Jahre alten Buchhalter Siegfried Kaffow aus der Demminstraße 33 zu Berlin mit durchschossener Brust leblos auf. In der anderen Ecke des Coupés lag schlüssend mit dem geladenen Revolver in der Hand ein Mädchen, das später als die 24jährige Martha K., ebenfalls aus Berlin, festgestellt wurde. Der schwer Verletzte wurde sofort dem Oranienburger Krankenhaus zugeführt. Hier konnte jedoch nur der bereits eingetretene Tod festgestellt werden.

Bei der Vernehmung gab die K. an, daß beide die Absicht gehabt hätten, sich gemeinsam das Leben zu nehmen. Sie wollten zuerst in den Fluten des Wannesees den Tod suchen, hätten dann aber den Plan geändert und sich entschlossen, nach Dersdorf zu fahren, um sich hier im Walde zu erschließen. Unterwegs seien beide eingeschlafen und erst kurz vor Oranienburg erwacht. Nun habe K. zum Revolver gegriffen und eine Kugel auf sich abgefeuert. Er brach sofort zusammen. Das Mädchen will nun ihrem Geliebten den Revolver aus der Hand genommen haben, um auch sich zu erschließen; aber die Waffe verfehlte. Da die Polizei ihren Angaben zunächst keinen Glauben schenkte, wurde die K. zunächst in Haft genommen, weil der Verdacht vorlag, daß die K. aus Eifersucht ihren Geliebten erschossen hätte. Die Obduktion hatte jedoch ergeben, daß K. sich selbst erschossen haben muß. Martha K. wurde daher wieder auf freien Fuß gesetzt.

Vom Risiko des Arbeiters.

Bei der Arbeit seinen Tod gefunden hat gestern der Gerüstbauer Oskar Koad, Franzstraße 44 wohnhaft. Der Genannte war damit beschäftigt, ein am Hauptportal des Köpfler Bahnhofes angebrachtes Gerüst zu entfernen. Dabei stürzte er ab und fiel so unglücklich, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Ein Unfall, der leicht die verhängnisvollsten Folgen nach sich ziehen konnte, hat sich gestern in einem Hause der Gabriel Platzstraße ereignet. In der Wohnung der Familie Kröger in der ersten Etage sollte der Fußboden in der Küche repariert werden. Raum hatten die Arbeiter einige Dielen entfernt, so stürzte die Decke unter lautem Krachen ein. Zum Glück konnten sich die Arbeiter noch in Sicherheit bringen. Auch in dem unter der Küche belegenen Wohnraum befand sich glücklicherweise in dem Augenblicke des Einsturzes niemand. Die Küche Wohnung ist vorläufig polizeilich gesperrt worden.

Birkus Albert Schumann trifft heute, Donnerstag, von Scheveningen kommend, in Berlin ein. Am Sonnabend, der 14. d. M., findet die Galapremiere statt.

Vermiit. Seit dem 1. Juni wird Frau Rosa Gsch geb. Friedländer vermählt. Die Brautwunde ist ungefähr 1,60 Meter groß, hagerer Statur, von blauer Gesichtsfarbe, hat schwarzes Haar und war beim Fortgang mit grauem Rock, weißer Hemdbluse und keinem englischen weißen Strohhut bekleidet. Etwaige Nachrichten erbittet der Ehemann Max Gsch, Budowierstr. 14. Auch nimmt das Polizeipräsidium (Zimmer 249) Meldung entgegen.

1600 Mark unterschlagen hat der vor einigen Tagen unter dem Namen Thiemann in dem Reichnerischen Baugeschäft in der Monumentenstr. 18 ausführend angestellte Buchhalter Th. eiganete sich in Abwesenheit seines Chefs das Scheckbuch an, seine

auf ein Scheidformular den Namen seines Chefs, hob darauf bei einer Bank 1600 Mark ab und verschwand auf Rimmerwiedersehen.

Im Bernhard-Rose-Theater findet am Freitag, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, die Erstaufführung von „Der Geld des Tages“ von Kurt Natull statt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr wegen eines großen Dachstuhlbrandes nach der Landberger Allee 132/133 alarmiert. Als die Feuerwehr unter Leitung des Brandmeisters Kunge an der Brandstelle ankam, stand der Dachstuhl schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an Stroh, Hauskrat usw. reiche Nahrung gefunden und gefährdeten das Nachbarhaus. Mit drei Schlauchleitungen mußte die erste Kompagnie längere Zeit kräftig Wasser geben, um eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Wegen eines Wasserrohrbruchs vor dem Hause Reindendorferstr. 22 wurde der 16. Zug alarmiert. Beamte der städtischen Wasserwerke setzten Schieber ein, wodurch die Unfallstelle abgesperrt wurde. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Potsdamerstraße gerufen. Zuerst brannten Benzin, Tapanen u. a. in dem Laden Potsdamerstr. 20 und später Nr. 76a Bodenverschläge mit Inhalt, der Fußböden, Balken usw. Der 12. Zug hatte hier längere Zeit mit der Löschung zu tun. Ein Balkenbrand beschäftigte den 19. Zug in der Behrenstr. 49. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Spinnmüllerstraße 125 zugrunde. Gardinen, Möbel usw. brannten in der Funkestr. 14, Lettstr. 4 und anderen Stellen. In der Nachbarrstraße 22 wurde ein Säuerstoffapparat mit Erfolg benutzt.

Im Zoologischen Garten ist kürzlich ein Paar Königsparadiesvögel eingetroffen, das in einem Glas Käfig auf der Papageienscheibe des neuen Vogelhauses untergebracht ist. Diese Bewohner Neu-Guineas haben kaum die Größe einer Drossel und gehören zu den seltensten und kostbarsten Mitgliedern der Singvogelfammlung. Das oberste ist tief kirchrot, unten seidene weiße Männchen besitzt in seinen eigenartigen strahlenden, nur an der Spitze mit einer eingerollten breiten, grünlichgelben Fahne ausgestatteten mittleren Schwanzfedern einen so auffällenden Schmuck, daß man dieser Vogelgattung den Namen „Schmuckschwanz“ beilegte. Das Weibchen trägt ein unscheinbares, oben braunes, unten weißlich geflecktes Federkleid. Die Gruppe der Paradiesvögel ist den Vireoniden verwandt und nähert sich wie diese den Insekten und Fräulein.

Das Berliner Aquarium hat seinen Schlangenbestand wieder um zwei Arten vermehrt. Von diesen konnte die eine hier überhaupt noch nicht gezeigt werden und bedeutet somit eine doppelte wertvolle Bereicherung der Reptilienammlung. Diese Spezies gehört zur Familie der Stummelfüßer, die in der Hauptsache die Riesenschlangen zu den übrigen zählt, und als ein Mitglied dieser über die alte und die neue Welt verteilten Gruppe ist denn auch die zum ersten Male hier erscheinende Boa von den Antillen — die beiden eingeführten Exemplare kamen von Kuba — anzusprechen. Sie darf sich zwar in der Größe nicht mit der eigentlichen Boa oder Abgottschlange aus Südamerika, die 6 Meter und darüber lang wird und im Aquarium durch ein prächtiges Stück vertreten ist, messen, da ihre Länge kaum einmal drei Meter übersteigt, dafür aber zeichnet sie sich durch einen auffälligen schlanken Leib und Schwanzteil und durch große Kletterfertigkeit aus, so daß sie den Namen „Schlangboa“ wohl verdient. Diese Vertreterin der Gattung Homalochilus führt vorwiegend ein Nachleben und verzehrt Ratten und ähnliche kleine Säuger und Vögel.

Vorort-Nachrichten.

Aus einem Rettungshaus für Kinder.

In Erziehungsanstalten gelten Prügel noch immer als ein wichtiges und wirksames Mittel, den Nachwuchs zu sorgsamem Staatsbürgern hinaufzuentwickeln. Geprügelt wird auch in dem sogenannten „Rettungshaus“ zu Neuendorf bei Weesow, das von einem Hausvater kleiner geleitet wird. Mit den Zuständen, die dort herrschen, hat kürzlich die Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. O. sich zu beschäftigen gehabt.

Ein neunjähriger Junge namens A. aus Grünau, den man jenem Rettungshaus anvertraut hatte, war bei Gelegenheit seines Ferienurlaubes so erzehaut nach Hause zurückgekehrt, daß die Mutter erschraf, als sie an seinem Körper die Spuren bemerkte. Da sie sich erzählen lassen mußte, daß der Hausvater seine „rettungsbedürftigen“ Schützlinge zu prügeln pflege und diese Erziehungsmethode auch gegen ihren Jungen mit Eifer angewandt habe, so setzte sie die Prügelstrafen dem Herrn Klemer aus Ronto. Der Junge erschien ihr auch wiederlich heruntergekommen oder wenigstens in der Entwicklung zurückgeblieben. Die Mutter hielt es für nötig, den Jungen zunächst mal von einem Arzt besichtigen zu lassen, und dieser stellte ihr dann das folgende Attest aus:

„Die vorgenommene Besichtigung der äußeren Körperoberfläche des Jungen ergibt eine größere Zahl (über ein Duzend) Hakenruhrer und pflaumenroter blauer Flecke im Gesicht, an den Unterschenkeln, den Armen, dem Gesäß. Der Junge besitzt überhaupt kein Fettgewebe, die Muskulatur ist höchst dünn, Lunge, Herz, Verdauung sind gesund. Deshalb wird man diesen desolaten Körperzustand wohl auf mangelhafte Ernährung beziehen müssen, um so mehr, als die Mutter angibt, „er sei kaum satt zu bekommen“. Die „blauen Flecke“ sind Spuren der Einwirkung äußerer Gewalt. Da ein Teil von ihnen streifenförmig verläuft (Unterschenkel), so wird man sie mit Wahrscheinlichkeit als Mißhandlungs- bzw. Züchtigungs-spuren deuten können.“

Auf Grund dieses Attestes wurde nunmehr bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zu Frankfurt a. O. Anzeige erstattet. Das Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft hiernach einleiten mußte, um den Mißbrauch der „Rettungshaus“- bzw. Züchtigungs-spuren festzustellen, richtete sich gegen den Hausvater sowie gegen seine Gehilfen. Auf wen sonst hätte sich denn der Verdacht lenken sollen, nachdem der Arzt bescheinigt hatte, daß z. B. auch auf dem Gesäß „Spuren der Einwirkung äußerer Gewalt“ vorgefunden worden waren. Das Ergebnis der Ermittlungen ist nun kürzlich der Mutter mitgeteilt worden. Die Antwort der Staatsanwaltschaft lautet:

„Auf die Anzeige vom 23. Juli 1907: Sie gibt mir zum strafrechtlichen Einschreiten keine Veranlassung. Nach den Ermittlungen ist Ihr Sohn nicht von dem Hausvater oder dessen Gehilfen, sondern von anderen Knaben der Anstalt verhandelt worden. Veranlassung dazu hat er selbst durch sein Verhalten den Knaben gegenüber gegeben.“

Also die Erzieher, die für die Anstalt verantwortlich sind, gehen rein und mafeilos aus der Untersuchung hervor. Nicht der Hausvater ist, der den Jungen „erzehaut“ hat, und auch nicht sein Gehilfe — sondern „andere Knaben der Anstalt“. Nach dem Wortlaut des Schreibens der Staatsanwaltschaft muß man sogar annehmen, die Staatsanwaltschaft sei zu der Meinung gelangt, daß der Hausvater bzw. sein Gehilfe den Jungen überhaupt niemals geprügelt haben. Wie aber war es möglich, daß die „anderen Knaben der Anstalt“ den Jungen so zuriichten konnten? Wo war der Hausvater und wo sein Gehilfe, als die „anderen“ ihm gegenüber sich als Erzieher verhielten? Das muß ja eine merkwürdige Anstalt sein, dieses „Rettungshaus“.

Auch die Frage bedarf noch der Beantwortung, ob die Erzählung des Jungen tatsächlich, wie der Arzt es annimmt,

„mangelhaft“ gewesen ist, oder woraus sonst jener Körperzustand, den das Attest als „bleich“ bezeichnet, erklärt werden muß. Es konnte nicht Sache der Staatsanwaltschaft sein, auch hiernach zu forschen. Aber die zuständige Aufsichtsbehörde sollte es für ihre Pflicht halten, das zu tun. In den halbjährlichen Erziehungsberichten der Anstalt, die dem Vormund zugegangen sind, wird das Gewicht des Jungen für Juli 1906 auf 42 Pfund und für Januar 1907 auf 46 Pfund angegeben. Im Juli 1907 aber ließ die Mutter den zu ihr zurückgekehrten Jungen privatim wiegen; der Arzt, dem sie ihn zur Untersuchung zuführte, riet ihr das. Das Ergebnis der Gewichtsfeststellung wurde ihr jetzt auf knapp 42 Pfund angegeben.

Der Vormund, der samt dem Waisenrat die Heberweisung des Jungen an das Rettungshaus gutgeheißen hat, weiß zur Entschuldigung der Anstalt nichts anderes anzuführen, als daß der Junge sehr ungezogen gewesen sei. In der Tat urteilen die Erziehungsberichte über ihn in den schärfsten Ausdrücken: er wird darin das eine Mal als niederträchtig, das andere Mal als tückisch bezeichnet. Man fragt sich erstaunt, ob die deutsche Sprache keine anderen Ausdrücke besitzt zur Charakterisierung eines neunjährigen Jungen, der zu dummen Streichen aufgeleitet ist. Dieser Junge war übrigens nicht etwa durch Gerichtsbeschluß, sondern lediglich privatim dem Rettungshaus überwiesen worden, weil die Familie, in der seine Mutter ihn untergebracht hatte, nicht mit ihm fertig werden konnte. Die Familie hat ihn jetzt auf neue in Pflege genommen, sie scheint ihn also doch nicht für so überaus schlecht zu halten, wie das Rettungshaus ihn geschildert hat.

Nichtenberg.

Schwer verunglückt ist gestern das achtjährige Kind der Hedrichschen Eheleute, Wilhelmstr. 67 wohnhaft. Während das Kind spielte, gerieten plötzlich die dort aufgestellten Gasröhren ins Rollen und verlegten das Kind schwer. Wie mitgeteilt wird, hat es eine schwere Bauchverletzung und einen Beinbruch davon getragen.

Treptow-Baumshulentweg.

Unser beller Agitator ist immer noch die preussische Polizei. Das konnte man am Dienstagabend wieder bei der Auflösung der nach der Kennbahn einberufenen Mitgliederversammlung wahrnehmen. Weil dem Verlangen des überwachenden Beamten, die anwesenden Frauen aus dem Saale zu weisen, nicht Folge geleistet wurde, löste er kurzerhand die Versammlung auf. Trotzdem die Frauen durch keine starke Reize von den übrigen Versammlungsbesuchern getrennt waren. Unter begeistlicher Erregung, die sich in lauten Schreien Luft machte, verließen die Versammlungsbesucher den Saal, um sich in dem neben demselben gelegenen Vereinszimmer bei einem Glase Bier zu treffen. Doch auch hier sollte es ohne polizeiliches Eingreifen und Überwachen nicht abgehen. Seitens der Herren Landgenossen wurde die Öffnung der zum Saal führenden Tür verlangt, damit sie von dort aus den preussischen Staat vor dem Untergange bewahren konnten. Dagegen wurde natürlich heftig protestiert; da aber der Herr Landgenosse mit Schließung des ganzen Lokals drohte, mußte man sich fügen. „Öffentliche Angelegenheiten“ durften hier nicht erörtert werden, desto mehr kam der Gesang zu seinem Rechte. Doch schien den beiden Gefeschwächern die Auswahl der Lieder nicht recht zu behagen. Bei jedemmaligen Abfragen des Liedens: „Reicht da wieder Steinlein blinken...“ erschienen sie im Zimmer und notierten einige der Sänge. Erst nachdem die Polizeistreife ziemlich nahe gerückt, trennte man sich mit dem Bewußtsein, einen recht vergnügten Abend verlebt zu haben. Auch war man sich darüber einig, daß diese so gemüthlich verlaufene „Versammlung“ mehr für unsere Ideen Propaganda gemacht, als mancher Landgenosse sich träumen läßt. Die demnächst stattfindende Volksversammlung wird sich wieder mal eingehend mit dieser an die Zeiten des Schandgesetzes erinnernden Polizei-Praxis zu beschäftigen haben.

Erker.

Die Freie Turnerschaft Erker feiert am Sonnabendabend 8 1/2 Uhr in Degebrotts Gesellschaftshaus ihr erstes Sommervergnügen. Es wird erwartet, daß die Genossen für den Besuch des Vergnügens etwas Sorge tragen werden.

Mariendorf.

Ueber die wahre Gestalt des Christentums referierte in einer bei kürzliche stattgehabten Volksversammlung Genosse Adolf Stern. Den lehrreichen Vortrag nahm die Versammlung mit reichem Beifall entgegen. Genosse Komnid forderte in der Diskussion die Anwesenden auf, aus der Landeskirche auszusteigen. Alsdann berichtete Genosse Sander über den Stand der zu gründenden Filiale der Arbeiterbildungsschule. Wie er mitteilte, hat sich die erforderliche Anzahl Teilnehmer eingetragen lassen. An der Schule sind die Ortschaften Tempelhof, Mariendorf und Mariensfeld beteiligt. Genosse Hannemann kritisierte alsdann die Zustände auf dem Schulhausneubau. Die Firma habe bekanntlich auf dem Submissionswege mit dem billigsten Angebot den Zuschlag erhalten. Sie übe die Proxi, Arbeiter am Ort zu mahrgeln und aus anderen Orten ihr genehmte Elemente heranzuziehen. Die Polizei leiste der Firma in diesem Bestreben bereitwillige Dienste. Der Gemeindevorsteher Genosse Reichardt ging des näheren auf diese Ausführungen ein und ersuchte zum Schluß die Versammlung, dafür Sorge zu tragen, daß bei den kommenden Gemeindevahlen im nächsten Frühjahr noch zwei Vertreter der Sozialdemokratie ins Dorparlament gewählt werden. Desgleichen forderte er die Richterprehen auf, sich in den preussischen Staatsverband aufzunehmen zu lassen. Formulare hierzu seien vom Wahlverein zu haben.

Der Arbeiterverein Mariendorf veranstaltet am Sonnabend, den 14. d. M., sein erstes Stiftungsfest im „Alten Kolanier“. Da sich genannter Verein der hiesigen Arbeiterschaft stets bereitwillig zur Verfügung stellt und auch das Programm an diesem Abend ein reichhaltiges ist, so wird auf einen zahlreichen Besuch gerechnet.

Adlershof.

Die letzte Gemeindevorsteherwahl beschäftigte sich mit der Gründung eines Steuerzuschlagsfonds. Der vorläufige Abschluß für das Steuerjahr 1906 ergibt einen Ueberschuß von 20 882 M., welcher nach Ansicht des Gemeindevorstehers zur Gründung des Zuschlagsfonds benutzt werden sollte, um auch in denjenigen Jahren, wo die Einnahme das Soll nicht erreicht, ohne Erhöhung des Steuerjahres auskommen zu können. Zur weiteren Begründung wurde mitgeteilt, daß die für das jetzige Steuerjahr eingesehene Umsatzeuer von 20 000 M. einen ganz bedeutenden Fehlbetrag ausweisen wird, da in den ersten 4 Monaten nur 2787,50 M. verausnahmt und größere Grundstücksumlage nicht zu erwarten sind. Die Angelegenheit wurde bis zum Januar 1908 vertagt, bis ein endgültiger Abschluß der vorjährigen Jahresrechnung vorliegt. Auf Erbeten des Kreisaußschusses, bei Erneuer von Grundbesitz seitens der Gemeinde dieselbe von der Kreisumlagesteuer zu befreien, wenn die Gemeinde daselbst gegenüber dem Kreis übe, wurde ein entsprechender Antrag angenommen. Ein Beschluß über Anstellung eines Ausschusses für die Straßenreinigung und Kanalisation wurde bis zu einer späteren Sitzung vertagt, in welcher auch über die Anstellung eines mittleren Baubeamten verhandelt werden soll. Beschlossen wurde, vor dem Grundstück der 1. Gemeindefschule in der Bismarckstraße ein eisernes Frontgitter zu errichten, dessen Ausführung dem Bauunternehmer Förstner als Mindestfordernden zum Preise von 4517 M. übertragen wurde. Auch wurde die Regenentwässerung deselben Grundstücks beschlossen. Für Ausführung beider Bauarbeiten soll eine Anleihe von 6000 M. aufgenommen werden. Desgleichen wurde beschlossen die Aufnahme einer Anleihe von 3000 M. zur Verringerung der Kosten einer Klosettanlage in der Gemeinde-Zufuchtsanstalt und einer Anleihe von 25 000 M. zur Verringerung der Kosten und des Erwerbes des Wrosmannschen Grundstücks an der Moonstraße. Ein Antrag der Firma Gebr. Wenarius auf Anschluß ihrer Weinkelerei an die Ort-

kanalisation wurde vertagt und sollen noch weitere Auskünfte von der Firma über das abzuführende Quantum, Bezug des Wassers und event. besondere Gebührenbeteiligung eingeholt werden. Wegen Abtretung von Straßenland vor dem Grundstück Bismarckstr. 46a wurde gegen den Eigentümer A. Colberg die Klage beschränkt. Unter Geschäftlichem wurde seitens des Genossen Hildebrandt Beschwerde erhoben wegen zu rigoroser Handhabung der Friedhofsordnung gegenüber der ärmeren Bevölkerungsschicht, welche nicht immer in der Lage ist, die Gebühren für die Leichenträger entrichten zu können, sondern diese Dienste von Freunden und Bekannten unentgeltlich verrichten lassen wollen. Seitens des Gemeindevorstehers wurde die Erklärung abgegeben, daß der Friedhofsaußschuß sich mit dieser Angelegenheit schon beschäftigt habe und in nächster Sitzung Mitteilung machen würde. Des weiteren gab auch das Geseuch des hiesigen Arbeiter-Turnvereins um Ueberlassung der Gemeindefurnhalle zu einem Schauturnen am 8. September dem Genossen Hildebrandt Veranlassung, das Schreiben und die Handlungsweise der Schuldeputation zu kritisieren. Die Ablehnung trat erfolgt ohne Angabe von Gründen. Genosse Hildebrandt verlangte, daß dieselben nunmehr in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden. Dem konnte oder wollte der Gemeindevorsteher nicht nachkommen, da der Schöffe Bach, welcher in Vertretung des Gemeindevorstehers den Bescheid erteilt hatte, nicht anwesend war. Der Gemeindevorsteher Dr. Franke, Mitglied der Schuldeputation, gab die Erklärung ab, wenn er in der Sitzung genannter Deputation anwesend gewesen wäre, würde er für Ueberlassung der Turnhalle gestimmt haben. Die nächste Gemeindevorsteherwahl wird sich auch mit dieser Angelegenheit nochmals beschäftigen müssen. Bekanntgegeben wurde von dem Gemeindevorsteher das Ergebnis der letzten Volkszählung. Bei derselben wurden 2342 Haushaltungen, 4967 männliche und 4559 weibliche Einwohner ermittelt. Demnach hat der Ort jetzt 9526 Einwohner.

Weißensee.

In der am Montag, den 9. September ex., stattgefundenen Wahlvereinsversammlung erhaltete Genosse Taubmann an Stelle des verhinderten Genossen Fremwald-Pankow den Bericht vom Internationalen Kongreß zu Stuttgart. Er gab ein Bild der in Stuttgart geleisteten Arbeiten und Verhandlungen. Auch dem so imposanten Meeting, welches im Preußenlande nicht möglich gewesen wäre, tat er Erwähnung. Hieran schloß sich eine eingehende Diskussion. Folgende vom Genossen Traub eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung nimmt den Bericht vom Internationalen Kongreß zu Stuttgart entgegen und erklärt hiermit ihr Einverständnis mit den Beschlüssen des Kongresses, namentlich aber mit der Annahme der Minderheitsresolution bezüglich der Kolonialfrage.“

Unter Vereinsangelegenheiten machte Genosse Wendert dann noch auf die Petitionslisten des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen bezüglich des 8 Uhr-Lohnschlusses aufmerksam. Desgleichen Genosse Content bezüglich der demnächst stattfindenden Delegiertenwahlen zur hiesigen Ortskonferenz.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevorsteherwahl konnte der Bürgermeister die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Ueberschuß aus dem Rechnungsjahr 1906 größer ist, als er zuvor geschätzt wurde; derselbe beträgt 59 000 M. Die Einwohnerzahl des Ortes betrug am 31. August 11 907; seit der letzten Volkszählung vor drei Jahren hat sie sich um 3000 vermehrt. In der Angelegenheit, welche der alte Haus- und Grundbesitzerverein wegen Ungültigkeitserklärung der letzten Gemeindevorsteherwahlen angehängt hat, wird demnächst die Verhandlung stattfinden; als Vertreter für die Gemeinde wurde Bürgermeister Abraham ernannt. Die Gebäudesteuer soll für 1910 neu veranlagt werden. Den Anschluß des Wilhelmstraße Ortsteil an die Kanalisation beauftragte der Bürgermeister waren, zugleich machte er auf die Gefahren aufmerksam, die beim Fehlen einer Kanalisation eintreten. Die Anlieger haben sich bereit erklärt, 28 770 M. zu den Unkosten zu zahlen. Die Gesamtkosten betragen 80 000 M. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, die Kanalisation noch in diesem Jahre zu erbauen, vorausgesetzt, daß die Regierung die Erlaubnis zur Durchlegung des Rohres durch Straße 7 gibt, die noch nicht Gemeindegut ist. Der Regierung zu Potsdam wird die Genehmigung zum Ausbau der Germanenstr. mit der Bedingung erteilt, daß die Straße bis zum 1. Juli 1908 fertiggestellt ist; ferner müssen die Kosten für die Verlegung der Wasserleitungstöhre auf 5 Jahre verzinst werden. Der Betrag von 80 M. für 5 Bronzene und 5 silberne Medaillen zur Stiftung eines Ehrenpreises anlässlich der Ausstellung für Gewerbe, Handel, Industrie und Gartenereugnisse für die nördlichen Vororte wurde bewilligt.

Bezüglich des Anschlusses der Gemeinde an den Verkehrsverband Berlin soll die Straßenbaukommission die nötigen Schritte unternehmen. Zu der Angelegenheit des Vertrages mit der Großen Berliner Straßenbahn teilte der Bürgermeister mit, daß im Juli beschlossen worden sei, den Vertrag abzuschließen. Die Berliner elektrische Straßenbahn hat mitgeteilt, daß sie erst am 10. September eine bestimmte Antwort erteilen könne, sollte bis dahin keine Antwort eingehen, so wird von der Gemeinde die Feststellungsfrage eingereicht. Die Kommission, die sich mit der Eingebundung von Schönholz und des Gutsbezirks Nieder-Schönhausen zu beschäftigen hat, konnte einen nennenswerten Erfolg nicht mitteilen, da sich viele Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben. Derauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Vernau.

Ein Unglücksfall, welcher leicht hätte schwerere Folgen nach sich ziehen können, ereignete sich am Dienstagmorgen auf dem Gelände der Dampfzigelei von Hellwig bei dem benachbarten Ladeburg. Mehrere Kolonnen Ziegelarbeiter waren damit beschäftigt, aus einem Schacht Ton zur Verarbeitung von Mauersteinen usw. herauszuschaffen. Man hatte gerade einen großen Woz Ton herausgenommen, als plötzlich die schwere Mergelschicht, welche sich über der Leuchtlicht befindet, mit großer Gewalt einstürzte und den 70 Jahre alten Ziegelarbeiter Wilhelm Mäh aus Ladeburg unter sich begrub. Einige Arbeitskollegen, welche ebenfalls unten arbeiteten, machten sich sofort an die Rettung des Vermissten und ihren vereinten Kräften gelang es, den Kernstein von den Erdmassen zu befreien. Dem Vermissten waren jedoch beide Beine gebrochen. Der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Wilmann aus Vernau leistete dem Verunglückten die erste Hilfe. Arbeiter erzählten, daß schon jahrelang in solch gefährlicher Lage gearbeitet wird, obwohl die Unfallverhütungsvorrichtung lautet, daß immer nur halbe, nicht ganze Tonblöcke unter der Mergelschicht herausgenommen werden sollen, um das Einstürzen der ersteren zu verhindern.

Germsdorf i. M.

In einer Interessenfrage scheint sich die hiesige Wohnhofsverlegung auszuwirken. Wie es den Anschein hat, ist die seit einem Jahr hier bestehende Terraingesellschaft eifrig bemüht, den Wohnhof, dessen Umbau notwendig geworden, mehr in die Nähe ihrer weiten Terrains bzw. ihrer dortselbst angelegten Straßenalle, in diesem Fall mehr nördlich nach der Ottenicker- und Stolper Seite hinzubekommen. In der gegen diesen Plan einberufenen Versammlung wurde herabgehoben, daß die Gesellschaft der Wohnverwaltung bereits den nötigen Grund und Boden unentgeltlich sowie einen Voranschuß von 75 000 Mark geboten haben soll, und daß die Wohnverwaltung mehr als geneigt sei, dies Angebot anzunehmen, trotz des Widerspruchs der großen Mehrzahl der Bewohner, die durch die Verlegung eine erhebliche Schädigung befürchten. Es wurde weiter gesagt, daß viele Spekulant mit Rücksicht auf die Verlegung bereits bedeutende Terrains nach der in Frage kommenden Ottenicker Seite zu aufgekauft hätten, um möglichst viel Nutzen zu ziehen.

Ob die Wohnverwaltung die Wünsche der Gesellschaft berücksichtigen wird, sieht noch nicht fest, jedenfalls würde das von der Terraingesellschaft gemachte Angebot nur auf Kosten der Mieter geschehen, wozu noch läme, daß die Verkehrsverbindung für viele Arbeiter und Geschäftsleute eine umständlichere sein würde.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen!

Als eines der erfolgreichsten Bildungsmittel, für die nur Mangelhaft mit Kenntnissen ausgestatteten Proletarierinnen haben sich die seit Jahren bestehenden Les- und Diskutierabende erwiesen. — Diskutierabende sind ja längst nichts Neues mehr; die bürgerlichen Frauen haben solche weit früher eingeführt als wir. Dort beschränkt man sich in der Hauptsache jedoch auf Redebungen, ein tiefes Eingehen in irgend welche Materie ist wohl selten, Zweck und Ziel Anders ist es bei den von den Genossinnen veranstalteten Kursen. Hier beschäftigt man sich mit nationalökonomischen und anderen wissenschaftlichen Problemen. Wenn auch bei uns nach Möglichkeit das Formale berücksichtigt wird, vornehmlich kommt es uns jedoch darauf an, das Wissen zu vertiefen, selbständiges Denken zu fördern. Und der bisher erzielte Erfolg, so viel Wünsche er auch noch offen läßt, ist trotzdem befriedigend. In kleinen Kreisen von höchstens 30 Personen kommen die Genossinnen an einem bestimmten Abend — jede zweite Woche gewöhnlich einmal — zusammen. Hier im kleinen Kreise vom gleichen Wissensdrange befeelter Frauen fallen bald die Fesseln der bekannten Befangenheit. Jede Teilnehmerin muß in der Reihenfolge einen kurzen Abschnitt aus irgend einem Werk vorlesen und alle bemühen sich, das Gelesene nach ihrer Auffassung mündlich — meist auf Befragen der Leiterin — wiederzugeben. So ist jede Teilnehmerin aktiv tätig, jede findet Gelegenheit ihr Denken zu schärfen und ihre Gedanken in Worte zu kleiden. Selbstlerbendes, in die besprochene Frage Hineingreifendes, dient häufig zum Verständnis und zur Erläuterung der wissenschaftlichen Theorien. So erfolgt die Schulung aller durch alle. Mit welchem Eifer die Genossinnen bei der Sache sind, zeigt die regelmäßige Anteilnahme an den Kursen. Die durch Berufs- und Hausarbeit so mannigfach beschäftigten Proletarierinnen versäumen selten, und, wenn es mal nicht anders geht, ungern einen dieser Abende.

Durch die Lesabende ist schon manche Genossin zur Agitatorin, zur Verbreiterin unserer Ideen herangebildet worden. Manche, die anfangs vor Schüchternheit selbst in kleinsten Kreisen nicht den Mund aufzumachen wagte, ist jetzt, durch Übung mutig gemacht, durch Wissen bereichert, in der Lage, an jeder Diskussion sich zu beteiligen. So bringen diese Lehrkurse nicht nur den Teilnehmerinnen selbst Nutzen, das Erlernte wird auf andere übertragen und wirkt neue Anhänger für unsere Lehren und Ideen.

Auch in schriftlichen Aufsätzen wird das Gelernte wiedergegeben. Manches Talent, das im Dunkeln verborgen war, wurde hier ans Licht gezogen. Diese Tatsache beweist von neuem, wie mancher regsame Geist im Kampfe ums tägliche Brot verkümmert, verfliegt. Das ewige Einerlei der täglichen Berufsarbeit stumpft den Geist ab. Der größte Wert und der Hauptzweck unserer Lesabende ist, daß Genossinnen zu wahren Sozialistinnen erzogen werden. Die Zahl der Teilnehmerinnen an den Lesabenden wird größer von Jahr zu Jahr, ein Zeichen, daß in Frauentreisen der Sinn für ernste Betätigung mehr und mehr zu wachsen scheint.

Neue Teilnehmerinnen werden auch in diesem Jahre gern gesehen. Zutritt zu den Kursen hat jede Genossin, die Interesse für Weiterbildung hat. Die Vertrauenspersonen der Genossinnen, Frau Wengels, Warkhäuserstr. 20; Frau Leipert, Marienburgerstr. 22 II; Frau Duff, Kirchstr. 5; Frau Panzner, Pappelallee 76 I; Frau Waische, Wolgasterstr. 8 I; Frau Hoppe, Wundelstraße 40 II, nehmen Meldungen entgegen. Auch im Bureau der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, Lindenstr. 3, erster Hof, Eingang II, 4 Treppen werden Anmeldungen entgegengenommen. Lesabende finden in verschiedenen Stadtgegenden statt, so daß niemand weite Wege zurücklegen hat.

Vermischtes.

Ein Cholerafall in Oberschlesien.

Aus Königsbrunn meldet ein Telegramm: „Der in der Gummerei-straße zu Königsbrunn wohnende Eisenbahnarbeiter Reint ist gestern unter choleraverdächtigen Erscheinungen gestorben. Die amtliche Feststellung der Todesursache steht noch aus. Alle sanitären Maßnahmen, die Ueberführung der Leiche nach dem Totenhaus des städtischen Krankenhauses und die Desinfektion der Wohnung gelangten zur Ausführung.“

Ein deutscher Dampfer gekrandet. Hochs Agentur meldet aus Guayaquil, daß der in Hamburg heimkehrende deutsche Dampfer „Setos“, der von Genoa nach San Francisco unterwegs ist, beim Verlassen des Hafens festgelaufen ist. Gefahr ist nicht vorhanden. Die Versuche, das Schiff freizubekommen, sind bisher erfolglos ge-

blieben. Es wird befürchtet, daß die Ladung ausgebootet werden muß, um den Dampfer von der Sandbank loszubekommen.

Die Cholera in Rußland. Aus Rishnj Rowgorod werden acht, aus Smolensk vier und aus dem Gouvernement Jaroslaw dreißig neue Cholerafälle gemeldet.

Eine Feuerbrunst zerstörte gestern eine große Fabrik und zwei Warendepots in Armenieres. Die Feuerwehre aus Lille traf mittlere Spezialjungen dort ein. Der Schaden ist bedeutend.

Aus Neuliamöl wird nach Jrlutsk gemeldet, daß eine große Feuerbrunst 84 Bauernwohnungen zerstörte und ebenso große Vorräte an Getreide vernichtet hat. Der Schaden wird auf über 200 000 Rubel veranschlagt.

Das englische Motor-Luftschiff. Aus Eldershot wird gemeldet: Das Militär-Luftschiff „Jug“, nachdem eine kleine Reparatur an der Maschine vorgenommen worden war, nachmittags auf und beschränkt einen Kreis von etwa 3 Meilen Umfang in einer Höhe von einer halben Meile. Der Ballon besitzt nur für drei Mann Befugung Tragfähigkeit.

Automobilunfall.

Gestern mitternacht stieß das Automobil des in Florenz wohnenden Fürsten Wiewitsch aus Wien, welches mit einer Geschwindigkeit von 40 Kilometern fuhr, bei dem Versuch, einem Wagen auszuweichen, in Perli gegen einen Pfeiler und überschlug sich. Wiewitsch und der Mechaniker wurden getötet, der Chauffeur und ein Mitfahrer verwundet, ein anderer Mitfahrer blieb unverletzt.

Der Tod in den Flammen. In Pilschdorf bei Wien töltete gestern Abend eine furchtbare Feuerbrunst, bei der zwei Kinder im Alter von fünf und sechs Jahren den Tod in den Flammen fanden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandelsstraße-Besetzung), Durchgang aus Lindenstr. 101, wochentags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 8 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Sachfrage und eine Anzahl als Belegstücke beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Willige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

30. Wegen Sie Ihren Fall dar, dann wollen wir Ihnen Antwort geben. So allgemein gestellt, kann Ihre Frage nicht beantwortet werden.

R. Pantow und K. Wilmersdorf. Mitteilungen und Auforderungen an Genossen eines Bezirks erfolgen gewöhnlich mündlich oder schriftlich, nicht aber durch den „Vorwärts“. Das Gleiche dürfte für einige Zeit gelten, die Einladungen zur Vorstandswahl des Wahlvereins sind zu Berücksichtigung zuwenden. — S. H. 3. W. Eine Klage wäre nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Die Beleidigungslage muß innerhalb drei Monaten nach der Kenntnis von der Beleidigung angefaßt werden. Wohnen beide Parteien in derselben Gemeinde, so muß der Beleidigungslage ein Sühnevertrag beim Schlichter vorausgehen. — Zwei Wertende.

C. K. 1. und 2. Klein. — H. S. 88. Das Anhangsrecht würde an den Kaiser zu richten sein, wenn Sie ein solches machen wollen. — H. 23. 10. Ihre Anfragen sind ohne Kenntnis des Sachverhalts nicht zu beantworten. Wiederholen Sie die Anfrage unter genauer Darlegung der Tatsachenbestimmungen und der Familienverhältnisse.

Walbelle 27. Nur den Ehegatten und den Kindern sowie den Eltern steht ein Pflichterbschaft zu. Ihre Mutter würde also das Testament, in welchem sie nicht bezeugt ist, nicht anfechten können. — W. B. 18. Eine Auszahlung der Unfallrente durch eine Abstandssumme ist unzulässig, weil es sich um eine Rente von mehr als 15 Proz. handelt. — Streithengst. Fragen über Auswanderung werden Ihnen am liebsten in der amtlichen Auswanderungsstelle, Schellingstraße 4, beantwortet.

19. Uns nicht bekannt. — H. K. 57. Soweit ersichtlich, hat die beschlagene Summe für die Alimentenforderung Ihrer früheren Frau. Bestimmen Sie mit derselben, in welcher Weise die Alimentenforderung etwa anders sicher gestellt werden kann. Der Beschlagene hat auch zu erklären, für welche Forderung das Kapital halten soll. — B. K. 18. Soweit ersichtlich, würde Ihre Mutter nur durch einen Antrag beim Landrat etwas erreichen können.

Einziehung 1907. Da das Kind nicht getauft ist, brauchen Sie selbstverständlich einen Taufschein nicht einzureichen. — W. 01. Wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht mit dem Antrage, den Vergleich zu bestätigen. Der Konkursverwalter wird dann wohl seine Forderung stellen lassen. — H. S. 2. 1. und 3. Nach dem Tode der Mutter können Sie Ihr Erbe verlangen. 2. Eine im Testament ausgesprochene Entziehung ist nicht gültig, wenn kein Entzuggrund vorliegt. — G. C. 100. 1. bis 3. Ja. Die neue Fassung des § 23 des Einkommensteuergesetzes haben wir in der 2. Beilage vom 14. Mai mitgeteilt. — J. S. 6. 79. Leider würde eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg haben. Es müßte nachgewiesen werden, daß die Operation wider den ausdrücklichen Willen Ihrer Frau und unter außer Achtlassung der Regeln der Heilkunst vorgenommen ist.

G. W. 100. In Ihrem Falle würde die Kautions nur für solchen Schaden halten, der durch Ihr Verschulden entstanden ist. — J. 10. Klein. — G. C. 18. Nehmen Sie die Zahlung ab. Eine Verzerrung ist immerhin möglich, wenn in dem von Ihnen unterzeichneten Bitttrage steht, daß unter allen Umständen die Rente gezahlt werden sollte. — 23. 3. Sie könnten eventuell, wenn gütliche Einigung nicht möglich ist, sich an das Vormundschaftsgericht wenden. — G. K. 814. Der Entschädigungsanspruch des Arbeiters verjährt in zwei Jahren. (§ 196, Ziffer 9.) — H. S. 20. Wenden Sie sich an die Offenbacher Stelle für Frauen und Mädchen, Prinzengasse 66 bei Hing. — Streithengst 110. Schlichter, die mündlich zu zahlen haben, ist falls nichts anderes vereinbart ist, bis spätestens am nächsten Werktage der Woche zum Schluß der Woche zu kündigen. Ebenso geht es mit dem Kündigungrecht der Schlichterinnen selbst. — W. J. 81 699. Ein Unfall, der auf dem Wege zur Arbeit oder

von der Arbeit stattfindet, wird nicht als Betriebsunfall gewertet. Ein Antrag der Sozialdemokraten, der entgegenstehende Entscheidung verlangte, ist abgelehnt. — H. 21. 25. Fragen Sie einen Arzt. — C. H. Klein. — GenS. 1. Klein. 2. Wenn der Raum als Freizeitanlage vermißt ist, so muß alles dafür geleistet werden, um ihn als solchen brauchbar zu machen. — S. 23. 50. 1. Die Säge sind sehr verschieden. 2. Ja. 3. Ja. 4. Das Gericht verpflichtet den Vormund. 5. Sie müßten sich an das Gericht wenden. — S. 45. Da Ihre Frau aus der Kirche noch nicht ausgetreten ist, so ist die Steuerzuforderung gerechtfertigt. Wegen der Steuer kann geklagt werden, und zwar nach der herrschenden Ansicht in das Vermögen und den Lohn des Mannes. — 23. 2. 10. 1. Sie müßten einen Anwalt mit der Eintragung der Darlehnsforderung beim Landgericht beauftragen. 2. Das ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. — Z. 100. Der Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente ist beim Magistrat, Abteilung Invalidenversicherung, am Köhlerischen Park, schriftlich oder zu Protokoll geltend zu machen. — H. W. 27. 1. Klein. 2. Uns nicht ersichtlich. — S. 3. 30. 1. Ja, es bleibt der Lebensversicherung. 2. Wenden Sie sich an das Kunstgewerbe-Museum, Pring Albrechtstraße. — G. B. 1. und 2. Beschwerte an den Oberpräsidenten, einzureichen bei dem Vollziehungspräsidenten, innerhalb 14 Tagen und sodann Klage beim Obergericht ist zulässig. 3. Das wäre zwecklos. — Treff 18. Wenden Sie sich an die Kaufmannsstelle für erbliche Klätter, Unter den Linden 16, Einzegebäude 4 Treppen. — Hermann. 1. Leider ja. 2. Die unentbehrlichen Sachen müssen gelassen werden. Das unentbehrlich ist, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Die Restschulden werden dahin zu rechnen sein. Beantragen Sie bei der Steuerdeputation Aufschub der Zwangsversteigerung bis zur Entscheidung über die Reklamation. — J. S. 1. Ja, aber die Frau würde mit Aussicht auf Erfolg Widerspruchslage erheben können.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Offenfleisch Ia 70—72 pr. 100 Pfd., IIa 64—66, IIIa 59—62, Bullenfleisch Ia 63—65, IIa 51—60, Röhre, fett 50—58, do. mager 40—48, Pfeffer 54—62, Buxen, dünn 55—64, do. hell 0,00, Knabfleisch, Doppeltender 100—115, Wackelbier Ia 75—85, IIa 68—73, Käber ger. gen. 48—60, do. hell 50—55, dünn 0,00, Hammelfleisch Rasthammer 80—82, Hammel Ia 74—78, IIa 68—73, ungar. 0,00, Schafe 54—66, Schweinefleisch 60—66, Rehbock Ia per Pfund 0,70—0,95, IIa 0,55, Rothschaf Ia pro Pfd. 0,40—0,57, do. IIa 0,00, Damhirsch 0,45—0,59, Wildschweine 0,45, Prählinge 0,00, Kaninchen per Stück 0,55—1,00, Wildenten per Stück 1,25—1,50, Kricken per Stück 0,00, Rebhühner, junge große 1,10—1,30, mittel u. kleine 0,50—1,00, alte 0,70—0,85, Gänse, alte, per Stück 1,50—2,00, IIa 1,00—1,30, do. junge 0,60—1,35, Tauben 0,30—0,54, italienische 0,00, Enten per Stück 1,75—2,10, do. Hamburger per Stück 2,40—3,00, Gänse per Pfund 0,50—0,95, do. per Stück 2,00—3,75, do. Hamburger per Pfd. 0,00, do. Oberbrucher per Pfd. 0,50—0,92, Kaninchen per Stück 0,90—1,40, Bousarden per Pfund 0,00, Heide per 100 Pfund 114—124, do. matt 105, mittel 0,00, groß 79—96, do. groß und mittel 118, Kanter, klein, matt 0,00, do. klein 0,00, bis mittel 0,00, Schlei, klein 0,00, do. unfortiert 153, do. groß 136, Hale, groß 0,00, do. klein und mittel 90, do. mittel 99—101, do. unj. 88, do. groß-mittel 0,00, do. klein 0,00, Wägen, matt 51, Roddon 0,00, Karpen, 4er, Junip 0,00, do. 80er, 0,00, do. 35er, 77—83, do. 50er, 75, Bunte Fische 57—91, Barbe 85, do. klein 0,00, Karauschen 0,00, do. klein 0,00, Wels 0,00, Weißfische 0,00, Barbe 0,00, Aal 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa 0,00, Seelachs 10—15, Händern, Kleier, Stiche Ia 2—6, mittel der Rille 2, Hand Stiche 4—6, halbe Rille 2—3, Hammel Ia Schod 0,00, IIa 0,00, Bäcklinge, Kleier per Ball 2—3, Straß, 2,00—3,00, Dorn, 0,00, Hale, groß per Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80—1,10, klein 0,60—0,80, Perlinge per Schod 5—9, Schellfische Rille 3—4,00, 1/2 Rille 1,50—2,00, Sardellen, 100er per Kistler 98, 100er 98, 100er 98, 100er 98, Schottische Bollerlinge 1905 0,00, large 40—44, fall. 38—40, med. 36—42, deutsche 37—44, Perlinge, neue Matjes, per 1/2, 20, 50—120, Scherben, russ., 44, 1,50—1,80, Bratlinge per 100—1,40, do. Bische (4 Alter) 1,40—1,70, Kernaugen, Schod 11, do. kleine 5—6, do. Riesen- 14, Krebse per Schod, große 18,50—21,50, do. mittelgroße 10—12, do. kleine 0,00, do. unfortiert 3,50—4,50, Schaller, groß 0,00, do. unfort. 1,40—2,10, Eier, Rand, unfortiert per Schod 3,90—3,80, do. große 4,00, Gutter per 100 Pfd. Ia 118—122, IIa 108—117, IIIa 100—108, abstaube 80—95, Saure Gurken, neue, Schod 4,00, Pfeffergurken 4,00, Kartoffeln per 100 Pfd. Daberger 3,00—3,50, weiße runde 2,50—2,75, blaue 0,00, Rosen 2,00—2,25, Klein 3,00—3,75, Porree, Schod 0,50—1,00, Krenrettich, Schod 5—10, Spinat per 100 Pfund 12—15, Sellerie, per Schod 2,00—3,00, Zwiebeln per 100 Pfd. 3,50—4,00, do. Perl- 40,00—75,00, Chalotten 50,00—60,00, Petersilie, grün, Schod 0,75—1,00, Kohlrabi Schod 1,00—1,50, Rettich, bayr., neuer Stück 0,07—0,10, do. biesiger Schod 2—4, Kohlraben, per 100 Pfund 3,00 bis 4,00, Karotten, biesig, Schod 2,00—3,00, Wirsing Kohl per Schod 4,00 bis 12,00, Kartoffel, Schod 6—12, Weizkohl 4—8, Blumenkohl, biesiger 100 Stück 5—14, do. Hamburger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 100 Stück 6—16, Kohlraben, Schod 4,00—7,00, Petersilienwurzel, Schod 3,00—4,00, Schoten per 100 Pfund 20—25, Pfefferlinge per 100 Pfd. 4—8, Steinpilze per 100 Pfund 10—30, Knoblauch per Schod 0,75—1,00, Salat per Schod 1,00—2,00, Gurken, Einmache, Schod 10—25, do. böhml. Schod 0,00, do. Elguther Schod 2,75—5,00, do. Rotenburger 2—2,50, Bohnen, grüne, 100 Pfund 12—25, Wackbohnen, per 100 Pfund 15—20, Tomaten per 100 Pfund 8—15, Blaubeeren per 100 Pfd. 10—18, Johannisbeeren per 100 Pfund 15—20, Preiselbeeren per 100 Pfund 20—24, schwebische 25—28, Kirchen, hauer, per 100 Pfd. 8—10, Sinen, ital., 100 Pfund 0,00, Tiroler 20—40, biesige 8—10, Solander 20—24, Pfirsiche, biesige per 100 Pfd. 10—15, ital. in Kisten zu 12 Stück 0,75 bis 1,50, do. in Körben Ia per 100 Pfd. 20—30, do. IIa in Körben per 100 Pfd. 15—20, Apfel, italienische, per 100 Pfund 0,00, ung. 0,00, biesige 5—13, Gaudenreiner Ia 15—25, do. IIa 10—20, Tiroler Ia 25—50, IIa 18—30, Holentöpfe 10—12, Pfäumen, ital. per 100 Pfd. 0,00, Reineslauben 0,00, biesige 6—9, ungarische 6—15, Böhmer, Präh-, 0,00, jersiche 12—14, Weinstrauben, französische, per 100 Pfd. 10—13, italienische 15—20, Ananas I, per Pfd. 1—1,10, do. II 0,00, Birnen, Reifna, 300 Stück 10,00—18,00, do. 200 Stück 10,00—18,00, do. 200 Stück, 18,00—20,00, grün 0,00, Melonen, per 100 Pfd. biesige 0,00, ital. 10—15, franz. 0,00, höll. 5—15, spanische 0,00, ungarische 10—12.

Kaufhaus Max Mannheim G. m. b. H.

Frankfurter Allee 109-110

Sonnabend, den 14., Schluss des

Inventur-Ausverkaufs

In allen Abteilungen sind die meisten Artikel enorm herabgesetzt.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, dass die noch im Umlauf befindlichen Rabattmarken nur noch bis zum 1. Oktober cr. eingelöst werden.

Viele Tausend Meter Reste und Coupons fabelhaft billig

SPITZEN □ STICKEREIEN □ BESÄTZE □ SEIDENBÄNDER
BAUMWOLLSTOFFE | SAMMET, SEIDENSTOFFE | KLEIDERSTOFFE

Staatsgefährliche Lieder.

Unter dem Titel: „Lieder für die arbeitende Jugend“ hat die Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands ein Büchlein herausgegeben, welches eine Sammlung von 50 Liedern enthält.

Fünf Lieder sind es, welchen die Staatsanwaltschaft eine verwerfliche Wirkung auf die Bevölkerung zu Gemüte führen will.

Am Mittwoch wurde die Anklage gegen Peters vor der 7. Strafkammer am Landgericht I verhandelt.

Als der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann an den Beweis darüber zu erheben beantragte, daß die unter Anklage stehenden Lieder seit Jahren unter den Augen der Polizei straflos verbreitet worden sind, sagte der Staatsanwalt:

zureihen und die Proletarier in den Himmel zu heben. Hier ist nur zu untersuchen, ob der Angeklagte verschiedene Klassen der Bevölkerung in einer den Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgereizt hat.

Der Staatsanwalt machte nicht den geringsten Versuch, nachzuweisen, an welchen Stellen oder in welchen Worten der unter Anklage stehenden Lieder eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten sein soll.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann führte unter anderem aus: Da die Lieder seit Jahren straflos verbreitet worden sind, ist anzunehmen, daß sich der Angeklagte nicht bewußt war, er könne durch Abdruck der Lieder eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten begehen.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu dem Urteil, daß das Rostsche Lied „Die Arbeiter“ (Nr. 9 des Buches), und zwar der letzte Vers: „Ihr habt die Macht in Händen“ usw. eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalte.

Das Gericht kam nach längerer Beratung zu dem Urteil, daß das Rostsche Lied „Die Arbeiter“ (Nr. 9 des Buches), und zwar der letzte Vers: „Ihr habt die Macht in Händen“ usw. eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalte.

Dieser juristischen Auslegung gegenüber ist schlechterdings unverständlich, weshalb die vermeintlich objektive Anklagebehörde durchscheinigt gegen unsere Klassiker, Goethe und Schiller in erster Linie, und gegen des Kommerzbuches patriotische Lieder, so:

„Der Gott, der Eisen wachsen ließ, Der wollte keine Anechtel!“

den § 130 des Strafgesetzbuchs mobil macht. Das Kommerzbuch ist ja gerade für junge Leute der herrschenden Klasse bestimmt, die in der Tat erst „arbeiten lernen“ sollen.

Ihr habt die Macht in Händen Wenn Ihr nur einig seid!

bleibt trotz seiner Konfiskation wahr. Die Ruhanwendung dieses Verses, die Agitations- und Organisationsnotwendigkeit, wird Herz und Nerven aller Proletarier, auch der jugendlichen, schneller durchglühen, als dem Strafgesetzbuch und seinen berufenen Auslegern die Wahrheit klar wird.

Witterungsübersicht vom 11. September 1907.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temperatur, etc. Lists weather data for various stations like Emden, Hamburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 12. September 1907. Trocken und vorwiegend heiter, etwas wärmer bei schwachen südlichen Winden.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Kreises (6. Abteilung).

Sonnabend, den 14. September 1907

Kunst-Abend im großen Saale der Germania-Säle

Chausseestraße 110.

MITWIRKENDE:

Sinfonie-Orchester (Dirig. Herr Gustav Vogel) Solist: Herr Dr. Alexander Altmann

Die beliebte Brettdiva Marg. Walkotte Rezitator: Herr Emil Walkotte Gesangv. Nordwacht (M. d. A.-S.-B.)

Anfang 8 1/4 Uhr. Preis des Billetts 50 Pf. Die Saaltüren bleiben während der Aufführungen geschlossen.

Das Rauchen ist bis zum Schluß der Aufführungen im Saale nicht gestattet.

Nach der Vorstellung: Tanz.

Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Wir bitten die Genossen, sich vorher mit Billetts zu versehen, da an der Kontrolle ein Billettverkauf nicht stattfindet.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Das Komitee.

Kunst-Abend unter Leitung von Margar. Walkotte am Sonntag, 15. September, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Rehshallen-Theater. Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Kutscher im Familienbad Wannsee.

Arbeiter-Wochen-Commission. Wir offerieren vorstehend verzeichnete Arbeiter-Wochen-Commission zum Gesamtpreise von 4.43 M. Deutscher Waren-Einkaufs-Verein Berlin G. m. b. H.

